127. Sitzung

Mittwoch, den 18.09.2013

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Emde, CDU	12137
Dr. Pidde, SPD	12137
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12138
Blehschmidt, DIE LINKE	12138
Ramelow, DIE LINKE	12139, 12140,
	12140, 12140, 12140, 12140
Mohring, CDU	12140

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Personalpolitik in der Thüringer Staatskanzlei und Ruhestandsbezüge von Mitgliedern der Landesregierung“ 12141

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/6507 - 2. Neufassung -

Barth, FDP	12141, 12150, 12151
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12142, 12143, 12151
Ramelow, DIE LINKE	12144, 12145, 12151, 12151

Höhn, SPD	12145, 12146 12146
Scherer	12146
Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei	12147
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	12149
b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Erhebliche Zunahme von ‚Zwangsverrentungen‘ nach § 12 a SGB II in Thüringen“	12152
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/6581 -	
Stange, DIE LINKE	12152
Holzapfel, CDU	12153, 12154, 12154 12154
Kemmerich, FDP	12154
Baumann, SPD	12155, 12155 12156,
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12156, 12156 12157
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Auswirkungen der Energie- und Industriepolitik der Bundesregierung auf die Strompreise in Thüringen“	12158
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/6596 -	
Weber, SPD	12158, 12166, 12166 12166
Kemmerich, FDP	12159, 12165, 12166 12166
Hellmann, DIE LINKE	12160, 12161 12161
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12161
Worm, CDU	12162
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	12163
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Reform des Verfassungsschutzes - keine Gestaltungskraft der Landesregierung!“	12166
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/6620 -	

Aussprache

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12167, 12168
Fiedler, CDU	12168
Renner, DIE LINKE	12169
Gentzel, SPD	12170
Bergner, FDP	12171
Geibert, Innenminister	12172

Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2013 und 2014 12173

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/6283 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/6616 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/6649 -

ZWEITE BERATUNG

Der Änderungsantrag wird in namentlicher Abstimmung bei 69 abgegebenen Stimmen mit 17 Jastimmen, 46 Neinstimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt (Anlage 1).

Die Beschlussempfehlung wird angenommen.

Der Gesetzentwurf wird in ZWEITER BERATUNG in namentlicher Abstimmung bei 70 abgegebenen Stimmen mit 42 Jastimmen, 6 Neinstimmen und 22 Enthaltungen (Anlage 2) sowie in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Hey, SPD	12173
Renner, DIE LINKE	12174
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12175
Kowalleck, CDU	12176
Barth, FDP	12177
Dr. Pidde, SPD	12178, 12180
Dr. Voß, Finanzminister	12179
Blechs Schmidt, DIE LINKE	12180

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Groß, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpennig

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Klaubert, König, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Möller, Nothnagel, Ramelow, Renner, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.00 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie zur ersten Sitzung nach der Sommerpause herzlich willkommen, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die zahlreichen Vertreter der Medien.

Als Schriftführerin hat Frau Abgeordnete Berninger neben mir Platz genommen, die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Kanis.

Es haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Metz und Herr Abgeordneter Günther.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: LandesWelle Thüringen und Antenne Thüringen haben für heute Abend zu einem parlamentarischen Abend mit dem Thema „PRIVATRADIO IN THÜRINGEN - QUO VADIS?“ eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung gegen 19.00 Uhr beginnen soll.

Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Herrn Robert Riedel, Kameraassistent von Stratos TV, eine Dauerarbeitsgenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal erteilt. Aufgrund der Eilbedürftigkeit habe ich jeweils eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für diese Plenarsitzung erteilt:

1. an die Herren Jonas Turtschan, Malte Hestermann, Tim Pathe, Felix Gabel und Frau Anika Liedloff, die für das medienpädagogische Projekt „Onlinemagazin jumajuma.de“ heute eine Reportage im Landtag drehen;
2. für Frau Bettina Borgfeld und Herrn Zoltan Berta, die für Reuters TV arbeiten, für den heutigen Sitzungstag;
3. für Herrn Michael Karr sowie Sven Mller und Herrn Daniel Kovac für die RTL Gruppe und für heute für Herrn Ralf Schemel, Herrn Jan Tänzer, Frau Theresa Merfert für SAT 1 und N24; ebenfalls noch für Herrn Marc Tirl von dpa als Fotograf, und Frau Ines Adam für das MDR-Funkhaus Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Jetzt weiß ich auch, warum Herr Machnig schon da ist.)

Des Weiteren hat mich die Fraktion der CDU drber informiert, dass ein Mitarbeiter der Fraktion in der Plenarsitzung am Mittwoch, Donnerstag und Freitag von den dr vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Foto- und Filmaufnahmen der Abgeordneten der CDU-Fraktion fertigen will. Gemäß ltestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Die Parlamen-

tarischen Geschäftsführer wurden drber informiert.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die Beschlussempfehlung zu TOP 1 hat die Drucksachennummer 5/6642.

Zu TOP 25, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/6611, 5/6613, 5/6619, 5/6621, 5/6622, 5/6625, 5/6628, 5/6629, 5/6634 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, neben dem bereits zu den letzten Plenarsitzungen angekündigten Sofortbericht zu dem Alternativantrag der Fraktion der FDP im Tagesordnungspunkt 11 auch zu dem Alternativantrag der Fraktion der FDP zu Tagesordnungspunkt 10 sowie zu den Tagesordnungspunkten 13, 14, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es Anmerkungen, Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist der Fall. Herr Abgeordneter Emde, bitte.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich möchte folgende Dinge zur Tagesordnung beantragen: Zunächst einmal, den Tagesordnungspunkt 2 „Gesetz zu dem Landesgrenznderungsstaatsvertrag“ in erster und zweiter Lesung zu beraten.

Zum Weiteren möchte ich beantragen, dass wir die Tagesordnungspunkte 6 a und b sowie 20 gemeinsam aufrufen.

Und ich schlage vor, dass wir das Polizeiaufgabengesetz als Tagesordnungspunkt 1 am morgigen Tage aufrufen, um die Fristen nach dem stattgefundenen Innenausschuss zu wahren.

Präsidentin Diezel:

Gut. Herr Abgeordneter Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, ich möchte vorschlagen, dass die beiden Gesetze, die in den Ausschüssen abschließend beraten worden sind, nämlich „Besoldungsanpassungsgesetz“ und „Lehrerbildungsgesetz“ noch in die Tagesordnung aufgenommen werden und dass sie, da es sich hier ja um eine zweite Lesung handelt, nach der Aktuellen Stunde aufgerufen werden, wenn heute noch genügend Zeit vorhanden ist.

Präsidentin Diezel:

Danke. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Rothe-Beinlich, bitte.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion möchte ich beantragen, dass der Tagesordnungspunkt 18 „Familiennachzug für Flüchtlinge aus Syrien“ in dieser Plenarsitzung auf jeden Fall behandelt wird, da dies dringlich und geboten ist.

Zum Zweiten möchten wir beantragen, dass die Tagesordnungspunkte 22 und 24, wo es jeweils um mehr Verkehrssicherheit geht, gemeinsam beraten werden.

Und zum Dritten möchten wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 23 „Aktueller Stand der Erarbeitung des Operationellen Programms“ auf jeden Fall zu behandeln, da die Einwendungsfrist am 18. Oktober abläuft und ansonsten hier die Frist sozusagen verstrichen wäre, diesen Punkt entsprechend zu beraten.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion beantrage ich die Aufnahme der Drucksache 5/6643 „Aufforderung zum Rücktritt“ in die Tagesordnung und habe gleichzeitig, was die Platzierung angeht, den Wunsch, dass es auf alle Fälle in diesen Plenarsitzungen bis Freitag abgearbeitet wird. Die Dringlichkeit des Antrags würde der Fraktionsvorsitzende Kollege Bodo Ramelow vortragen.

Präsidentin Diezel:

Sind Sie einverstanden, dass wir erst einmal alle anderen Änderungen zur Tagesordnung abstimmen und dann die Dringlichkeit vortragen lassen? Danke schön.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2 in erster und zweiter Lesung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Auch keine Enthaltungen. Dann werden wir so verfahren.

Dann gibt es den Antrag, die Tagesordnungspunkte 6 a, b und 20 gemeinsam zu beraten. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit verfahren wir hier so.

Dann gab es den Antrag, dass wir den Tagesordnungspunkt PAG - die Beratung im Ausschuss war gestern - am morgigen Tag aufrufen. Das müsste

hier noch von jemand anderem beantragt werden, damit wir auch die Dringlichkeit haben. Ich habe das nicht gesehen, aber wir könnten uns darüber verständigen. Am morgigen Tag als ersten Tagesordnungspunkt? Ja. Dann stimmen wir darüber ab, als ersten Tagesordnungspunkt das PAG aufzurufen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die FDP, die CDU, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Auch keine.

Dann kommen wir zum Antrag der SPD, das Besoldungsgesetz und das Lehrerbildungsgesetz, wozu die Ausschüsse abschließend beraten haben und die Drucksachen zur Beschlussempfehlung verteilt worden sind, wenn es möglich ist, heute nach der Aktuellen Stunde noch zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe die Zustimmung der FDP, der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Beides haben Sie jetzt zusammen abgestimmt?)

Beides, ja. Sind Sie nicht einverstanden?

(Zuruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Einzelnen, bitte.)

Okay. Wer möchte, dass die Besoldungsanpassung heute beraten wird? Ich sehe Zustimmung in allen Fraktionen. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Auch keine Enthaltungen.

Dann wäre das „Gesetz zur Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes und der Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für die Lehrämter“ abzustimmen. Wer dafür ist, dass das heute noch beraten wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die FDP, die CDU, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 18 auf jeden Fall im Rahmen der drei Plenartage zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der CDU und der SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weiterhin ist beantragt, die Tagesordnungspunkte 22 und 24 zur Verkehrssicherheit gemeinsam zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der FDP, CDU, SPD. Wer enthält sich?

(Präsidentin Diezel)

Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen dazu, Tagesordnungspunkt 23 „Aktueller Stand der Erarbeitung des Operationellen Programms 2014 - 2020“ auf jeden Fall im Rahmen der drei Plenartage zu behandeln. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Drucksache 5/6643 in die Tagesordnung aufzunehmen. Wir haben das Verfahren, dass ein Abgeordneter der Fraktion die Dringlichkeit begründet. Ich sehe, Sie möchten begründen. Herr Abgeordneter Ramelow, bitte schön.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ursprünglich habe ich diese Koalition begleitet mit den Worten, da stolpert zusammen, was nicht zusammengehört. Das hat man im Verlauf der Jahre Monat für Monat zusammen erleben können. Ich erinnere an die Stichwahl, die der SPD besonders wichtig war, bei der Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahl. Als die Wahlen vorbei waren, hat man dann das Gesetz geändert. Das war nun wirklich keine glorreiche Handschrift sozialdemokratischer Politik.

Dann haben wir in jeder Sommerdebatte, in jeder Sommerpause ein Sommertheater erlebt - großes Kino. Die Parlamentarier waren immer ganz erstaunt, was diese Koalitionsregierung im Sommer wieder wechselseitig verzapft hat. Da gab es das Stichwort Doppelhaushalt und ein kämpferisches klares Nein der Sozialdemokratischen Partei - mit uns niemals, es wird keinen Doppelhaushalt geben. Das Ergebnis war, dass wir zum Jahresanfang 2013 keinen Haushalt hatten und dann kam auf wundersame Weise ein Doppelhaushalt mit den Stimmen der SPD. Da rumpelt zusammen, was nicht zusammengehört.

Dann gibt es die Auseinandersetzung um die Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer, um Lehrereinstellungen. Es gibt die Auseinandersetzung zum Unterrichtsausfall. Auch da macht die SPD Vorschläge, wie der Lehrerkorridor besser zugunsten der Kinder verändert werden kann. Das Ergebnis ist, dass der Koalitionspartner sagt, nitschewo, mit uns nicht.

Letztlich ist einer der inhaltlichen Höhepunkte die Thematik Gemeindeneugliederung. Da beschließt dieser Landtag Grundsätze, wie in Zukunft Mindeststandards eingehalten werden, wenn Gemeinden neu gegliedert werden und wenn auf dieser Basis

eine Gemeinde- und Funktionalreform auf den Weg gebracht wird. Da beschließt die Regierung unter der Federführung von Frau Lieberknecht, dass dazu eine Regierungskommission eingesetzt wird, die jetzt das Thema Funktional- und Gebietsreform behandeln soll und bis zur Sommerpause sollen Ergebnisse von dieser Kommission vorgelegt werden. Das Sommertheater überdeckt alles, Ergebnisse gibt es keine,

(Beifall DIE LINKE)

aber über 100 neue Gemeindeneugliederungen werden vollzogen, zum Teil gegen den erbitterten Widerstand von regionalen Abgeordneten, auch und gerade der Sozialdemokratischen Partei. Man macht zum Schluss einen Kuhhandel, obwohl Abgeordnete der SPD hier noch sagen, es geht so gar nicht, stimmen sie hinterher zu.

So weit das normale Geschäft, wie wir es als Parlamentarier Jahr für Jahr mit dieser traurigen Koalition erlebt haben, aber der Höhepunkt ist dieses Jahr zu Beginn des Sommertheaters. Da tritt das Kabinett zusammen und beschließt, einen Staatssekretär in den Ruhestand zu versetzen. Kurze Zeit später meldet sich der erste Minister aus diesem Kabinett und sagt, also uns wurde gesagt, das war die billigste Lösung. Hinterher entpuppt sich, es war die teuerste Lösung, sagt jedenfalls der Minister öffentlich. Wir sind als Parlamentarier an der Kabinettsitzung nicht beteiligt. Wir nehmen erstaunt zur Kenntnis, dass es auf einmal eine Causa Zimmermann gibt und wir nehmen erstaunt zur Kenntnis, da kloppt sich miteinander, was nicht zusammengehört und das Ganze öffentlich.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Lieberknecht, ich habe eine ganze Reihe von Anfragen an die Regierung gestellt, weil ich mich an der ganzen Debatte nicht beteiligen wollte. Die Grünen haben sich dann entschieden, eine Strafanzeige zu stellen, der Staatsanwalt hat deswegen mittlerweile Ihre Immunität aufheben lassen. Als Antwort auf meine Kleine Anfrage als Parlamentarier schreibt mir dann Herr Voß am Donnerstag der vergangenen Woche, er kann nicht antworten, weil die Zeit nicht gereicht hätte, die ganzen Fallkonstellationen von Staatssekretär- und Ministergehältern und Ruhestandsbezügen und Dienstunfällen aufzuarbeiten, um einem Parlamentarier eine qualifizierte parlamentarisch gesicherte Antwort zu geben und kaum bekomme ich diesen Zettel, dass ich der Verlängerung zustimmen soll, entwickelt sich die ganze Causa Nebenbezüge von Herrn Machnig. Und ich betone, nach Recht und Gesetz scheint alles von der Bundesbesoldungsstelle ordnungsgemäß abgerechnet worden zu sein. Die Frage allerdings am Sonntagabend im Fernsehen, Frau Ministerpräsidentin, da lächeln Sie, Sie lächeln mich aus dem Fernseher an und sagen im Fernsehen, Sie haben überhaupt nicht gewusst, dass Ihr Minister Ruhe-

(Abg. Ramelow)

standsbezüge hat, das hätte er ja nicht gesagt. Ich bin ganz erstaunt, wenn ich hinterher in den Zeitungen lese, dass Ihr Haus sogar daran mitgearbeitet hat, die Staatskanzlei ist die zuständige Stelle für die Ministeraktenführung und für die ganzen Personalakten der Minister, dass dann in Ihrem Haus gesagt wird, wir haben da zwar der Bundesbesoldungsstelle etwas zugeleitet, aber wir kennen die Antwort nicht. Jetzt, wir können ins tagesaktuelle Raster der Zeitung schauen, bekommt Herr Machnig nun 1.000 €, 3.000 €, 500 €, 900 € - die Frage allerdings, warum Herr Machnig nicht gefragt worden ist und warum sozusagen keine Auskunft eingefordert worden ist, müssen Sie sich stellen und wenn es in Ihrer Staatskanzlei,

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

wie man den Zeitungen entnehmen konnte, im Maschinenraum der Politik rumpelt und Sie deswegen einen Staatssekretär auswechseln wollten und deswegen, wie man den Zeitungen entnimmt,

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, fassen Sie sich bitte kurz!

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

die Chefin der Staatskanzlei entlassen werden soll, wenn das alles in den Zeitungen steht, dann sagen wir: Ende mit diesem Staatstheater, Ende mit diesem Sommertheater.

(Beifall DIE LINKE)

Wir bitten das Parlament zu entscheiden,

Präsidentin Diezel:

Ende der Redezeit.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Sie aufzufordern, den Weg frei zu machen für Neuwahlen. Nach Artikel 75 haben Sie die Möglichkeit. Stellen Sie die Vertrauensfrage

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

und lassen Sie uns für diese rumpelige Politik bitte nicht mehr in Geiselnhaft nehmen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Bitte machen Sie den Weg frei!

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Willkommen im Wahlkampf.)

Präsidentin Diezel:

Ich frage, wer möchte gegen die Dringlichkeit des Antrags sprechen? Bitte schön, Herr Abgeordneter Mohring von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ramelow, Ihr Antrag, den Sie jetzt versucht haben zu begründen, der ist schwach, er ist mutlos und er ist populistisch.

(Beifall CDU, SPD)

(Unruhe DIE LINKE)

Was an diesem Antrag dringlich sein soll, blieb in Ihrer Begründung offen und ich will namens der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD ganz klar sagen, wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag ab, weil er falsch ist und weil er nicht richtig ist.

(Beifall CDU, SPD)

Diese Koalition arbeitet gut. Sie arbeitet gut für diesen Freistaat.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wir sind erfolgreich in diesem Land. Ich will Ihnen das auch sagen, das geht nicht immer ohne Streit, aber wer Demokratie ohne Streit will, der kann wieder zur Einheitspartei der SED zurückgehen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU, SPD)

Wir wollen die Debattenführung. Wir wollen Streit und wir wollen um die besten Lösungen ringen und das haben wir auch gemacht. Wir haben es in diesem Land geschafft, ohne Schulden Haushalte aufzustellen. Wir sind das Bundesland nach Bayern, was keine Schulden mehr macht und Schulden tilgt. Wir sind das Bundesland, was eine Finanzausgleichsreform auf den Weg gebracht hat. Wir sind das Bundesland, das eine Polizeireform auf den Weg gebracht hat.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind das Bundesland, das eine Forstreform auf den Weg gebracht hat. Wir stellen Hunderte neue Lehrer ein. Wir haben eine Kindergartengesetzreform gemacht. Sagen Sie uns, wo Sie konstruktiv an diesen Beispielen mitgearbeitet haben. CDU

(Abg. Mohring)

und SPD gehen voran und das werden wir auch für den Rest der Wahlperiode gemeinsam tun.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Peinlich.)

Und wir haben eine Menge Aufgaben vor uns. Wir werden eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen, wir werden die Verfassungsschutzreform auf den Weg bringen, wir werden uns genau um diese Fragen kümmern, die die Bürger in diesem Land bewegen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tun Sie doch nicht.)

und wir werden auch die Versorgungsfälle in diesem Land aufklären.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat die Ministerpräsidentin versprochen, sie hat in dem einen Fall ganz klar gesagt, alle Unterlagen stehen zur Verfügung, alles kann eingesehen werden, und im anderen Fall hat sie ganz klar gesagt, alle Unterlagen müssen vorgelegt werden. Aber wegen zwei Versorgungsfällen in diesem Land die Regierung zum Rücktritt aufzufordern, das ist hanebüchen. Wenn Sie mutig gewesen wären, dann hätten Sie einen Antrag auf Auflösung dieses Landtags gestellt. Das wollen Sie gar nicht, weil Sie Populisten unter dem Herrn sind, aber gar nicht ernsthaft wollen, dass hier was passiert, sondern nur Klamauk machen wollen und Wahlkampfklamauk vor der Bundestagswahl lehnen wir ab.

(Beifall CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE: Sie haben nichts verstanden.)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags. Der Antrag wurde nicht in der vorgegebenen Frist nach Geschäftsordnung innerhalb von zehn Tagen verteilt. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen und wir können dies mit einfacher Mehrheit tun, es sei denn, es widerspricht jemand.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ich widerspreche.)

Es wird widersprochen. Damit brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Ich frage nun: Wer ist für die Aufnahme des Antrags in der Drucksache 5/6643, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Das sind die Fraktionen der FDP, der CDU und der SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung abgelehnt.

Gibt es weitere Anträge? Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 26 - Aktuelle Stunde. Die Fraktionen der FDP, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten für jedes Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich zehn Minuten für jedes Thema. Hat die Landesregierung eine Redezeit von mehr als zehn Minuten in Anspruch genommen, so verlängert sich die Aussprache für die jeweiligen Themen um die über zehn Minuten hinausgehende Zeit. Die Aufteilung der Verlängerungszeit auf jede Fraktion erfolgt zu gleichen Teilen.

Ich rufe auf den **ersten Teil des Tagesordnungspunkts 26**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Personalpolitik in der Thüringer Staatskanzlei und Ruhestandsbezüge von Mitgliedern der Landesregierung“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/6507 - 2. Neufassung -

Als Erster hat sich der Abgeordnete Barth von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, in den letzten Monaten ist Thüringen zweimal wegen Ruhestandsgehältern in den Schlagzeilen gewesen. Da war zunächst der breit diskutierte Fall Zimmermann. In dieser Sache läuft ein Ermittlungsverfahren; die Immunität der Ministerpräsidentin wurde aufgehoben. Wir werden sehen, was uns da noch erwartet, und ich sage, ich bin auch gespannt, wer uns da noch erwartet. Frau Lieberknecht will ja das Geld, das Herr Zimmermann nun doch nicht als Ruhegehalt bekommt, ganz offenbar dazu nutzen, um zusätzlich zu dem bereits wiederbesetzten Posten des Regierungssprechers einen zusätzlichen Staatssekretär zu berufen. Aus einer Stelle zwei machen und dem alten Stelleninhaber auch noch Geld hinterherwerfen, das kann man nur machen, wenn es nicht vom Eigenen geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und zu dieser Angelegenheit gibt es ganz interessante Kommentare, Zitat: „Das Prinzip lautet, wer einen gut dotierten Job hat, der muss auf staatliche

(Abg. Barth)

Versorgungsansprüche verzichten. Das ist eine Frage des politischen Anstands.“

(Beifall FDP)

Dieser Aussage stimme ich zu 100 Prozent zu. Spannend wird dieser Satz, wenn man weiß, wer ihn gesagt hat. Kein anderer nämlich, als Matthias Machnig, der Thüringer Wirtschaftsminister. Zitat: „Diese Versorgungsmentalität ärgert mich. Wie will man so etwas der Bevölkerung erklären?“ Ja, Herr Machnig, wie will man das wohl machen? Diese Frage richte ich an Sie: Wie wollen Sie erklären, dass Sie vom Steuerzahler in Thüringen weit über 11.000 € im Monat als Minister erhalten und nebenbei, nach allem, was wir wissen, nur weil Sie früher mal Staatssekretär waren, auch noch Ruhestandsbezüge obendrauf bekommen? Von bis zu 150.000 € ist Pressemitteilungen zufolge die Rede. Dafür, meine Damen und Herren, muss man zehn Jahre arbeiten, wenn man 8,50 € Mindestlohn, wie Herr Machnig ja will, bekommt.

(Beifall FDP)

Ein vierköpfiger Haushalt, der Hartz IV bekommt, muss davon fast acht Jahre leben. 150.000 € einfach mal so, da lässt sich gut über soziale Gerechtigkeit philosophieren. Ich kann nur hoffen, dass einige da aufwachen. Am 31. Juli wird Herr Machnig zitiert, er habe geglaubt, dass die Versetzung von Herrn Zimmermann in den einstweiligen Ruhestand nicht zu Mehrkosten für den Thüringer Landeshaushalt führen würde. Er hat nach einer vergleichbaren Regelung Geld bekommen und tut so, als wisse er davon nichts.

Meine Damen und Herren, das ist entweder unverschämt gelogen oder unsagbar blöde. Beides ist für einen Minister nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren. Ich habe schon immer gewusst, dass das der verkehrte Mann auf dem Posten des Thüringer Wirtschaftsministers ist.

(Beifall FDP)

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt werden hoffentlich viele andere und hoffentlich auch einige, die da ein entscheidendes Wort zu reden haben, endlich wach.

(Beifall FDP)

Wenn es um andere geht, ist Herr Machnig mit dem rhetorischen Flammenwerfer immer ganz vorn dabei. Jetzt ist er selbst betroffen, und da fällt ihm nichts weiter ein als zu sagen, das steht mir zu und ich habe mich rechtlich einwandfrei verhalten. Na ja, das wird man sehen. Es gibt nämlich tatsächlich Dinge, vor denen auch Herr Machnig nicht sicher ist, denen auch Sie, Herr Minister, sich zu beugen haben, und das sind ganz einfach die Gesetze, die dieser Landtag und übrigens auch der Deutsche Bundestag beschließen.

Das Thüringer Ministergesetz, und das gilt explizit für Sie, regelt es eindeutig. Dort heißt es, also im Beamtenversorgungsgesetz, darauf wird dort verwiesen, um es ganz konkret und ganz genau zu machen: Der Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, Einkünfte unverzüglich anzuzeigen. Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Minister, hier und heute klar zu sagen, ob Sie dieser Anzeigepflicht entsprechend auch unverzüglich nachgekommen sind.

(Beifall FDP)

Das wäre auch deshalb interessant, weil in den Zeitungen zu lesen ist, dass Sie die Höhe Ihrer kleinen Pension selbst gar nicht genau benennen können. Das müssen Sie erst von Ihrem Steuerbüro berechnen lassen. Es heißt, Sie haben 100.000 oder gar 150.000 € bekommen. Ich muss sagen, ob sich 100.000 € auf meinem Konto finden oder nicht, das könnte ich auch ohne Steuerbüro, jedenfalls ungefähr, relativ zügig sagen.

(Beifall FDP)

Wenn Sie das nicht können, dann erheben sich doch mindestens mal zwei Fragen. Erstens, was haben Sie denn in Ihren Steuererklärungen angegeben? Zweitens, wie viel Vortragshonorare bekommen Sie eigentlich? Was muss auf einem Konto abgehen, wenn man 100.000 oder 150.000 € dort nicht bemerkt? Das halte ich schon für eine spannende Frage.

Meine Damen und Herren, im Raum steht der Verdacht, dass der Thüringer Wirtschaftsminister den Thüringer Steuerzahler durch eine möglicherweise unterlassene Anzeige seiner Pension um eben diese Summe, 100.000 oder 150.000 € oder wie viel es eben auch immer konkret sind, geprellt hat, denn sein Gehalt hätte mit diesen Pensionszahlungen verrechnet werden müssen. Ich bin sehr gespannt, was Sie uns dazu zu sagen haben und dann sehen wir weiter. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Dinge, zum einen, Transparenz muss das Maß aller Dinge sein, und das gilt für jeden und jede ohne Ansehen der Person.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ging davon aus, insbesondere in Richtung FDP, dass es Ihnen hier wirklich um Entscheidungen zum Thema

(Abg. Siegesmund)

Personalpolitik in der Staatskanzlei geht. Das ist ja nicht unwesentlich, wenn die Frage im Raum steht, ob eine Regierung noch imstande ist, ihre Aufgaben zu erledigen. Aber ich habe den Eindruck, dass es Ihnen um etwas ganz anderes geht. Wenn es eine Bewerbungsrede für Sie als Wirtschaftsminister war, Herr Barth, dann ist die gerade gründlich in die Hose gegangen.

(Unruhe DIE LINKE)

Es geht sehr wohl darum, darüber zu reden, ob die Staatskanzlei und die Landesregierung fähig und willens sind zu arbeiten. Es geht sehr wohl darum zu reden, ob wir gerade erleben, dass die Staatskanzlei zu einer Lieberknecht-Wiederwahlzentrale umgebaut werden soll. In der Tat, es gibt genug zu besprechen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren - und das möchte ich der FDP dann schon auch einmal nahelegen -, wenn Sie, die sich hier aufspülen

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Aufspülen?)

als diejenigen, die hier besonders auf Steuern achten - aufspielen, Herr Bergner, da kam die Ger'sche durch -, darauf müssen Sie mal achten, Herr Barth, wer eigentlich hier in diesem Haus insbesondere seinen eigenen Leuten Fraktionszulagen zahlt

(Beifall DIE LINKE)

und damit ganz eklatant gegen geltendes Recht verstößt. Lieber Herr Barth, immer erst an die eigene Nase fassen. In der Tat, dieses Land befindet sich in der Krise, man muss nur die Zeitung aufschlagen und schauen, was hier los ist.

Herr Mohring, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, diese Koalition arbeitet gut und als Erstes kommt das Forstgesetz, dann bitte ich Sie, haben wir nicht Wichtigeres zu besprechen als das und vieles andere, was wirklich wichtig ist in diesem Land?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Als Erstes kam der Haushalt ohne Schulden.)

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Ja, zum Beispiel den Veggie Day.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich, Transparenz muss das Maß aller Dinge sein, und ja, das gilt für uns als GRÜNE, wir haben das klargemacht, insbesondere in der Causa Zimmermann. Wir erwarten da auch noch ein klares Wort der Ministerpräsidentin. Das gilt aber genauso sehr auch für Wirtschaftsminister Machnig und die Frage, was eigentlich hier passiert ist und inwieweit es sich überhaupt lohnt, sich darüber dermaßen aufzuregen wie die FDP das hier so tut.

Wir sagen, wer im Rahmen der geltenden Gesetze - also auch dem in dieser Legislatur besprochenen Ministergesetz - eine Mitwirkungspflicht hat, der muss auch liefern ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahme.

(Unruhe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Meine Damen und Herren, ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. Das gilt auch für Sie, Frau Abgeordnete Schubert und Herr Abgeordneter Mohring.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der zweite Punkt ist, das muss man in Richtung CDU auch noch mal ganz klar sagen: Ihnen gehört dieses Land nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tatsache, wie Sie Versorgungsbezüge regeln und wie Sie manchmal dieses Land als Selbstbedienungsladen empfinden, muss man sehr deutlich geißeln, und das tun wir auch. Wir haben gerade gelernt, dass nur der Wille der Macht tatsächlich SPD und CDU noch zusammenhält. Dieser Kitt ist offenbar stärker als alles andere. Sie arbeiten eben nicht gut, Herr Mohring, Sie ergehen sich in Selbstbeschäftigung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und noch mal: Dieses Land gehört Ihnen nicht. Deswegen ist es auch an der Zeit, dass Sie hier deutlich mehr liefern als nur Selbstbeschäftigung. Sie haben einen Politikauftrag für dieses Land, einen klaren Politikauftrag und den erfüllen Sie nicht.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Und Ihr habt einen Kontrollauftrag als Opposition.)

Alles was Sie machen, ist, sich um sich selber zu kümmern. Deswegen hatte die Opposition im Sommer alle Hände voll zu tun, einiges Klärendes ans Licht zu bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein dritter Punkt ist: Klarheit und Wahrheit statt schwarzer und roter Politposen. Die Menschen haben wirklich etwas Besseres verdient, als ständig darüber zu lesen, wer wo Steuern hinterzogen hat, wer wo doppelt kassiert hat und wer wo ganz offensichtlich befreundete Staatssekretäre in den einstweiligen Ruhestand versetzt hat. Dieses Land hat andere Probleme, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

und dieses Land erwartet, dass Schwarz-Rot endlich Hausaufgaben macht.

Diese Aktuelle Stunde ist von der FDP als Wahlkampfstunde deklariert worden. Ich wünsche mir, dass da herauskommt, dass wir in diesem Land auch wirklich Transparenz herstellen. Die Menschen verdienen in der Tat Antworten von Ihnen, Sie müssen Sie liefern, Sie müssen den Menschen Antworten liefern, die weniger als 8,50 € pro Stunde verdienen. Mancher in diesem Haus weiß noch nicht mal - das muss man sich mal vor Augen führen -, ob er fünfstelliges Übergangsgehalt bekommen hat. Da frage ich mich, in welchem Land leben wir eigentlich?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher rücken Sie das heute und hier gerade. Ich sage es auch noch mal deutlich: Es war aus meiner Sicht ein eklatanter Fehler, dass sich die Ministerpräsidentin im Plenum vor der Sommerpause nicht zur Causa Zimmermann geäußert hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie dann über die Wochen auch gemerkt, Sie haben es auch gesagt. Dieser Fall ist nach wie vor nicht geklärt. Ich hoffe, dass die Landesregierung endlich wieder das tut, was die Menschen erwarten, nämlich arbeiten im Sinne der Thüringerinnen und Thüringer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Bodo Ramelow das Wort.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Barth, ich dachte auch, Sie hätten zu dem Tagesordnungspunkt, der von Ihnen beantragt worden war, sprechen wollen, nämlich „Personalpolitik in der Thüringer Staatskanzlei und Ruhestandsbezüge von Mitgliedern der Landesregierung“. Die Ausführungen zu einem habe ich gehört, der hat ja angekündigt, noch einiges erläutern zu wollen. Aber wenn wir über die Personalpolitik in der Staatskanzlei reden in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP, hätte ich da auch noch die eine oder andere Frage, nämlich: Wie kommt es, dass die Staatskanzlei zu einer CDU-Wahlkampfzentrale umgebaut wird? Wie kommt es, dass ein Referent, Herr Gruner, von der Jungen Union eingestellt wird und dass von der Konrad-Adenauer-Stiftung ein personell in Wahlkämpfen geschulter Mensch ausgeliehen wird, offenkundig in dem Status, bei dem er offiziell noch bei der Konrad-Adenauer-Stiftung ist und jetzt für Entgelt in der Staatskanzlei tätig ist? Das ist für mich auch Personalpolitik.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe öffentlich die Fragen danach gestellt, denn ich glaube, dass eine Staatskanzlei und ein Ministerium nicht dazu da sind, als Wahlkampfersatzzentrale für die Parteien jedweder Art zu agieren. Erste Geschichte.

Zweite Geschichte: Man hört, Frau Lieberknecht, dass Sie schon im Dezember dem Staatssekretär Zimmermann nahegelegt haben, angedeutet haben, dass es so gut mit Ihnen nicht mehr klappt und die Harmonie nicht mehr so ist und dass Sie eine neue Erwartung haben. Deswegen wollten Sie die Staatskanzlei umbauen. Warum man dann von Dezember bis zum Juni so lange Zeit braucht, um da eine Entscheidung durchzusetzen, die Frage hätte ich dann an die oberste Chefin der Staatskanzlei. Was ist das für eine Personalpolitik? Wenn ich dann allerdings noch in den Zeitungen lese, dass ausgerechnet dieser Staatssekretär einen Riesenverschleiß an Sekretärinnen und Personal hat, dass es offenkundig eine Herausforderung ist für die wenigen überlebenden Sekretärinnen, die das Pech haben, bei diesem Menschen zu landen, dann frage ich mich: Wie ist das mit der Fürsorgepflicht in diesem Haus?

Und eine weitere Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Frau Walsmann lächelt ja nur. In den Zeitungen lese ich dauernd, dass es im Moment einen Konflikt - es ist die Rede von einem Zickenkrieg - gebe, bei dem Sie sich als CDU-Landesvorsitzende nicht trauen würden, der CDU-Stadtvorsitzenden den Stuhl vor die Tür zu setzen. Deswegen würden Sie so einen Kunstgriff anwenden. Das sagt die Thüringer Zeitung, also eine der Thüringer Zeitungen berichtet ständig darüber. Die scheinen bei Ihnen besser am Tisch zu sitzen, als wir als Parlament. Jedenfalls soll Frau Walsmann in einem Status landen, in dem Sie schon mal bei Bernhard Vogel waren, nämlich die Reduktion, nicht mehr Chefin der Staatskanzlei, sondern die Reduktion auf die Europapolitik und möglichst weit weg von Erfurt. So liest man es zwischen den Zeilen. Deswegen ist für mich die Frage nach der Aktuellen Stunde von der FDP eine nach der Personalpolitik an sich. Wenn ich dann lese, die Staatskanzlei sollte umgebaut werden, weil es im Maschinenraum dieser Regierung rumpeln würde, dann frage ich mich, warum nicht entrümpelt wird, warum da nicht die Staatskanzlei zu einer leistungsfähigen Zentrale der gesamten Regierung gemacht wird, zur Zentrale dieses Kabinetts. Aber offenkundig ist die Staatskanzlei dafür gar nicht zuständig und fühlt sich gar nicht zuständig. Man ist eher damit beschäftigt, sozusagen die Wahlkampftermine abzusichern, die Tour der Ministerpräsidentin mit neuem Logo und neuem Fahrzeug im Land zu organisieren. Aber das Tagesgeschäft, wie arbeitet diese Landesregierung eigentlich zusammen und die Richtlinienkom-

(Abg. Ramelow)

petenz der Ministerpräsidentin, da wundere ich mich dann in der Tat, Frau Lieberknecht, wie Ihnen der Instinkt abhanden kommen konnte, wie er Ihnen abhanden kommen konnte bei Herrn Zimmermann. Da will ich jetzt eine persönliche Anmerkung machen: Mir hat Herr Zimmermann gesagt, es ging um die Absicherung seines Dienstunfalls und er würde gern auf die Entgelte verzichten. Ich habe deswegen die Anfrage an die Regierung gestellt, wie ist das mit der Versicherung der Autos, wie ist das mit den Dienstunfällen. Diese Antwort habe ich am Donnerstag bekommen. Da steht drin: Wer aus dem Beamtenverhältnis rückwärts ausscheidet - wie es ja jetzt geschehen ist, nachdem er den Antrag auf Entlassung gestellt hat -, dass es dafür keine beamtenrechtliche Versorgungsabsicherung des Dienstunfalls gäbe und dass das Fahrzeug, in dem er verunfallt ist, auch keine Versicherung hat - das ist die Antwort, die mir jetzt vorliegt -, sondern die Staatshaftung. Das heißt, der Herr Zimmermann ist jetzt seltsamerweise, nachdem alle sich den ganzen Sommer über mit Herrn Zimmermann beschäftigt haben ... Es sind jetzt zwei Effekte eingetreten. Der eine Effekt ist, die Hälfte seiner Pensionsansprüche ist weg. Da sage ich: Vielen Dank, liebe Thüringer Landesregierung! Es ist nämlich bis zur Bemessungsgrenze der Rentenversicherung rückwärts eingezahlt worden, der Rest ist weg, und seine Ansprüche auf Unfallschutz aus der Beamtenzeit sind auch weg. Das ist zumindest die Antwort, wie ich sie deute.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Ja. Auf die Fragen an Herrn Machnig bin ich auf seine Einlassungen gespannt, nämlich wann er welchen Bescheid erhalten hat und wann dieser Bescheid an die Landesregierung gegangen ist und wann die Landesregierung nach dem Bescheid gefragt hat.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Abgeordneter Höhn von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was soll ich davon halten, wenn genau eine Woche vor einer entscheidenden Bundestagswahl über eine, für meine Begriffe konstruierte, mediale Kampagne der Versuch unternommen wird, ein exponiertes Mitglied der Sozialdemokraten zu beschädigen, um genau der Partei, der er angehört, politischen Schaden zuzufügen? Was soll ich da-

von halten? Was soll ich davon halten, wenn dieser Umstand von einer Fraktion dieses Hauses dafür benutzt wird, um hier im Thüringer Landtag entsprechende politische Folklore zu veranstalten?

(Beifall SPD)

Ich sage Ihnen, was ich davon halte, und ich sage Ihnen, wie ich das bezeichne: Es ist ein wirklich unterirdischer, es ist ein schmutziger Wahlkampf, der an dieser Stelle betrieben wird.

(Beifall SPD)

Ich bin wirklich der Letzte, dem ein sachlicher, fairer Wahlkampf nicht am Herzen liegen würde und der das nicht auch gerne bestreiten würde. Aber was ich hier erlebe, muss ich ehrlich sagen, das verabscheue ich zutiefst und das verurteile ich. Dieses Vorgehen kann eigentlich so nicht unbeantwortet bleiben.

(Beifall SPD)

Eines, meine Damen und Herren, sage ich auch ganz deutlich, weil ich auch schon wieder hier von diesem Pult aus die Versuche vernehme, den sogenannten Fall Zimmermann oder, wie man so schön sagt, die „Causa Zimmermann“ mit den Vorgängen um Matthias Machnig gleichzusetzen: Das ist nicht nur absurd, das ist nicht nur falsch, das ist absurd falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Matthias Machnig wurde als beamteter Staatssekretär nach einem Regierungswechsel im Bund in den vorläufigen Ruhestand versetzt. Genau dafür ist dieses Instrument irgendwann einmal in grauer politischer oder parlamentarischer Vorzeit geschaffen worden. Die daraus entstehenden Bezüge, die hat er nicht erfunden, die entstehen automatisch. Und nach dem Gesetz, das Herr Barth vorhin zitiert hat, darf er noch nicht einmal darauf verzichten. Er darf noch nicht einmal darauf verzichten. Das ist die Rechtslage.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ja, aber er muss es anzeigen.)

Aber sie werden verrechnet, vollkommen richtig. Und die für die Verrechnung zuständige Stelle ist die Bundesfinanzdirektion als Ausführungsorgan -

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das ist falsch.)

richtig, nein, das ist nicht falsch - als Ausführungsorgan des Bundesfinanzministeriums. Sie bedient sich Informationen aus der Landesfinanzdirektion. Dieser Informationsfluss hat stattgefunden, meine Damen und Herren. Wenn ich dann zur Kenntnis nehme, dass genau die die Bezüge berechnende Stelle - für die Berechnung von Bundesversorgungsbezügen, Herr Kollege Ramelow, ist die Bundesfinanzdirektion zuständig.

(Abg. Höhn)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Falsch. Auch die Wiederholung macht es nicht richtiger.)

Es ist richtig, da können Sie mir erzählen, was Sie wollen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: 15 Ministergesetz, rechnet das Land ab.)

Dann muss ich zur Kenntnis nehmen, dass genau diese Stelle innerhalb kürzester Zeiträume insgesamt dreimal ihre Verrechnungspraxis geändert hat. Was soll ich davon halten, meine sehr verehrten Damen und Herren? Und genau diese Stellen, sowohl Bundesfinanzdirektion als auch die Landesfinanzdirektion, bescheinigen diesem Minister, dass er sich nach Recht und Gesetz verhalten hat. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich habe keinen Zweifel daran, auch an seinen Aussagen, dass er genau diesem Anspruch gerecht geworden ist. Und wenn es hier heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, oder wenn der Vorwurf erhoben wird, er hätte möglicherweise seiner Mitwirkungspflicht nicht Genüge getan, sage ich Ihnen auch ganz deutlich hier von dieser Stelle aus, es gibt natürlich auch ein Prinzip, das hier überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen ist, das ich auch in der öffentlichen medialen Darstellung noch nicht gehört habe. Die Thüringer Behörden, konkret die Thüringer Finanzbehörden, haben nach dem Amtsermittlungsgrundsatz die Pflicht zu hinterfragen und die korrekten Amtsbezüge des Ministers zu berechnen. Dafür sind diese Behörden zuständig, es ist ihre Pflicht. Und genau diese Behörden, ich wiederhole mich an der Stelle gerne, haben die Korrektheit der Berechnungen bestätigt. Es ist ja nun nicht so, dass nicht bekannt war, dass Matthias Machnig, ich glaube, sogar zweimal insgesamt in seiner politischen Laufbahn, Staatssekretär gewesen ist.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Beamteter.)

Das sind Dinge, da muss ich mich schon fragen, welchem Zwecke das Ganze dient, aber da komme ich dann wieder auf meine Eingangssätze zu sprechen. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, er wird alle notwendigen Zahlen offenlegen, definitiv. Es müssen auch alle Vorwürfe geprüft werden, vollkommen klar. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das gestehen wir allen zu, die mit Vorwürfen, welcher auch immer gearteten Schärfe und Tiefe konfrontiert sind. Das gestehen wir allen zu, ob die Machnig heißen oder Lieberknecht oder sonst wie. Wir gestehen ihnen zu, dass Sie diese Vorwürfe prüfen dürfen und dass Sie am Ende dann auch entsprechende Informationen dem Parlament hier vorlegen.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Höhn, SPD:

An dieser Stelle gilt gleiches Recht für alle. Das fordere ich hiermit ein. Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Aus der CDU-Fraktion der Abgeordnete Scherer, bitte.

Abgeordneter Scherer:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal zum Antrag der FDP als solchen zur Aktuellen Stunde.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist kein Antrag, einen Antrag haben sie nicht hibekommen.)

Es hat mich schon etwas überrascht, wenn die FDP gerade so einen Antrag stellt. Es gibt da etwas, dass durch die Presse gegangen ist, das nannte sich „System Niebel“. Dass jetzt ausgerechnet die FDP die Staatskanzlei angreift

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Da haben die mehr: Schwarz-Schilling.)

über die Personalbesetzung der Staatskanzlei, kann ich nicht so ganz nachvollziehen.

(Beifall CDU, SPD)

Es gibt sogar einen Artikel in der FAZ, da schreibt die FAZ über die Personalratsvorsitzende des Bundeswirtschaftsministeriums, wie diese sich beklagt hat in einem Brief, dass auch im Bundeswirtschaftsministerium das „System Niebel“ um sich greifen würde, und zwar bis in die unteren Ebenen. Also bei der Sachlage hier einen Antrag zu stellen, der die Personalpolitik der Staatskanzlei kritisiert,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der Thüringer Wirtschaftsminister hat schon Ärger mit dem Landespersonalausschuss gehabt.)

da sage ich einfach einmal, da soll sich die FDP an die eigene Nase greifen. Wenn ich sage, an die eigene Nase greifen, heißt das jetzt aber nicht, dass es hier Anlass gäbe, sich in der Staatskanzlei an die Nase zu greifen. Diesen Anlass gibt es nämlich nicht. Wenn damit das gemeint ist, was vorhin, ich weiß nicht mehr, wer es angesprochen hat, mit dem persönlichen Referenten der Ministerpräsidentin gemeint ist, dann kann ich dazu nur sagen, es hat ein Ausschreibungsverfahren gegeben, es hat ein Auswahlverfahren im Sinne der Bestenauslese gegeben. Bestenauslese, um das noch einmal zu erläutern, weil Sie lachen, heißt nicht, dass der mit der Note 1 auch der Beste in dem Sinne ist, wenn es darum geht, eine bestimmte Position zu besetzen. Der persönliche Referent einer Ministerpräsi-

(Abg. Scherer)

dentin ist eben etwas anderes, als wenn es um die Besetzung einer Sachbearbeiterin geht. Nur soweit zu dem Thema.

Jetzt komme ich aber zu dem anderen Thema Ruhestandsbezüge, denn das scheint ja vor allen Dingen hier eine Rolle zu spielen. Es hat mich zunächst einmal überrascht, liebe Kollegin Siegesmund, dass Sie sagen, das eine wollen Sie laut diskutieren, wenn es um den Herrn Zimmermann geht, wenn es um die andere Causa Machnig geht, dann sagen Sie, es lohnt nicht, sich darüber aufzuregen. Das ist schon erstaunlich. Auf der einen Seite machen Sie ein Riesending mit Strafanzeige und allem Möglichen und bei der zweiten Sache sagen Sie, da lohnt es nicht, sich darüber aufzuregen. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Da messen Sie mit zweierlei Maß, meine ich.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Doch, das kann ich ruhig so sagen an dieser Stelle.

(Beifall CDU, SPD)

Wie es in Wirklichkeit war oder ist, darüber will ich mir kein Urteil erlauben, obwohl ich sehr gut nachvollziehen kann, wenn die Presse in dem Zusammenhang auch von Glashaus spricht, das kann man wirklich nachvollziehen.

Ich will nur noch einmal die Fakten feststellen. Erstens: Minister Machnig bezieht seit seinem Amtsantritt im Jahr 2009 ein Ministergehalt von 11.500 €. Zweitens: Ihm stehen grundsätzlich auch Ansprüche aus Versorgungsbezügen nach dem Beamtenversorgungsgesetz zu, weil er 2009 als Staatssekretär in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist. Drittens: Es gibt für solche Fälle des Zusammentreffens eine ganz klare Berechnungsregel und die steht in § 15 des Thüringer Ministergesetzes und aus dieser Verrechnungsregel ergibt sich, dass Versorgungsbezüge zu 100 Prozent zu verrechnen sind.

Letztens: Es gibt in der Tat auch Mitwirkungspflichten, eben war davon die Rede. Es gibt diese Mitwirkungspflichten oder Aufklärungspflichten, aber von beiden Seiten. Es gibt sie nicht nur vonseiten der Behörde, es gibt sie auch vonseiten des Betroffenen. Das will ich bei der Gelegenheit einmal sagen.

Dann gibt es noch den Bericht des Freien Wortes vom 20.08.2013, wonach - so steht es jedenfalls darin - Herr Minister Machnig gesagt hat, sein Ministergehalt sei vollständig verrechnet worden.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Er hat sofort anzuzeigen.)

Soweit das alles richtig ist, ist es in Ordnung. Die Frage bleibt aber tatsächlich bestehen: Hat tatsäch-

lich eine solche Verrechnung stattgefunden oder hat sie eben nicht stattgefunden?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das kann die Landesregierung nicht sagen.)

Diese Frage muss aus meiner Sicht noch beantwortet werden, Herr Kollege Adams. Die muss nicht unbedingt in einer Aktuellen Stunde beantwortet werden, das ist vielleicht der falsche Platz, aber sie ist auf jeden Fall zu beantworten.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gestern.)

Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte die Landesregierung sprechen? Ja, bitte schön, Frau Ministerin Walsmann.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik - so steht es in der Thüringer Verfassung - und sie führt - so weiter - den Vorsitz in der Landesregierung und leitet deren Geschäfte. Das Führungsinstrument ist die Staatskanzlei. Dem in der Verfassung formulierten Anspruch muss dieses Instrument genügen.

Das gilt auch für die Mitarbeiter, die dort ihren Dienst tun. Genau davon lässt sich die Staatskanzlei bei der Auswahl dieser Mitarbeiter leiten. Thüringen ist mit dieser aus der Staatskanzlei koordinierten Landesregierung bisher gut gefahren. Es gibt große Fortschritte bei der Sanierung des Landeshaushalts, eine Forst- und Polizeireform wurde verabschiedet,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum geht es doch gar nicht.)

Kita-Betreuung verbessert etc., vieles in Angriff genommen, nur um das zu nennen.

Meine Damen und Herren, damit das auch so bleibt, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei so ausgewählt und beschäftigt, dass sie ihren Teil zum Gesamterfolg der Landesregierung beitragen können. Das trifft auch auf die Fälle zu, die hier in der Plenardebatte und zuvor in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind.

Zu den Einzelheiten dieser Berufung verweise ich auf die Antworten der Landesregierung zu den vielen entsprechenden Anfragen. Die Mitarbeiter sind nach dem jeweiligen Bedarf und der dafür geeigneten

(Ministerin Walsmann)

ten Form verpflichtet worden. Wenn es um die Frage um den persönlichen Referenten der Ministerpräsidentin geht, da gab es sogar eine deutschlandweite Ausschreibung, die er für sich entschieden hat.

Seit vergangenem Wochenende führt die Öffentlichkeit eine Debatte um die Bezüge meines Kabinettskollegen Matthias Machnig. Die hier geführte Debatte macht deutlich, wie wichtig es ist, Transparenz und Klarheit zu schaffen, denn nur so kann der Eindruck der Selbstbedienungsmentalität widerlegt werden, wie er derzeit in der Öffentlichkeit allen Politikern gegenüber in Form eines Generalverdachts ausgesprochen wird.

Es zeigt auch, wie wichtig und richtig es ist, dass wir in diesem Hohen Hause sehr zügig über die Frage der Versorgungsansprüche von politischen Beamten sprechen müssen. Mein Kollege Dr. Voß hat zugesagt, zeitnah einen Vorschlag für eine Neuregelung ins Kabinett einzubringen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion habe ich deshalb mit Schreiben vom 16.09. Herrn Minister Machnig aufgefordert, seine finanziellen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Eintritt in das Ministeramt in Thüringen und entsprechende Zahlungen, die aus seiner Zeit als beamteter Staatssekretär im Bund resultieren, detailliert und vollumfänglich darzulegen.

Vor diesem Hintergrund hat Herr Kollege Machnig umfangreichen Schriftwechsel mit der Bundesfinanzdirektion, der Landesfinanzdirektion, der Staatskanzlei und dem Finanzministerium vorgelegt. Auf seine Bitte hin darf ich wie folgt aus drei Schreiben in dem Umfang, wie es Herr Minister Machnig aus Datenschutzgründen gestattet hat, zitieren.

1. Schreiben der Bundesfinanzdirektion vom 12.09.2013 - ich zitiere: „Herr Minister Machnig hat mich gebeten, die Sicht der Bundesfinanzdirektion Mitte zu seiner Versorgungsangelegenheit darzustellen.

Erstens: Im November 2009 ist Herr Minister Machnig durch Urkunde des Herrn Bundespräsidenten als Staatssekretär in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Aufgrund der Zuruhesetzung standen Herrn Minister Machnig Ansprüche nach den Vorschriften des Bundesbesoldungs- bzw. Bundesversorgungsgesetzes zu.

Zweitens: Die Anrechnung der Herrn Minister Machnig ab November 2009 gewährten Bezüge als Staatsminister auf seine Ansprüche aus dem Bundesbeamtenverhältnis ist auf der Basis der gesetzlichen Vorschriften des Beamtenversorgungsrechtes, insbesondere § 53 Beamtenversorgungsgesetz, erfolgt. Aufgrund eines im Jahr 2011 ergangenen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts wurde die Rechtsauffassung/Verwaltungspraxis des Bun-

des zum Verfahren der Anrechnung der erzielten Einkünfte geändert. Dies hatte zur Folge, dass im Ergebnis eine höhere Anrechnung der Ministerbezüge auf die Versorgungsansprüche gegenüber dem Bund erfolgte.

Drittens: Aus Sicht der Bundesfinanzdirektion Mitte ist die Versorgungsangelegenheit von allen Verfahrensbeteiligten entsprechend der jeweils geltenden Rechtslage/Rechtsauffassung behandelt worden.“

2. Auszug aus dem Bescheid der Bundesfinanzdirektion vom 10. März 2011 - ich zitiere: „Hinsichtlich der Anwendung der Ruhevorschriften des Thüringer Ministergesetzes auf das vom Grunde her zustehende Ruhegehalt des Bundes wurde jedoch nochmals Rücksprache mit dem für Versorgungsfragen zuständigen Fachbereich am Bundesministerium für Finanzen gehalten. Im Ergebnis der dortigen Überprüfung der Rechtslage war festzustellen, dass die Anwendung des § 15 Abs. 2 Thüringer Ministergesetz bei der Regelung Ihrer hiesigen Pensionsansprüche zu Unrecht erfolgte. Bei den von der Thüringer Landesfinanzdirektion in Erfurt bezogenen Amtsbezügen handelt es sich vielmehr um reguläre Erwerbseinkünfte im Sinne des § 53 Abs. 7 Beamtenversorgungsgesetz. Somit waren Ihre Versorgungsbezüge richtigerweise nach den Vorschriften des § 53 Beamtenversorgungsgesetz zu regeln.“

Herr Machnig ist zudem der Auffassung, dass die Anwendung des § 53 Beamtenversorgungsgesetz auch der Landesfinanzdirektion bekannt war, wie sich aus einer E-Mail vom 23. August 2011 ergebe. Darin heiße es unter anderem: „Im Zuge der hier zu leistenden Versorgungsbezüge unter Berücksichtigung der Anrechnung des Amtsgehaltes nach § 53 Beamtenversorgungsgesetz wäre ich Ihnen dankbar ...“.

3. Des Weiteren hat die zuständige Landesfinanzdirektion mit Schreiben vom 16.09.2013 auf Anfrage von Herrn Machnig Folgendes mitgeteilt: „Sehr geehrter Herr Minister Machnig, auf Ihre heutige Bitte hin bestätige ich Ihnen, dass Ihre Amtsbezüge als Thüringer Minister auf der Grundlage des Thüringer Ministergesetzes zutreffend berechnet wurden.“

Aus Sicht der Landesfinanzdirektion stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar: Der Landesfinanzdirektion als der für die Zahlung der Thüringer Amtsbezüge zuständigen Stelle war durch die Bundesfinanzdirektion Mitte, Servicecenter Süd-Ost, mit Schreiben vom 12. Februar 2010 mitgeteilt worden, dass Herr Machnig nach Ablauf der Übergangszeit gemäß § 4 Abs. 1 des Besoldungsgesetzes dem Grunde nach ab 1. März 2010 einen Anspruch auf Ruhegehalt nach dem Beamtenversorgungsgesetz hat. In diesem Zusammenhang teilt die für die Zahlung des Ruhegehalts zuständige Bundesfinanzdirektion Mitte mit, dass die gegenüber dem Bund bestehenden Pensionsansprüche der Ruhensvor-

(Ministerin Walsmann)

schrift des § 15 Abs. 2 des Thüringer Ministergesetzes unterliegen. Insoweit wurden durch die Bundesfinanzdirektion Mitte Vergleichsmittelungen zur Höhe des nach dem Thüringer Ministergesetz zustehenden Amtsgehaltes erbeten, die durch die Landesfinanzdirektion auch bei Veränderungen in der Höhe der Ministerbezüge und auf entsprechende Einzelanfragen hin erteilt wurden. Die Bezügestelle konnte daher zu diesem Zeitpunkt davon ausgehen, dass die Vorschriften des Thüringer Ministergesetzes - insbesondere § 15 Abs. 2 - zur Anwendung kommen und durch die Bundesfinanzdirektion Mitte beachtet werden. Mit Bescheid vom 10. März 2011 - wie zitiert - wurde Herrn Minister Machnig durch die Bundesfinanzdirektion Mitte mitgeteilt, dass keine Verrechnung nach dem § 15 Abs. 2 Thüringer Ministergesetz - alte Fassung -, sondern nach § 53 Beamtenversorgungsgesetz erfolgte. Der Bescheid wurde gestern Herrn Minister Voß zur Kenntnis gegeben.

Zur Höhe der Zahlungen, die durch den Bund an Herrn Minister Machnig geleistet werden, kann nur er selbst Auskunft geben. Herr Minister Machnig hat dem Kabinett am 17.09. mitgeteilt, dass er die Bundesfinanzdirektion und seinen Steuerberater beauftragt hat, eine Aufstellung seiner Ansprüche auf Versorgungsleistungen vorzulegen. Sobald diese vorliegen, wird er es öffentlich machen. Es wird jedoch nun nach Bekanntwerden der Tatsache, dass Herr Kollege Machnig Zahlungen vom Bund erhält, sorgfältig zu prüfen sein, wie die bestehenden Ruhestandsregelungen des Beamtenversorgungsrechts des Bundes tatsächlich zur Anwendung kamen. Minister Machnig hat mit gestrigem Schreiben die Bundesfinanzdirektion aufgefordert, der Landesfinanzdirektion Thüringen alle Unterlagen im Zusammenhang mit der Berechnung seiner Versorgungsbezüge zur Verfügung zu stellen. Minister Dr. Voß hat am gestrigen Tag den Bescheid der Bundesfinanzdirektion an Herrn Minister Machnig vom 10. März 2011 an die Landesfinanzdirektion zur umfänglichen Prüfung nach dem Thüringer Ministergesetz weitergeleitet und die Landesfinanzdirektion aufgefordert, dazu auch Kontakt mit der Bundesfinanzdirektion aufzunehmen.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Landesregierung nimmt den Fall sehr ernst und wird sorgfältig die hier einschlägigen Vorschriften auf ihre Einhaltung hin überprüfen und mit Transparenz alle Sachverhalte aufklären. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Es hat sich Minister Machnig zur Wort gemeldet, bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst mal will ich mich bedanken. Das waren sehr konstruktive Beiträge, die auch von einer klaren Ernsthaftigkeit geprägt waren. Ich bin auch für viele Beiträge dankbar, insbesondere für den des Fraktionsvorsitzenden der SPD, und ich will ein paar wenige ergänzende Bemerkungen machen.

1. Es war immer bekannt, dass ich beamteter Staatssekretär war, in der Tat zweimal - im Bundesverkehrsministerium und im Bundesumweltministerium. Das war allen Stellen bekannt, der Landesregierung und der Bundesfinanzdirektion.

2. Ich bin durch Beschluss des Bundeskabinetts in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil es damals einen Regierungswechsel gab. Von daher ist eines völlig klar, es gibt Bezüge und Versorgungsansprüche aus dieser Zeit. Dieses habe ich auch immer deutlich gemacht. Jetzt ist im Rahmen dieses Vorganges eines passiert: Ich bin mit drei unterschiedlichen Rechtsauslegungen in diesem Vorgang konfrontiert worden. Die erste Rechtsauslegung vonseiten der Bundesfinanzdirektion war, es ist das, was ich vonseiten des Bundes bekomme, voll anzurechnen auf das Thüringer Ministergesetz. Dann gab es eine zweite Rechtsauffassung, die ist mir im März 2011 mitgeteilt worden. Da hat mir der Bund mitgeteilt - das hat Frau Walsmann dankenswerterweise hier zitiert -, dass der Bund seine Rechtsauffassung verändert habe, dass sozusagen eine Anrechnung auf das Thüringer Ministergesetz nicht erfolgen müsste. Und dann gab es eine dritte Variante, die ist durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zustande gekommen - gar nicht in meiner Sache, sondern bei einem dritten Fall. Da ist nun festgelegt worden, dass, wenn man im öffentlichen Dienst war und Bezüge hat und im öffentlichen Dienst verbleibt, dies zu einer höheren Anrechnung führen muss. Das ist vollzogen worden. Ich habe die Bundesfinanzdirektion immer wieder danach gefragt, ob denn der Datenausgleich und Informationsabgleich mit der zuständigen Landesstelle erfolgt, mir ist das immer bestätigt worden. Im Übrigen schreibt die Bundesfinanzdirektion ja ausdrücklich, alles sei nach Recht und Gesetz von den zuständigen Stellen erfolgt. Ich bin immer und musste immer davon ausgehen, dass die zuständigen Stellen - natürlich - Bundesfinanzdirektion und Landesfinanzdirektion ihren Pflichten dort nachkommen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist Ihre Pflicht.)

Nein, das ist nicht meine Pflicht, das stimmt nicht. Sondern meine Erkenntnis war und ist eindeutig, es hat diesen Datenaustausch gegeben und es hat diesen Informationsaustausch gegeben. Dann gibt

(Minister Machnig)

es auch Hinweise darauf, dass der Landesfinanzdirektion die Tatsache, dass ich Bezüge bekommen habe, bekannt war.

So, und jetzt geht es um folgende Frage: Welche Rechtsauffassung ist eigentlich richtig, die des Bundes oder die des Landes? Das muss jetzt geprüft werden, das will ich gern tun. Da will ich auch gern meinen Beitrag leisten. Deswegen habe ich auch eines zugesagt, ich habe die Bundesfinanzdirektion schriftlich aufgefordert, alle Akten zur Verfügung zu stellen.

Ich habe dem Kabinett und auch der Öffentlichkeit zugesagt, ich werde das alles offenlegen. Und jetzt will ich auf einen Punkt verweisen - weil sie mich immer fragen, warum kannst du das nicht mehr und dann kommen so polemische Bemerkungen wie die von Herrn Barth. Weil - und das ist das Problem, wenn es drei unterschiedliche Rechtsauffassungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegeben hat, hat es auch immer unterschiedliche Zahlungen gegeben, mit Verrechnung und nochmaliger Verrechnung und dann Einmalzahlung und es sind auch Rückzahlungen erfolgt usw.

Und jetzt nehme ich für mich eines in Anspruch: Ich möchte gerne gegenüber der Öffentlichkeit auch die präzisen Zahlen, diese präzisen Zahlen veröffentlichen. Deswegen habe ich meinen Steuerberater und die Bundesfinanzdirektion gebeten, mir das mitzuteilen. Wenn ich dieses habe, werde ich das auch gegenüber der Öffentlichkeit, auch gegenüber dem Parlament, wenn das gewünscht wird, deutlich machen.

Ich kann Ihnen eines sagen: Es gibt schöne Tage in der Politik und es gibt weniger schöne Tage. Ich habe schon viele schöne erlebt. Dieser Tag und diese Debatte gehören zu den weniger schönen Tagen, auch in meiner Biografie, das sage ich auch ganz klar. Ich bin bereit, meinen Beitrag zu leisten. Ich werde vollumfänglich Transparenz schaffen, stelle aber fest für mich - und das ist mir von den Stellen auch bestätigt worden -, dass ich mich an Recht und Gesetz gehalten habe.

Und das Letzte, weil das auch von einem Kollegen aus der CDU angesprochen worden ist: Es wird immer Bezug genommen auf einen Artikel in einem „Freien Wort“, da will ich aber eines feststellen. Ich habe mit dem Journalisten über diese Frage nicht persönlich gesprochen. Und zweitens, mein Sprecher - er ist auch bereit, das hier zu erklären - hat ganz klar erklärt, ja, es hat ein Gespräch gegeben mit dem Journalisten, allerdings war seine Intention oder nach seinem Wissen, seiner Kenntnis habe er die Aussagen in der Form nicht getätigt, sie seien von ihm auch nicht autorisiert worden. Ich habe keine Zweifel an diesen Aussagen.

Ich mache hier noch einmal deutlich, ich beteilige mich in vollem Umfang an Transparenz. Ich werde

die Akten zur Verfügung stellen. Ich für mich nehme in Anspruch, mich an Recht und Gesetz gehalten zu haben, und dann muss jetzt nach Recht und Gesetz entschieden werden. Und wenn es jetzt unterschiedliche - das gibt es häufig im Versorgungsgesetz - Rechtsauffassungen gibt, dann muss man die aufklären und dann wird am Ende des Tages ein Ergebnis stehen. Diesem Ergebnis sehe ich entgegen und dann wird zu sehen sein, welche Konsequenzen sich daraus im Hinblick auf die finanziellen Fragen ergeben.

Ich stelle hier für mich fest, ich bin bereit, dazu meinen Beitrag zu leisten, und hoffe, dass wir dann in diesem Hause auch wieder zur Sacharbeit zurückkehren können. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir haben jetzt für die CDU-Fraktion eine Restredezeit von 2 Minuten, für die anderen eine Restzeit von 1,5 Minuten. Bitte schön, Herr Abgeordneter Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Minister, es ist kein angenehmer Tag und ich habe aber kein Mitleid mit Ihnen, sage ich ganz offen, weil Sie ja auch keine Schmerzen haben, anderen unschöne Tage zuzufügen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Erwarte ich auch nicht.)

Aber es ist schon ein bisschen wenig, muss ich sagen, wenn Sie sich hier hinstellen und auf das Zusammenwirken der Behörden verweisen und darauf, dass die entsprechend Austausch pflegen müssen. Ich habe Ihnen vorhin eine Frage gestellt und ich stelle die noch einmal. Im Beamtenversorgungsgesetz, das gilt über das Thüringer Ministergesetz, das hat seit 2009 unverändert gegolten, heißt es: „Der Versorgungsberechtigte“ - und das sind Sie, das ist nicht die Landesfinanzdirektion, das ist auch nicht die Bundesfinanzdirektion, sondern das ist die Person Matthias Machnig - „ist verpflichtet, der Pensionsbehörde ... den Bezug und jede Änderung von Einkünften nach ...“ - und da sind dann auch diese Pensionsansprüche dabei, die in Ihrem Fall einschlägig sind - „... unverzüglich anzuzeigen.“

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Wo steht das?)

Sie sind verpflichtet! Im Beamtenversorgungsgesetz steht das so wörtlich drin und das ist Ihre Mitwirkungspflicht. Sie hätten es mehrfach anzeigen müssen, nämlich auch bei jeder Änderung. Das än-

(Abg. Barth)

dert sich ja auch über die Zeit, Pensionsansprüche. Da gibt es zunächst ein Übergangsgeld und dann werden da Pensionsansprüche draus. Diese Frage, Herr Minister, können Sie nicht auf Behörden abschieben, sondern das ist Ihre Mitwirkungspflicht. Und wenn Sie uns hier erzählen, dass Sie dann 2011 einen Brief von der Finanzdirektion, die Bundesfinanzdirektion ist es, glaube ich, gewesen, bekommen, wo Sie schon seit anderthalb Jahren Übergangsgeld ...

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

... und Pensionsansprüche beziehen, dann heißt das, seit anderthalb Jahren sind Sie dieser Informationspflicht nicht nachgekommen. Und das ist ein Punkt, der bei Ihnen bleibt, Herr Minister. Frau Präsidentin, vielen Dank.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt nicht.)

Präsidentin Diezel:

Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke. Es gibt weitere Wortmeldungen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ramelow - 1,5 Minuten.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole es, was ich seit Tagen sage, ich gehe davon aus, dass die vorgelegten Informationen von Minister Machnig den jeweiligen Rechenergebnissen der Bundesbehörde entsprechen. Ich habe keinen Zweifel darüber geäußert, und trotzdem will ich formulieren: Ich verstehe unseren § 15 des Ministergesetzes so, dass wir als Parlamentarier das Gesetz so geändert haben nach dem Fall Althaus. Danach hat man dieses Gesetz zwei Jahre leider hier liegen lassen und dann erst behandelt. Ich erinnere mich gut daran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich verstehe den § 15 so, dass dann dieser Bescheid Matthias Machnig vorgelegt werden muss. Und ich habe jetzt gehört, dass es darüber E-Mail-Verkehr gibt, deswegen gibt es da Aufklärungsbedarf, wer nicht weiter geprüft hat. Aber wenn er vorgelegt wird, dann ist aufzurechnen bis zum Ministergesetz. So verstehe ich jedenfalls den § 15 Ministergesetz, so wollten wir als Gesetzgeber, wir alle, und da sollten wir gemeinsam drauf achten, dass uns die Gesetze, die wir erlassen, anschließend nicht so verdreht werden, dass außen die Bevölkerung denkt, wir hätten keine Ahnung,

und deswegen ist nicht alles, was legal ist, auch legitim.

Ich wiederhole, dass das, was der Ortsteilbürgermeister Czentarra hier in Erfurt erlebt, der ist gewählt worden für das Ehrenamt, um für die Demokratie einzustehen, der erhält 60 € Aufwandsvergütung dafür im Monat und die bekommt er von Hartz IV weggenommen. Deswegen haben wir uns daran zu messen, und da ist es unerheblich, ob es 300, 900, 1.000 oder 3.000 sind,

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

am Ende bleibt die Frage, ob der § 15, wie wir ihn geschaffen haben, Anwendung findet. Da habe ich den Klärungsbedarf an die Regierung. Wer hat hier geschlafen?

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte schön, Frau Abgeordnete Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - 1,5 Minuten.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es war hier im Raum der Spruch - Herr Gasser war es, glaube ich -, wir würden mit zweierlei Maß messen. Ich will Ihnen deutlich sagen, das verbitte ich mir.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Der Abgeordnete heißt Scherer.)

Herr Scherer, Entschuldigung, Herr Scherer, das verbitte ich mir,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Gasser hat ausgedient.)

weil wir, glaube ich, sehr deutlich gemacht haben, worauf es uns ankommt, nämlich darauf, dass Transparenz hergestellt wird, dass geklärt wird, wer in welchem Maße an welcher Stelle zu viel bekommen hat oder genutznießt hat, und dass wir sehr deutlich gemacht haben, dass jeder auch zu dem stehen muss, wenn er einen Fehler begeht.

Und dann will ich noch etwas sagen: Ich finde es an dieser Stelle wichtig, auch mal zu sagen, dass ich es auch gut finde, wenn der betroffene Minister, über den wir heute diskutieren, dann auch aufsteht und sich erklärt. Man kann auch sitzen bleiben und das andere für sich machen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

Das finde ich richtig, das finde ich sehr richtig. Dann noch eine Ansage und klare Aussage an die FDP: Sowohl LINKE als auch GRÜNE haben sich die Mühe gemacht, sich durch dieses Dickicht von verschiedenen Regelungen wenigstens durchzuackern und einen konstruktiven Beitrag zur Debatte beizutragen. Was Sie hier heute gemacht haben, ist nichts anderes als einen Vorführeffekt bemühen an verschiedenen Stellen. Was wir gemacht haben, ist, einen Gesetzentwurf bzw. einen Antrag beizugeben.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Für Sie ist das ein Dickicht.)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: War die konstruktiv?)

Jetzt frage ich Sie, wer macht hier Sachpolitik? Ich glaube, die Frage ist sehr klar zu beantworten.

Herr Mohring, an Sie noch einen Tipp, achten Sie mal drauf, was Sie auf Twitter posten, da gibt es das eine oder andere, was mindestens ältestenratverdächtig ist. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde und ich rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Erhebliche Zunahme von ‚Zwangsverrentungen‘ nach § 12 a SGB II in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- [Drucksache 5/6581](#) -

Ich eröffne die Aussprache und das Wort hat die Frau Abgeordnete Stange. Bitte schön, Frau Abgeordnete Stange.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, von solchen üppigen Bezügen, von denen wir gerade hörten, können Hartz IV-Empfänger leider nur träumen, will ich an der Stelle wirklich gesagt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 2008 hat die Große Koalition von SPD, CDU und CSU im Bundestag den § 12 a im SGB II verankert, der uns heute beschäftigt. Eine der Kernaussagen dieser Paragrafen beschreibt die Möglichkeit der Jobcenter, mit Vollendung des 63. Le-

bensjahrs für einen Erwerbslosen Rentenleistungen zu beantragen. Dabei ist es nicht erforderlich, dass die Betroffenen in Rente gehen wollen, selbst ihr ausdrücklicher Widerspruch spielt keine Rolle. Allein das Jobcenter entscheidet, ob der Rentenantrag zu stellen ist oder nicht. Deshalb hat sich in der Praxis schnell der Begriff „Zwangsverrentung“ eingeschlichen. Es ist ein Begriff, der auf der einen Seite etwas ängstlich erscheint, aber auf der anderen Seite seine Berechtigung hat. Denn es kann nicht angehen, dass Menschen, die es nicht wollen, mit dem 63. Lebensjahr in Rente geschickt werden und auf der anderen Seite hören wir von der Landesregierung immer wieder das Thema Fachkräftemangel und wir hören auch, wie viel angeblich getan wurde, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Betroffene müssen also ein Leben lang mit Rentenabschlägen von teils über 10 Prozent leben. Sie werden meist direkt zum Sozialamt geschickt oder sie müssen Grundsicherung beantragen. Das ist entwürdigend und das ist nicht das, was wir unter Anerkennung der Lebensleistung in der Rente verstehen.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist ein unhaltbarer Zustand, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass immer mehr Menschen auch in Thüringen diese Grundsicherung dauerhaft in Anspruch nehmen müssen. Das ist Altersarmut pur und dies ist per Gesetz verordnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, heute haben sich ein paar Betroffene hier auf der Tribüne mit uns versammelt, um dieses Thema zu verfolgen. Ich sage Ihnen Danke und Sie bekommen auch meinerseits und unsererseits von der Fraktion die Solidarität, damit Sie Widerspruch und Klagen einreichen können. In Thüringen wurden 2011 46 Menschen zwangsverrentet, 2012 waren es schon 91 und im ersten Halbjahr 2013 bereits 102. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, dann können wir sagen, seit 2011 hat sich diese Zwangsverrentung verdoppelt. Das ist ein Unding und wir als LINKE sagen an der Stelle sehr deutlich, es muss eine Gesetzesänderung weg von Hartz IV und natürlich auch weg von § 12 a durchgeführt werden. Das ist mehr als notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann nicht verstehen, warum Sie mir auf eine Anfrage, werte Landesregierung, im Sommer keine Zahlen vorlegen konnten, aber der MDR wusste welche zu berichten, sie wussten also von der Arbeitsagentur, wie sich die Zahlen in Thüringen entwickelt haben. Hier ist auch meine Kritik an die Landesregierung: Es sollte Ihnen wichtig sein, wenn wir als Abgeordnete Fragen an Sie stellen, dass die auch von Ihnen beantwortet werden und Sie nicht mit lapidaren Sätzen kommen, wir können nicht, weil keine Statistik da ist. Ich glaube, hier hat eine Landesregierung eine andere Aufgabe und mein Frage- und In-

(Abg. Stange)

formationsrecht habe ich hier schon sehr beschnitten und nicht wirklich gewürdigt gesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie es mich noch einmal zusammenfassen. Auch wenn es den Minister Machnig im Moment nicht so sehr interessiert,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Doch, es interessiert mich.)

Zwangsverrentung ist und war ein Geschenk der Großen Koalition. Es bedeutet für die meisten Betroffenen den direkten Weg in die Altersarmut. Da wird der eigentliche Sinn der Sozialgesetzgebung, ein Leben in Würde sicherzustellen, konterkariert. Es wird Zeit, diese Praxis zu beenden und im Rahmen einer wirklichen Reform das gesamte Hartz-IV-System abzuschaffen. Wir als LINKE stehen hier im Parlament sowie im Deutschen Bundestag ausschließlich dafür, dass dieses abgeschafft wird. Wir fordern eindringlich noch mal auf, dass wir für sanktionsfreie Mindestsicherung kämpfen, für eine Alterssicherung, die den Namen verdient. Wir sagen als LINKE, wir brauchen eine Mindestrente von 1.050 € und wir brauchen eine Betreuung der Betroffenen in den Jobcentern, die die Würde der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt, wo aber auch die Wünsche der Betroffenen im Mittelpunkt stehen, nicht die Drangsalierung. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Holzapfel von der CDU-Fraktion.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Punkt 2 der Aktuellen Stunde, wir befassen uns auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE mit dem bundespolitischen Thema „Erhebliche Zunahme von ‚Zwangsverrentungen‘ nach § 12 a SGB II in Thüringen“. Die Regelungen des SGB II obliegen der Bundesgesetzgebung. Natürlich bietet es sich vor Bundestagswahlen an, hier auch eine Profilierungsplattform zu nutzen. Die CDU-Fraktion wird sich an einer solchen Debatte nicht beteiligen.

(Beifall CDU)

Wir werden diese Thematik sachlich, argumentativ und objektiv darstellen und schließen uns nicht der kollektiven Empörung an, sondern wir wollen gemeinsam konstruktiv mit den betroffenen Menschen einen Weg finden, der sie nicht zwangsläufig in die Verrentung treibt.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Wie denn?)

Aus diesem Grund habe ich das Jobcenter im Unstrut-Hainich-Kreis besucht und die Mitarbeiter mit Ihrem Antrag konfrontiert. Die Situation stellt sich demnach wie folgt dar: Im Jahr 2008 - Frau Stange sagte es schon - wurde von der Großen Koalition im Deutschen Bundestag eine Änderung im Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches vorgenommen und § 12 a in das SGB II hinzugefügt. Dieser hatte zur Folge, dass Leistungsberechtigte verpflichtet sind, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit beiträgt. Für Menschen, die das 63. Lebensjahr vollendet haben, bedeutet dies, dass sie einen Antrag auf eine vorzeitige Verrentung stellen müssen. Kommen sie dem nicht nach, so darf das zuständige Jobcenter nach § 5 Abs. 3 SGB II die Betroffenen dazu auffordern. Wird dem nicht Folge geleistet, also verweigern sie ihre Mitwirkung, ist das Jobcenter berechtigt, einen Antrag auf Verrentung zu stellen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Menschen, die ihre Altersrente in Anspruch nehmen müssen, aus dem Leistungsbezug herausfallen oder das Jobcenter je nach Rentenhöhe nur noch für die Aufstockung zur Grundsicherung zuständig ist. Tritt eine Person mit 63 Jahren in die Rente ein, so muss diese mit Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat rechnen. So weit die Gesetzeslage.

Die Frage ist doch: Wie gehen die einzelnen Jobcenter mit dem § 12 a SGB II in der Praxis um? Viel zu kurz kommt in dieser Debatte, dass es bei der gesetzlichen Regelung Ausnahmen gibt, bei denen von einer vorgezogenen Altersrente abgesehen wird.

Der § 13 Abs. 2 SGB II sieht vor, dass per Rechtsverordnung Personen von der Verpflichtung entbunden werden, vorzeitig ihre Rente in Anspruch zu nehmen, wenn folgende Kriterien greifen:

1. wenn dies zu einem Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I führen würde,
2. eine abschlagsfreie Rente in nächster Zukunft in Anspruch genommen werden kann,
3. eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder gleichwertige Erwerbstätigkeit ausgeübt oder in nächster Zeit aufgenommen wird.

Im Jobcenter des Unstrut-Hainich-Kreises besteht eine Arbeitsgruppe „50 Plus“. Die Mitarbeiter dieser Gruppe beschäftigen sich mit jeder Person, die sich der Altersgrenze nähert, ganz individuell. Zu den drei vorher genannten Punkten wird im Haus auch nach einer Ermessensentscheidung gesucht, die zugegebenermaßen schwierig ist.

In der „Bad Blankenburger Erklärung“ tritt die CDU-Fraktion dafür ein, dass der Erfahrungsschatz älterer Fachkräfte noch stärker genutzt werden muss und wir gemeinsam mit der Wirtschaft Strategien

(Abg. Holzapfel)

entwickeln wollen, damit ältere Bürger wieder eine Chance erhalten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Damit möchte meine Fraktion dafür sorgen, dass ältere Menschen Perspektiven, Chancen und Möglichkeiten haben, um volle Rentenbezüge zu erhalten. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Erst letzte Woche wurden in einem Artikel der „Thüringer Allgemeinen“ Zahlen veröffentlicht, die belegen, dass in Thüringen noch nie so viele ältere Menschen ...

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

... einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind. Dies zeigt einmal mehr, meine Damen und Herren,

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

dass die Erfahrung der älteren Generation wieder gefragt ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Thomas Kemmerich das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Gäste, liebe Zuhörer und Zuschauer, Frau Stange bezieht sich auf eine Kleine Anfrage oder auf eine Meldung im MDR, dass immer mehr Menschen über 63 Jahre in Rente gehen, in Altersrente. Die Zahlen hat sie selbst genannt: 2011 waren es 46 Personen, im letzten Jahr waren es 91 Personen und in diesem Jahr 102 Personen. Immerhin beziehen wir uns auf dieselbe Statistik. Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig verzeichnen wir eine Rekordbeschäftigung - meine Vorrednerin, Frau Holzapfel, hat es gesagt - im Bereich der 60- bis 65-Jährigen. Noch nie waren so viele Menschen im Freistaat Thüringen in dieser Altersklasse seit der Wende beschäftigt. Es sind inzwischen 47.000 Menschen und das sind knapp 18 Prozent mehr als im Jahre 2011.

(Beifall FDP)

Nun braucht man kein großer Statistiker sein, aber diese Zahlen seien mir erlaubt, wenn ich diese 100 Menschen gegen die 47.000 Menschen stelle, dann

sind das kaum 0,3 Prozent. Wenn ich gleichzeitig den Aufwuchs sehe in der Beschäftigung in der Altersklasse zwischen 60 und 65, ist es durchaus nachvollziehbar, dass auch hier die Rentenübergänge ansteigen können. Denn die Zahlen, die Sie hier nennen, sprechen nicht dafür, dass alle diese 102 Menschen dieses Jahr, oder 91 oder 46 in den Vorjahren, zwangsverrentet worden sind, sondern sie stellen nur fest, dass ein Übergang in die Rente gemacht worden ist. Ob das dabei auf eigenen Antrag erfolgt ist, ob das dabei nach Beratung erfolgt ist und vor allen Dingen, ob nicht ein Übergang in die Altersrente für den Betroffenen, für die Betroffene günstiger ist - es kann durchaus sein, dass aufgrund der Erwerbsbiografie desjenigen/derjenigen der Bezug der Rente durchaus höher ausfallen kann als der Bezug von Hartz IV. All das blenden Sie aus, um hier wie immer Stimmung zu erzeugen.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Es gibt Abschlüsse.)

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schon viel gesagt worden über diesen Wahlkampf, aber eines, meine Damen und Herren von den LINKEN: Sie ziehen Zerrbilder von dieser Nation.

(Beifall FDP)

Ihr Vorsitzender, der fast jeden Tag im Fernsehen ist - Gott sei Dank sehen nicht immer alle hin -, hat letzte Woche dann noch behauptet, dass die Hälfte aller Deutschen eine Rente von unter 700 € bezieht. Daraufhin hat ihn Herr Plasberg, wohlgeehrt, dabei entlarvt, dass sich im Endeffekt diese Schicht auf 2 Prozent reduziert. Bei allen anderen spielen das Haushaltseinkommen, Bezug aus anderen Rentenkassen, aus anderen Ruhestandsgehältern, aus Pensionen etc. eine Rolle. Es sind am Ende 2 Prozent, die tatsächlich von einer Rente leben müssen unterhalb von 700 €. Das sind immer noch 2 Prozent zu viel, darum werden wir uns kümmern und müssen wir uns kümmern.

(Beifall FDP)

Aber meine Damen und Herren, Sie ziehen Zerrbilder über diese Nation. Zum Beispiel ein prominenter Rentner mit unter 700 € ist Jupp Heynckes, den ich sehr schätze und deshalb gar nicht ins falsche Licht stellen will, aber meine Damen und Herren, Sie sollten mal sehen, was Sie dieser Nation mit diesen Diskussionen antun.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Was meinst du denn immer mit „dieser Nation“?)

Insofern sind wir auch froh, wenn der Wahlkampf dann zu Ende getobt hat und wir uns wirklich um die Bedürftigen kümmern können. Erlauben Sie mir noch ein Bonmot aus dem Wahlkampf. Die Tage war jemand bei mir am Wahlkampfstand und for-

(Abg. Kemmerich)

derte auch seine Rente ein, seine Solidarrente von 1.050 €. Auf Nachfrage, welche Rente er bezieht, war die Aussage 290. Warum? Ja, ich war selbstständiger Künstler, ich habe nicht eingezahlt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Und ist das schlimm? Was soll denn das?)

Über die Motivation habe ich mich mit ihm nicht unterhalten. Wir haben uns ausgetauscht, dass er ja trotz alledem aus der Solidargemeinschaft seine Aufstockungen erhält und daraufhin sagte er mir, das wäre alles gut und schön, aber er möchte gern nach Thailand und dort seinen Lebensabend verbringen und dahin könnte er nur seine 290 € Rente mitnehmen. Ich denke, dafür brauchen wir die Solidarität der Gesellschaft nicht, die brauchen wir für die wirklich Bedürftigen und nicht für vielerlei andere Fälle. Vielen Dank!

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das ist ja unverschämt. Ist ja kein Wunder.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es hat jetzt der Abgeordnete Rolf Baumann von der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Baumann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, „Erhebliche Zunahme von ‚Zwangsverrentungen‘ nach § 12 a SGB II in Thüringen“. Beim Wort „erhebliche“, da stelle ich noch einmal ein Fragezeichen, wir haben schon einige Zahlen gehört. Ich werde auch noch einige Zahlen hinzufügen.

Auch die SPD-Fraktion hat ein Verständnis für die Situation der Menschen, die früher in Rente gehen müssen und die dann viel weniger Geld haben und anschließend noch Grundsicherung beantragen müssen. Das ist nicht der richtige Weg und ich glaube, das ist auch nicht gewollt gewesen. Ich will jetzt das Gesetz nicht noch einmal erläutern, das wurde von meinen Vorrednern zur Genüge getan. Ich möchte nur aus ein paar praktischen Erfahrungen berichten. Wir haben auch mehrere Jobcenter besucht und haben dort festgestellt, auch wie die Jobcenter uns das berichtet haben, dass dort eine gute Arbeit gemacht wird und dass mit diesem Gesetz sehr behutsam umgegangen wird. Es wurde ja auch schon gesagt, dass sehr viele Ausnahmetatbestände da sind und dass eine Nichtbeantragung desjenigen, der davon betroffen ist, nicht zu einer Sanktion führt. Auch das muss hier gesagt werden. Hinzu kommt, dass wir es mit einer Versicherungsleistung bei der Rentenversicherung zu tun haben und mit einer steuerfinanzierten Leistung im SGB II. Wichtig ist auch, dass die Daten, die Zahlen, die auch schon genannt wurden, nicht genau definiert

werden können, wie viele Personen nun eigentlich in die sogenannte Zwangsverrentung gekommen sind. Die Zahl 91, und da habe ich mich auch noch einmal rückversichert und das auch von den Jobcentern bestätigt bekommen, dass diese Zahl ja auch noch mehr beinhaltet. Dort sind zum Beispiel auch die Schwerbehinderten drin, die dann zu 100 Prozent Rente bekommen. Es gibt also keine definierte Zahl darüber, welche eigentlich in die Zwangsverrentung kommen. Von allen Jobcentern wurde bestätigt, dass das wirklich nur ein ganz geringer Teil von den geprüften Personen ist, die wirklich die geminderte Rente in Anspruch nehmen müssen. Der größte, der allergrößte Teil derjenigen, die mit 63 oder 64 in Rente gehen, sind nämlich diejenigen, die dies aus den verschiedensten Gründen selbst wollen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Weil sie nicht mehr schikaniert werden wollen.)

Diese Zahlen sind bestätigt, von denjenigen sind es, glaube ich, nur 8 bis 12 Prozent, die wirklich in dieser sogenannten Zwangsverrentung dann landen. Um diese Einzelfälle muss man sich kümmern und auch da sagt die SPD ganz eindeutig, dass wir das mit auf den Prüfstand stellen wollen. Das ist aber nicht Landesrecht, sondern das ist Bundesrecht, das muss in den Bund, das muss in Berlin geschehen.

Und noch ein paar Worte, Frau Stange, zu Ihnen. Immer diese Plattitüden: In Würde das Leben sicherstellen. Was ist denn SGB II? Was ist denn die Grundsicherung? Das ist doch, dass die Menschen auch in Würde noch ein Leben führen können. Dass das nicht das Luxusleben ist, das wissen wir doch alle. Aber schauen Sie doch einmal in andere Staaten. Wo gibt es denn dies, dass die Menschen so abgesichert sind, das ist einfach Ihre übliche Panikmache und auch der Satz dann wieder zu Hartz IV: Hartz IV muss weg.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Es will auch keiner Luxus. Existenzsicherung. Das ist Schikane.)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Baumann, SPD:

Ja. Sagen Sie uns einfach einmal, was Sie stattdessen haben wollen. Diese Antwort sind Sie uns immer schuldig geblieben. Die haben wir heute auch noch nicht bekommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall SPD)

(Abg. Baumann)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Sie haben Frau Stange nicht zugehört.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es hat jetzt Frau Abgeordnete Siegesmund von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete Siegesmund hat das Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

sehr geehrte Abgeordnete, die Aktuelle Stunde, die DIE LINKE beantragt, hat zwei Vorgeschichten. Zum einen hat sie die Vorgeschichte, dass Frau Stange eine Kleine Anfrage nicht ordnungsgemäß beantwortet bekommen hat. Zum anderen geht ihr die Geschichte voraus, dass sehr konkret in der Zeitung nachzulesen war, wie es einer 63-jährigen Frau aus Arnstadt erging, die vom Jobcenter geradezu aufgefordert wurde, in Rente zu gehen, die es nicht wollte und am Ende vor die Wahl gestellt wurde, entweder das Jobcenter fülle jetzt für sie den Antrag aus, damit sie in Frührente geht, oder sie möge das letztlich selbst tun. So oder so fehlen der Frau am Ende 50 € und die Geschichte zeigt, dass Politik den Auftrag hat, darüber zu diskutieren, ob diese Regel funktioniert - ja oder nein. Das ist der Sinn und Zweck dieser Aktuellen Stunde heute, Frau Stange, so habe ich Sie jedenfalls verstanden. Und über diese eine Frau und die Geschichte derjenigen, die das in Thüringen im Übrigen auch noch betrifft, lohnt es sich zu reden. Herr Kemmerich, die Zahl hat sich mindestens verdoppelt. Also lohnt es sich, darüber zu reden und selbst, wenn sie sich nicht verdoppelt hätte, geht es darum, sehr genau in die Familien zu schauen und was das jeweils für diejenigen heißt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt nämlich am Ende, dass bei einer Zwangsverrentung auf bis zu 8,4 Prozent der Rente verzichtet werden muss. Sie haben vollkommen recht, ich verstehe Ihr lautes Dazwischenrufen so, dass Sie sagen, das ist vor allen Dingen ein bundespolitisches Thema. Ja, da stimme ich Ihnen zu. Aber die Betroffenen sitzen nun einmal in den einzelnen Ländern und deswegen lohnt auch die De-

batte hier. Am Ende des Tages steht nämlich die Frage, wenn Sie schon über die ganzen Jahre hin kein existenzsicherndes Einkommen bekommen haben und am Ende dann in die Altersarmut rutschen, ist das auch in genuin eine Frage, die ich immer gern in Richtung FDP stelle, was das denn eigentlich bei Eigenverantwortung und Leistung, die Sie den Menschen immer abverlangen wollen, für jeden Einzelnen am Ende des Tages, nämlich dann, wenn es um Rente geht, heißt.

Wir sagen, dass diese Regelung selbst bei allen Ausnahmetatbeständen unsozial ist, altersdiskriminierend auch und das hätte nicht sein müssen, es war die sogenannte 58er-Regelung in Rede, die bis zum 31.12.2007 galt. Auf Bundesebene haben sich die einzelnen Fraktionen dazu positioniert. Wir haben als GRÜNE 2007 und 2011 Anträge dazu gestellt. Allein es ist nicht dazu gekommen, dass es eine entsprechende Anpassung gab. Gleichzeitig müssen wir aber klären, warum, wenn es - wie Frau Holzapfel sagte - offenbar genug Spielraum für Ausnahmetatbestände gibt, dieser nicht mehr ausgeschöpft wird oder warum es auf einmal diesen sprunghaften Anstieg gibt. Das muss man sich anschauen. Das lässt eben auch Raum für Interpretation. Man kann sagen, das hat demografische Gründe, es kommen mehr Leute in das Alter, die in Rente geschickt werden müssen und für die treffen die Ausnahmetatbestände nicht zu. Man kann sagen, es hat etwas mit der unbefriedigenden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu tun. Man kann mannigfaltige Gründe hervorzaubern, man kann aber definitiv eines sagen, und das haben wir hier schon öfter diskutiert, der sogenannte Aufschwung, den es am Arbeitsmarkt lange gegeben hat, gilt eben für viele nicht. Das betrifft in Thüringen insbesondere auch die Generation 60 plus. Dafür braucht es Konzepte. Frau Holzapfel hat ja gesagt, da ist von der CDU noch etwas zu erwarten. Darauf bin ich sehr gespannt, was da in den nächsten Monaten ausgearbeitet wird.

Letztlich geht es darum, dass jeder einzelne Fall, eben auch der der Frau, die 63 Jahre alt ist, in Arnstadt lebt und sich jetzt ehrenamtlich engagiert, besprochen werden muss. Denn das Ehrenamt, was sie leistet, wird eben nicht finanziert. Im Gegenteil, da zahlt sie im Zweifel für Wege auch noch drauf, dieses Ehrenamt ist ehrenwert, aber noch einmal: Am Ende des Tages steht gerade bei dieser Frau die Frage im Raum, kann sie es sich überhaupt leisten, ehrenamtlich tätig zu sein, denn die 50 € werden ihr abgezogen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist es ein klarer Politikauftrag für uns, das wollen wir ändern. Vielen Dank.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Für die Landesregierung Herr Minister Machnig, bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst einmal, Frau Stange, ich nehme das Thema sehr ernst und ich muss Sie einfach auf Folgendes hinweisen: Ich habe keine eigene Statistikstelle im Landesministerium, die in jedem Falle nachvollziehen kann, wie viele denn nun in eine solche Verrentung gehen.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Zugriff.)

Warten Sie doch! Ich muss auf Daten der Bundesarbeitsagentur Sachsen-Anhalt und Thüringen, der Regionaldirektion, zurückgreifen und die hat mir mitgeteilt, das habe ich Ihnen leider mitteilen müssen, dass, so haben die uns das geschrieben, statistische Daten zur Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente gar nicht vorliegen. Ich kann Ihnen das ja nur sagen.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Aber der MDR hat es.)

Jetzt glauben Sie mir doch einmal. Zunächst einmal haben die mir das so bestätigt. Ich habe keine eigene Datenerhebung und deswegen muss ich zunächst einmal darauf verweisen, dass es diese Daten nicht gibt, denn ansonsten müsste ich meine Behörde deutlich vergrößern und sie mit solchen Aufgaben befassen, was ich nicht kann.

Jetzt zum Sachverhalt: Zunächst einmal möchte ich auf eines verweisen: Wir alle müssen ein großes Interesse daran haben, dass auch ältere Menschen wieder in Arbeit und Beschäftigung kommen. Das wollen die meisten auch, sie wollen arbeiten. Ich sage ganz klar, das muss natürlich differenziert sein. Es gibt Berufszweige, wo eine Rente mit 65 nicht mehr geht, das ist klar, und es gibt natürlich auch Menschen, die Leistungen erhalten. In Thüringen, und darauf will ich verweisen, haben wir durchaus eine positive Entwicklung dahin gehend, dass Menschen über 60 stärker in Beschäftigung kommen. Immerhin zwischen 2011 und 2012 hat sich der Anteil derjenigen, die über 60 sind, die in Beschäftigung gegangen sind, um 17 Prozent erhöht. Dennoch - jetzt kommt die zweite, das ist die weniger gute, Nachricht - sind heute nur 32 Prozent der 60- bis 65-Jährigen in Thüringen beschäftigt. Das ist immerhin höher als der bundesweite Durchschnitt von 29 Prozent. Das ist alles nicht befriedigend, das gestehe ich Ihnen sofort zu. Deswegen müssen wir noch mehr tun, um Älteren auch die Chance zu geben, in Arbeit zu kommen, und das versuchen wir.

Jetzt zur Frage, worum es geht. Zunächst einmal kann man rechtlich festhalten: Die Pflicht zur Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters besteht erst nach Vollendung des 63. Lebensjahres. Das ist zunächst einmal die formale Situation. Und, auch darauf will ich verweisen, das BMAS hat festgelegt, in welchen Fällen Leistungsberechtigte eine vorgezogene Altersrente nicht in Anspruch nehmen müssen. Die Altersrente muss dann nicht in Anspruch genommen werden, wenn eines von den drei Kriterien gilt: Dies führt zu einem Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld, wenn eine abschlagsfreie Rente in nächster Zukunft in Anspruch genommen werden kann oder wenn eine sozialversicherungspflichtige oder gleichwertige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. So weit die Rechtslage.

Nun gab es in der Tat in Thüringen, das weisen zumindest bestimmte Zahlen aus, die da genannt worden sind, 2012 91 Personen und 2013 bis 102 Personen, die ausgeschieden sind. Auch da gilt, das Jobcenter ist dazu verpflichtet, auf bestimmte rechtliche Fragen hinzuweisen und es kann nur in Ausnahmefällen dann rechtlich vollziehen. Das ist in der Tat die Situation, darauf ist hingewiesen worden, das ist bundesgesetzlich geregelt.

Deswegen ist meine Schlussfolgerung daraus und die will ich noch einmal zusammenfassen:

1. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass mehr Beschäftigung in Thüringen geschaffen wird, und zwar für alle Berufs- und Altersgruppen. Das gilt auch für die 60- bis 65-Jährigen.
2. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass auch diejenigen, die Langzeitarbeitslose sind, wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Dazu machen wir ein Landesarbeitsmarktprogramm. Dazu haben wir Projekte aufgebaut, wie THINKA und viele andere mehr, die dabei helfen sollen. Ich sage ganz offen, das Land tut dort sehr viel.
3. Wir müssen darauf achten, dass natürlich die Job-Agenturen sich nach Recht und Gesetz verhalten, aber eines nicht tun, auf Betroffene Druck ausüben. Das werde ich noch einmal auch gegenüber der Landesdirektion anmahnen. Das werde ich tun, ja.

Ansonsten ist die Landesdirektion an die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben gebunden. Das ist so. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das auch erfolgt. Da, wo es Fälle gibt, dann bitte ich, mir die einmal zu benennen, wo wirklich auf Menschen Druck ausgeübt worden ist, dass sie in eine solche Rente gehen. Das kann ich aber nur im Einzelfall prüfen, ich kann es nicht pauschal unterstellen. Das würde ich im Einzelfall gern überprüfen lassen, weil - ich sage es noch einmal - wir alle ein Interesse daran haben müssen, dass Ältere eine faire Beschäftigungschance haben und dass es uns

(Minister Machnig)

gelingt, insgesamt den Anteil derer, die langzeitarbeitslos sind, insbesondere bei Älteren, abzubauen.

Des Weiteren - und das will ich nur andeuten - gehe ich einmal davon aus, dass wir im Bereich des SGB II und all dieser Gesetze in der nächsten Legislaturperiode handeln müssen -, nur damit Sie meine Position dazu kennen, und zwar bundesgesetzlich. Ich hoffe, dass wir bundesgesetzlich handeln können, das wird sich zeigen, dazu ist der Sonntag da, um das zu entscheiden. Ich sage klar, was meine Position ist. Meine Position ist, es gibt auch Anpassungsbedarf im SGB II im Hinblick auf die eine oder andere Fehlentwicklung und ich denke, das muss man dann bundesgesetzlich auch in Angriff nehmen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zum **dritten Teil** der Aktuellen Stunde

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Auswirkungen der Energie- und Industriepolitik der Bundesregierung auf die Strompreise in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/6596 -

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Abgeordnete Frank Weber von der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Hintergrund, warum meine Fraktion diese Aktuelle Stunde zum Inhalt der heutigen Plenarsitzung gemacht hat, ist die Tatsache, dass wir endlich einmal aufräumen möchten mit der Form der Polemik, der sich die erneuerbaren Energien derzeit als angebliche Preistreiber immer wieder ausgesetzt sehen. Das Erfolgsmodell Erneuerbare-Energien-Gesetz ist international unumstritten. Das wird je nach Intensität des Wahlkampfes auch von allen ernst zu nehmenden politischen Parteien immer wieder bestätigt. Klar war aber immer, dass die Förderung von erneuerbaren Energien ein dynamischer Prozess ist. Das ist keine statische Angelegenheit, es ist nichts, worauf man sich in irgendeiner Form ausruhen kann, sondern man muss immer wieder gestalten, man muss immer wieder Entwicklungen im Auge behalten. Und es gibt ein ganz deutliches und klares Pflichtenheft, was die Bundesregierung auf den Weg bekommen hat, zuletzt durch die Atomausstiegskommission

von Klaus Töpfer. Die Höhe der Erneuerbare-Energien-Umlage wird traditionell im Oktober festgelegt. Dass bereits jetzt von Bundesumweltminister Altmaier eine Erhöhung von 20 Prozent in Aussicht gestellt wurde und damit - wie man so schön sagt - ein weiteres Tier durchs Dorf getragen wird, ist aus Sicht meiner Fraktion eine durchschaubare Wahltaktik. Die Tatsache, dass sich gleichzeitig Bundesumweltminister Altmaier aus jeglicher Verantwortung für die Entwicklung der Energiepreise stiehlt, indem er immer wieder auf Übertragungsnetzbetreiber oder auf den Ausbau der erneuerbaren Energien als Preistreiber verweist, macht dies noch in besonderer Art und Weise deutlich.

Die Verantwortung für eine Fehlentwicklung hat aber nicht derjenige, der sich an die Regeln hält, sondern derjenige, der die Regeln macht und derjenige, der Verantwortung dafür hat, wie diese Regeln zustande kommen. Wenn wir beachten, dass im Jahr 2012 noch rund 700 Unternehmen in den Vorteil der EEG-Ausnahmeregelungen gekommen sind, wir mittlerweile über 2.367 Unternehmen diskutieren müssen in der Bundesrepublik Deutschland, von denen lediglich 100 - ich wiederhole 100 - Unternehmen die Voraussetzungen erfüllen, für die diese Ausnahmeregelungen eigentlich geschaffen wurden, nämlich der internationale Wettbewerb, in dem sie stehen - harter internationaler Wettbewerb ist im Übrigen formuliert -, und energieintensive Produktionsarten, die keine Möglichkeit haben, mit weniger Energie ihre Produktion fortzuführen. Diese Entwicklung kostet die Verbraucher in diesem Land 7 Mrd. € jährlich. 7 Mrd. € jährlich, das ist die Summe, die die Endverbraucher zu zahlen haben, das ist die Summe, die kleinere und mittlere Unternehmen zu zahlen haben, weil sie eben nicht von der Ausnahmeregelung betroffen sind.

Die Tatsache, dass jetzt immer mehr nicht im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen in den Vorteil dieser Ausnahme kommen, zwingt wieder - das ist ein Dominoeffekt - andere, diese Anträge zu stellen, ist doch logisch, weil sie in dem Wettbewerb, in dem sie sind, von denen betroffen sind, die jetzt unter die Ausnahme fallen. Noch nie war Strom an der Börse so billig wie heute, noch nie waren die Verbraucherpreise so hoch. Das ist Ergebnis einer fehlgeleiteten Orientierung der Bundesregierung.

Der Merit-Order-Effekt macht den Strom billig an der Börse. Großverbraucher kaufen günstig ein,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Schwarz-Gelb.)

diese Preisreduzierung kommt aber bei den Bürgern nicht an. Das Gegenteil ist die Folge, je günstiger der Börsenstrompreis, umso höher die EEG-Umlage. 1,6 Cent alleine über die Ausnahmen könnten wir weniger an Strompreisen für die Haushalte haben, 0,8 Cent wenn die Erneuerbaren von

(Abg. Weber)

der Stromsteuer ausgenommen sind. Das Freiburger Ökoinstitut und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft - beides völlig unverdächtige Forschungsinstitute - sind zu dem Ergebnis gekommen, die Schuld für die Preistreiberei beim Strompreis trägt die Bundesregierung.

Dazu kommt noch, dass es mittlerweile für einige energieintensive Unternehmen zur Existenzfrage geworden ist, weil die einfach unsicher sind, weil ihre Anträge nicht bearbeitet werden. Ich war vor Kurzem mit meinem Fraktionsvorsitzenden bei einer Glashütte. Die wollen hier weggehen. Und die wollen nicht wegen der Strompreise weggehen, sondern weil sie unsicher sind, ob sie in die Ausnahmeregelung kommen, weil sie unsicher sind, was die Netzstabilität betrifft, weil sie unsicher sind, ob wir Pumpspeicher kriegen und zukünftig Netzstabilität haben.

Um eines deutlich zu machen, energieintensive Unternehmen gehen nicht in das Ausland wegen der EEG-Umlage, sondern wegen dem Hickhack der Bundesregierung. Wir brauchen eine Neuordnung des Strommarktes, wir brauchen eine Reduzierung der Stromsteuer und wir müssen die Erneuerbaren von der Stromsteuer ausnehmen. Meine Zeit ist zu Ende, herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es hat jetzt der Abgeordnete Thomas Kemmerich von der FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Zuhörer und Zuschauer, wo auch immer, Zitat aus dem Gesetzentwurf von 1998 der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform: „Energie ist ein knappes Gut und ein endliches Gut. Die Preise für seine Nutzung sind in Deutschland zu niedrig. Es ist daher erforderlich, Energie über den Preis zu verteuern.“ Das haben Sie geschafft.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie geschafft mit Schwarz-Gelb.)

Dieses Zitat am Anfang meiner Rede soll auch ganz klar zum Ausdruck bringen, wer uns das eingebrockt hat. Rot-grüne Ideen, rot-grüne Ideologien bis zum heutigen Tage haben nicht nur die Fehlentwicklung losgetreten,

(Beifall FDP)

sondern haben auch dafür Sorge getragen, dass notwendige Schritte in der Reformation des EEG in den letzten Jahren, insbesondere in der gemeinsa-

men Regierung von CDU und FDP, verhindert worden sind. Zweimalig ist der Versuch unternommen worden bzw. ist das EEG letztlich reformiert worden. In dieser Zeit hat zweimalig Rot-Grün mit ihren Mehrheiten im Bundesrat, einmal auf direktem Diskussionswege, beim nächsten Mal im Wege des Vermittlungsausschusses, dafür Sorge getragen, dass die notwendigen Reduktionen in den Vergütungsregelungen nicht in vollem Umfang vorgenommen worden sind, sondern abgemildert worden sind. Sie haben nicht verhindert, dass wir in ausreichender Art und Weise den Ausbau von erneuerbaren Energien deckeln konnten, und jetzt haben wir in Form des EEG und in Form der Ausgleichszahlungen zwischen Börsenpreis, der tatsächlich der niedrigste der Jahre ist, aber der damit auch gleichzeitig das EEG verteuert, für den Verbraucher die Malaise, dass wir die höchsten Strompreise haben, fast eine Verdopplung in den letzten zehn Jahren.

Herr Weber, Zahlen sind ja gut und schön. Wir wissen ganz genau, dass die Umlage etwa 20 Prozent des EEG-Betrags ausmacht und 20 Prozent von 20 Mrd. € sind 4 Mrd. € und nicht 7. So viel muss sein. Das ist immer noch zu viel und Sie wissen ganz genau, dass wir auch seit Langem fordern, dass entweder die Windfall-Profite aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer aus der EEG-Umlage in das System zurückfließen, dass notwendige Ausnahmetatbestände auch vom Steuerzahler zu tragen wären. Alle diese Reformschritte haben Sie bis zum heutigen Tage verhindert.

(Beifall FDP)

Und heute - und da sind die GRÜNEN ja ganz vorne - wollen Sie alle Ausnahmetatbestände streichen. Gehen Sie doch mal zu den energieintensiven Betrieben.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht.)

Klar, Herr Trittin, den ich weiter nicht zitieren will zum heutigen Tage, stellt sich frech in jede Fernsehdiskussion und sagt, ich streiche die alle weg und jeder hat 50 € über.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und erst hat er anfangs gesagt: Die Energiewende kostet jeden nur eine Kugel Eis. Heute können Sie eine ganze Eiskarte rauf und runter essen mit der EEG-Umlage. Das ist doch das, was rausgekommen ist,

(Beifall FDP)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Frechheit im Sinne der Verbraucher, ein Schlag ins Gesicht.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Umlage macht den kleinsten Teil aus, das wissen Sie auch.)

(Abg. Kemmerich)

Und wenn wir bei den Ausnahmetatbeständen sind, dann möchte ich auch Sie einladen, jetzt auf den Erfurter Anger zu gehen, an den Fahrkartenschalter von der EVAG oder an das Kundenzentrum und dort zu erzählen, jawohl, wir streichen alle Ausnahmegenehmigungen. Die EVAG hier in Erfurt, die Erfurter Verkehrsbetriebe, erhalten 900.000 € Befreiungstatbestand und Ihr Parteikollege, liebe Kollegen von der SPD, hat sich um die Antwort herumgemogelt auf die Frage im Stadtrat, wie viel Fahrpreiserhöhung das denn wohl ausmachen würde. Da wird dann weggetaucht und abstrakt gesagt: Versprechen wir jedem 50 € mehr. Wenn es konkret wird, sind Sie jede Antwort schuldig, insbesondere Reformschritte in diesem System. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Manfred Hellmann das Wort.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Gäste, die Energiepolitikgestaltung, die Gestaltung der Energiewende durch die Bundesregierung, ist geprägt von Chaos und Aussitzen wichtiger, dringend zu bewältigender Probleme.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt keine ordnende Hand, welche das Energiesystem auf erneuerbare Energien umstellt. Sechs Ministerien haben Mitspracherecht bei der Energiepolitik, was im Grunde genommen nichts anderes heißt, als dass man große Reibungsverluste hat bei der Umstellung, was sich schließlich und letztlich doch schon in höheren Energiepreisen niederschlägt. Darüber hinaus fehlt die Koordinierung der Bundesländer und wenn man mal das technische Konzept der Bundesregierung anschaut, wenn man überhaupt von so etwas reden kann, dann ist es für meine Begriffe nahezu abenteuerlich. 2050 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen. Wir sind aber schon etwa bei 25 Prozent. 37 Jahre für diese Steigerung auf 80 Prozent ist für mich einfach lächerlich. Das ist ein weiter Weg, der uns schon von dieser Strecke her, von der Zeitdauer her viel Geld kosten wird, und von diesen 80 Prozent sollen 50 Prozent in Windparks in Nord- und Ostsee produziert werden. Das ist ungefähr die Leistung, ich sage mal, im Minimum 40 Atomkraftwerke herkömmlicher Art. Man muss sich vorstellen, was das bedeutet. Deutschland muss verkabelt werden auf eine Art, von der wir gegenwärtig vielleicht nur träumen, und die Netzentgelte werden ins Unermessliche steigen. Wenn diese Prämissen realisiert werden sollten, dann werden wir langfristig

sehr, sehr teuren Strom haben. Offshore-Anlagen erhalten 19 Prozent Einspeisevergütung, an Land bekommt man bei der Vergütung für einen Windgenerator nur 8 Cent, um mal einen Vergleich anzuführen, der einem schon fast unglaublich erscheint. Diese Maßnahmen dienen lediglich dazu, das Leben der großen Energiekonzerne zu verlängern und ihr zentrales System, das im krassen Widerspruch zu den Erfordernissen der Zeit steht, aufrechtzuerhalten.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen dezentrale Erzeugung und auch dezentralen Verbrauch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Strompreise reden, dann muss man feststellen, dass eine große Desinformation angefacht ist. Nur wenige Bürger wissen, dass der herkömmliche Strom nicht etwa 3 bis 6 Prozent Gestehungskosten hat, wie man im Allgemeinen redet, sondern es sind 10 bis 11 Prozent, Entschuldigung, 10 bis 11 Cent. Kohlesubvention, Atomendlagerung, die hohen Kosten für die Umweltämter, die für die Einhaltung der Grenzwerte verantwortlich sind, um nur mal drei Beispiele zu nennen, führen dazu, dass über die Steuer verdeckt diese Kosten schon abgetragen sind und eigentlich der Vergleich zu den erneuerbaren Energien nicht mehr passt. Nur wenige Bürger wissen, dass die strittige EEG-Umlage zum großen Teil von ihnen zu tragen ist, große Teile der Industrie befreit sind. Herr Weber hat die Zahl genannt, ich glaube, aktuell sind es 2.300 Betriebe, die in den Genuss dieses Rabattsystems kommen. Und, wie gesagt, allein durch Verbesserung oder Veränderung dieses Rabattsystems könnten diese 5,3 Cent, die gegenwärtig zur Diskussion stehen, um 1,6 Cent pro Kilowattstunde verringert werden. Ich frage mich ernstlich, ist es so ein großes Problem, auch eine Aluminiumhütte mit wenigstens 20 Prozent der EEG-Umlage zu belasten?

(Beifall DIE LINKE)

Selbst einer Aluminiumhütte, die viel Strom verbraucht, die viel Export macht, könnte man das doch wohl zumuten, damit die überhaupt ein Interesse haben, selbst etwas zur Energiewende beizutragen.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Wir haben doch schon die höchsten Preise in Europa.)

Natürlich ist es methodisch falsch, dass trotz sinkender Preise an der Börse, was durch erneuerbaren Strom verursacht wird, die EEG-Umlage trotzdem steigt und damit auch die Strompreise. Diese Senkung muss einfach an den Kunden weitergegeben werden, genauso wie man sich die Stromsteuerbelastung sparen kann. Zu allem Überfluss führt diese Aufblähung dieses gesamten Komplexes, man muss ja wissen, dass etwa 50 Prozent des

(Abg. Hellmann)

Strompreises staatliche Abgaben und Steuern ausmachen, dazu, dass die Mehrwertsteuer steigt. Auch das könnte man sich eigentlich ersparen. Ich hätte noch so viel zu sagen, man muss eben in fünf Minuten die Welt erklären, das ist schrecklich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nein, nein, das ist nur eine Aktuelle Stunde, da muss man nicht die ganze Welt erklären.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Ich warte nicht auf ... Ich sehe es blinken, also ich lasse den letzten Gedanken, ich bedanke mich. Ich bin anständig.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Okay. Ich rufe für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Abgeordneten Adams auf.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank an die Fraktion der Sozialdemokraten, dass sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben. Die Frage ist mit Sicherheit aktuell, gerade mit Blick auf den nächsten Sonntag. Die FDP hat auf der Bundesebene einen Aktionsplan zur Beendigung der Energiewende vorgelegt. Wesentliche Punkte dabei sind 1. der Ausbaustopp der Erneuerbaren, 2. das Ende des Vorrangs der Einspeisung von Ökostrom, 3. die Abschaffung des EEG. Das Perfide an der FDP-Argumentation ist, dass sie mit ihren Befreiungen der Großindustrie, mit ihrer Klientelpolitik dazu beigetragen haben, dass die Strompreise angestiegen sind. Sie haben sie selbst hochgetrieben, sie haben das selbst zu verantworten. Und jetzt nehmen sie diese hohen Strompreise als Anlass dafür, die Energiewende abzuwürgen. Kollege Weber hat es schon dargestellt: Über 2.300 Betriebe sind es heute, die von Ihnen entlastet werden. Vor 2009, bevor Sie leider in die Bundesregierung eingetreten sind, waren es dreimal weniger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Grund dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum der Thüringer Mittelstand, Lieschen Müller in Thüringen, die Zeche für Ihre verkorkte Industrie- und Wirtschaftspolitik bezahlen. Das ist unglaublich, dass Sie das heute anderen vorwerfen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP hört nicht auf, die Mär von der Deindustrialisierung hier zu verbreiten, auch heute wieder in der Debatte. Eines ist doch ganz klar - die Zahlen liegen auf

dem Tisch -, im Jahr 2012, also mitten in der Energiewende, hat Deutschland einen Außenhandelsüberschuss von 188 Mrd. €, der zweitbeste Wert seit 1950.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Zusammenhang zwischen schlechter Wirtschaft und Energiewende ist schlechterdings nicht darstellbar, so wie es die FDP bekommt, ein Zusammenhang zwischen FDP und schlechter Energie- und Wirtschaftspolitik allemal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sieht man auch daran, dass Sie vollkommen falsche Alternativen aufzeigen. Sie reden immer wieder vom Quotenmodell. Dieses Quotenmodell soll ein Erfolg sein in Schweden. Das Problem ist nur, dass ein Land wie Schweden mit 38 Prozent Atomstrom, 42 Prozent Wasserkraft und einem hohen Anteil an Biomasse nicht vergleichbar ist mit Deutschland, und wir wollen es auch nicht vergleichen. Sehr geehrter Herr Kemmerich, Ihre Alternativen sind nicht brauchbar. 4 Mrd. Entlastung, das ist das Angebot von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn wir die Entlastung von Großbetrieben wieder auf das vernünftige Maß wie unter Rot-Grün zurückfahren, dann werden die Menschen in diesem Land um 4 Mrd. entlastet. Das ist ein Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, am nächsten Sonntag nicht die FDP zu wählen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD hat die Frage nach den Auswirkungen der schwarzgelben Politik auf Thüringen gestellt. Ganz klar ist, der Ausstieg aus der Atomenergie ist mit Schwarz-Gelb in Gefahr, das muss jeder wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Energie in Bürgerhand, wofür man hier in Thüringen viel Geld investiert hat und viel Vernünftiges in unseren Kommunen in unserem kleinteiligen Land geschehen ist, das ist in Gefahr, wenn Schwarz-Gelb weitermacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland verliert seine Innovationskraft, wenn Schwarz-Gelb weitermacht. Und Schwarz-Gelb wird die Monopolstrukturen im Energiesektor wieder zementieren. Das alles ist schlecht für den Thüringer Mittelstand, das ist schlecht für die Thüringerinnen und Thüringer, deshalb brauchen wir unbedingt eine rot-grüne Energiepolitik ab dem nächsten Montag. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Worm das Wort.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Kollege Adams, genau das brauchen wir nicht, diese rot-grüne Energiepolitik. Ich denke, wir sind da derzeit durchaus besser aufgehoben.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Energiewende ist natürlich eine langfristig angelegte Aufgabe und durchaus auch mit entsprechenden finanziellen Anstrengungen verbunden.

Werte Kollegen, ein solcher energiepolitischer Wandel, weg von fossilen Brennstoffen oder auch weg von der Kernenergie hin zu den Erneuerbaren kann auch nur reibungslos funktionieren, wenn dazu die entsprechenden infrastrukturellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, also ausreichend Ersatzkraftwerke, Energienetze und Speicher zur Verfügung stehen, bevor die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Über die Frage einer abgestimmten europäischen Energiepolitik will ich an dieser Stelle gar nicht erst reden. Das ist aus allen bekannten Gründen in dieser Frage nicht wirklich erfolgt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ausstieg ist ein Ausstieg.)

Trotzdem war der politische Rahmen in Form des EEG auf dem Weg zur Marktreife der Erneuerbaren durchaus richtig. Inzwischen liegt jedoch der Anteil des Ökostroms bei der Erzeugung bei gut 25 Prozent. Selbst wenn wir die Förderung sofort stoppen würden, verbleiben die Verbindlichkeiten aus der EEG-Umlage für die nächsten 20 Jahre. Und das sind summa summarum gut 300 Mrd. €. Dass die Politik in dieser Frage längst hätte handeln müssen, ich denke, das steht außer Frage.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verpasst.)

Die Probleme sind jedoch vielschichtig, das geht los bei den Konstruktionsfehlern des EEG.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hätten Sie ja ändern können.)

Warum hat denn zum Beispiel Rot-Grün bei der Konstruktion des EEG nicht eine starke degressive Abschmelzung der Förderung bei erfolgreicher Markteinführung mit berücksichtigt?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben abgesenkt, kontinuierlich ...)

Warum haben nach wie vor ideologische Aspekte Vorrang vor marktwirtschaftlichen?

Alles Fragen, die im Raum stehen. Die Debatte über die Ausnahmeregelungen für die energieintensive Produktion bzw. Industrie ist hierbei am wenigsten hilfreich. Unabhängig davon, dass die Liste dieser Unternehmen zu straffen ist, muss gesagt werden, dass genau diese Industrie schon längst weg wäre, wenn es diese Ausnahmeregelung nicht gäbe.

Weil immer wieder der Mittelstand in Thüringen angesprochen wurde: Ich kann für meinen Wahlkreis sagen, da gibt es eine ganze Reihe von mittelständischen Unternehmen - Stichwort Glasindustrie -, die von diesen Ausnahmeregelungen profitieren. Selbst diese Sonderregelungen halten verschiedene Unternehmen mit Blick auf die vorhersehbare Entwicklung der Strompreise schon jetzt nicht mehr davon ab, Konsequenzen zu treffen. Kollege Weber hat ein Beispiel gesagt, das auch anderen Kollegen im Haus bekannt sein dürfte, das ist zum Beispiel die Schließung des Schaumglaswerks in Schmiedefeld im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt oder die geplante Verlagerung einer von zwei Glaswannen aus dem Glaswerk Piesau nach Polen. Das hat durchaus etwas mit Unsicherheit zu tun, da gebe ich dem Kollegen Weber recht, aber es hat natürlich auch etwas mit der Entwicklung der Strompreise zu tun und das durchaus auch vordergründig. Also alles konkrete Folgen der Energiewende und der entsprechenden Steigerung der Strompreise.

Fakt ist - auch das muss gesagt werden -, mit jedem Windrad und mit jedem Solarkraftwerk wird die Stromversorgung volatil und die Netzstabilität zwangsläufig instabiler. Das hat nun nicht unbedingt positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wieso?)

Gegensteuern kann man eben nur, wenn man die Erneuerbaren, die derzeit - wie schon gesagt - 25 Prozent Marktanteil besitzen, vollständig dem Wettbewerb stellt und der bestehende Bestandschutz auf den Prüfstand gerät. Rentabilität und Sicherstellung der Energieversorgung unter Wettbewerbsbedingungen bei gleichzeitig geordnetem Ausbau konventioneller und erneuerbarer Energie muss hierbei das Credo sein, dass Strom auch zukünftig bezahlbar ist.

Ich will jetzt gar nicht auf den Anteil eingehen, den der Staat pro Kilowattstunde kassiert, ich will gar nicht auf das Thema Netzentgelt eingehen, weil meine Zeit um ist, aber alles in allem gibt es jede Menge Ansatzpunkte, derer sich Bund und Länder

(Abg. Worm)

schnellstmöglich bei der umfassenden Reformierung des EEG im Interesse bezahlbarer Strompreise annehmen müssen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Aus allen Fraktionen ist gesprochen worden. Für die Landesregierung Herr Minister Machnig, bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Energiewende ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen, infrastrukturellen und industriepolitischen Projekte der nächsten Jahre - unzweifelhaft. Es geht hier darum, wie bleiben wir wettbewerbsfähig, wie erhalten wir Preise, die auch für alle Menschen in Deutschland erträglich sind, und wie schaffen wir es, dass wir Klimaschutz in den nächsten Jahren betreiben. Das sind die drei großen Ziele. Jetzt will ich nicht - obwohl ich dazu aufgelegt wäre - eine Rede halten, was in den letzten vier Jahren in der Regierung auf Berliner Ebene gemacht worden ist. Ich will das ausdrücklich nicht tun. Aber ein paar Dinge muss ich dann doch mal klarstellen.

Die EEG-Umlage ist in den letzten vier Jahren von 5,2 Mrd. auf 20,3 Mrd. gestiegen.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ich sage mal die Zahl, das ist die Größenordnung. Sie müssen mir mal zuhören! Das ist zunächst mal in Ihrer Amtszeit passiert, 5,2 Mrd. bei Rot-Grün, heute haben wir 20,3 Mrd.

Dann habe ich mitgebracht - Herr Kemmerich, da muss man schon richtig hinschauen, wenn man sich die Preise anschaut, Sie haben doch schlank behauptet, die Energiepreise für Privathaushalte hätten sich verdoppelt in den letzten zehn Jahren. Sie sind angestiegen, das ist wahr, aber sie haben sich nicht verdoppelt. Sie sind gestiegen von 17 Cent pro Kilowattstunde auf 28 Cent pro Kilowattstunde. Das ist immer noch genug, aber es ist keine Verdopplung, so wie Sie behauptet haben. Im Übrigen bei den Strompreisen für Haushalte, Drei-Personen-Haushalte, ist er gestiegen von 50 € auf 83 €. Auch das ist eine Menge, gestehe ich gern ein, und dennoch ist es keine Verdopplung. Bei den Industriestrompreisen haben wir in der Tat in den nächsten Jahren eine Zunahme, allerdings sind sie viel moderater gestiegen, als das für die Stromhaushaltspreise gilt. Jetzt will ich erklären, was eigentlich passiert. Es ist eben falsch zu sagen, das sei ausschließlich auf das EEG zurückzuführen. Wir sind doch in der absurden Situation, dass die Strompreise an der Börse fallen, dadurch die EEG-Umlage ansteigt und darüber dann eines passiert,

dass insgesamt sowohl bei Unternehmen als auch bei den Sozialen, als auch bei den Haushalten der Strompreis steigt. Das muss man mal einem normalen Menschen erklären, warum er bei fallenden Strompreisen an der EEX dann eigentlich höhere Strompreise bezahlen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt sage ich zunächst mal - ich habe Ihnen auch zugehört; wenn Sie eine Zwischenfrage haben, werde ich die gern dann beantworten -, ich will es mal erklären: Es gibt Hinweise darauf, ich sage es mal freundlich, dass diese Reduzierung der Strompreise an der Börse nicht an den Verbraucher weitergegeben wird. Wenn im Bereich der Grundversorgungstarife zum Teil eine Differenz von 6 Cent pro Kilowattstunde zwischen unterschiedlichen Stadtwerken und Anbietern vorhanden ist,

(Beifall SPD)

dann ist das doch zunächst mal ein Beleg dafür, dass es ein sehr unterschiedliches Preisniveau gibt und dass manchmal das, was notwendig ist, nämlich die Weitergabe an den Verbraucher, nicht erfolgt.

(Beifall SPD)

Deswegen, sage ich, müssen wir die Grundversorgungstarife überprüfen, ob die denn überhaupt korrekt sind, denn wenn diese zum Beispiel nicht weitergegeben werden, dann ist das ein glatter Verstoß gegen Wettbewerbsrecht und dagegen muss vorgegangen werden.

Das Zweite, auch da ein Hinweis, einfach mal die Zahlen, die helfen: Bei Rot-Grün 2009 gab es knapp 800/900 Unternehmen, die als energieintensive Unternehmen anerkannt worden sind. Wir haben heute 2.400 Unternehmen, die von der EEG-Umlage ausgenommen werden. Heute bedeutet das einen Ausfall von 5 Mrd. und es liegen für das nächste Jahr, 2014, weitere Anträge von weiteren 200 Unternehmen vor und damit wäre ein Anstieg auf über 7 Mrd. vorprogrammiert. Jetzt sage ich eindeutig, das geht nicht, sondern je weniger Ausnahmetatbestände wir schaffen, umso weniger ist zu zahlen, das heißt, es kommt dann vor allen Dingen bei der Bevölkerung an. Jetzt sage ich hier ausdrücklich eines, und dabei auch an den Kollegen Hellmann: Es gibt energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, die ohne eine EEG-Umlage-Befreiung nicht wettbewerbsfähig sind. Das sage ich auch ganz klar, diese Befreiung muss es auch geben. Ich will es am Beispiel Aluminiumindustrie mal deutlich machen, weil ich den Fall gut kenne, da habe ich auf der Bundesebene mal geholfen, dass die Aluminiumindustrie in Deutschland überhaupt am Netz bleibt. Die haben Energiekosten bei ihrer Produktion von 80 Prozent. Technische Alternativen gibt es nicht. Da sage ich ganz klar, in diesen Fällen muss si-

(Minister Machnig)

chergestellt sein, dass deren Wettbewerbsfähigkeit - und die stehen im internationalen Wettbewerb - nicht infrage gestellt wird.

(Beifall FDP)

Ich sage Ihnen ein anderes Beispiel: Wir haben auch die Situation, dass Einzelhandelsketten von der EEG-Umlage befreit werden. Da gibt es dann eben einen Einzelhändler eines großen Unternehmens von, wie immer die heißen, in Köln und der ist von der EEG-Umlage befreit.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Wir reden von Thüringen, oder?)

Ja, dann reden wir von Erfurt, meinetwegen, das ist egal, wo, von Erfurt, Jena, wo auch immer, bundesweit, Energiepolitik ist eine bundesweite Sache. Aber ich rede jetzt mal von Erfurt, Jena, was auch immer. Ich will auch eines sagen, wo Unternehmen im Bereich des Einzelhandels eigentlich im internationalen Wettbewerb stehen und warum die energieintensiv sind, das müssen Sie mir mal erklären. Denn wer sind denn die Kunden derjenigen, die in Erfurt zum Beispiel einen Supermarkt haben. Die Kunden kommen aus Erfurt, woher sonst. Dort eine Befeiung vorzunehmen, ist geradezu absurd. Beispiele, wie zum Beispiel, dass Flughäfen auf den Gedanken kommen, auch das findet statt, ihre Rolltreppen in eine eigene Gesellschaft auszulagern, die dann nur eine Funktion hat, nämlich Rolltreppen zu betreiben und damit Energie zu verbrauchen, auch das sind absurde Beispiele und die müssen abgestellt werden, ganz klar.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Ist ja richtig.)

Ja, gut, jetzt sage ich mal, ohne die GRÜNEN - ich muss die GRÜNEN nicht in Schutz nehmen. Aber ganz klar, die GRÜNEN sagen - das halte ich für zu weitgehend, ich will es ja nur sagen -, die GRÜNEN sagen, Rückführung auf das Niveau von 2009. Darüber wird man zu reden haben. Das heißt aber, auch die GRÜNEN sehen vor, dass es Ausnahmetatbestände für Energieintensive gibt. Jetzt muss man darüber reden, was ist eigentlich vernünftig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warten Sie doch einmal, ich komme doch gleich dazu. Jetzt will ich noch einen letzten Punkt sagen. Im Übrigen, das ist nicht banal.

(Unruhe FDP)

Das ist überhaupt nicht banal, sondern es müssen zwei Indikatoren abgeglichen werden, Wettbewerbsintensität im internationalen Bereich und Energieintensität. Das muss miteinander abgeglichen werden und da muss man zu Regelungen in der Sache kommen. Das Dritte, ich will daran erinnern, weil ja behauptet wird, es wäre alles blockiert worden, mit Zweidrittelmehrheit im Bundesrat, das

heißt, auch inklusive Landesregierungen, die alleine von der CDU oder, wie in unserem Fall, von CDU und SPD gestellt werden, haben wir Regelungen etwa im Bereich der Photovoltaik abgelehnt, die die Bundesregierung vorgestellt hat - Zweidrittelmehrheit. Das geht nicht alleine auf rot-grüne Landesregierungen zurück, sondern es gab eine große Mehrheit. Wir haben das übrigens am Ende zu einem Ergebnis geführt, das auch dazu beigetragen hat. Wenn ich jetzt schon darüber rede, dass ich das EEG reformiere, wozu ich ausdrücklich Ja sage, da muss man das an den richtigen Stellen machen.

Jetzt will ich einmal ein paar Stellen sagen. Wir haben eine Managementprämie, 200 Mio., die ist ein glatter Mitnahmeeffekt. Die Liquiditätsreserve ist falsch berechnet, viel zu hohe Liquiditätsreserve. Solche Maßnahmen müssen wir angehen, um in den nächsten Jahren eins zu leisten, auch die Kosteneffizienz des EEG zu erhöhen. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich.

Aber es ist auch schlicht falsch, dass eben allein das EEG daran schuld ist, dass es zu Strompreiserhöhungen gekommen ist, auch diese Sache ist falsch. Deswegen sage ich ganz klar, wir müssen daran arbeiten. Für Thüringen gilt im Übrigen eines, und ich hoffe, da arbeiten dann alle mit, ich möchte endlich, dass wir eine bundesweite Umlage bei den Netzentgelten haben. Es gibt nämlich keine bundesweite Umlage. Unsere Netzentgelte in Thüringen gehören mit zu den höchsten, warum? Wir haben relativ viele Netze, einen relativ hohen Anteil erneuerbarer Energien und das wird auf wenige Menschen umgelegt, denn Thüringen hat nun einmal „nur“ 2,3 Mio. Einwohner. Deswegen ist es doch notwendig, da, wo besondere Lasten zu tragen sind, wegen Netzen, zwischen Produktion, dass die dann auch bundesweit in einen Solidarverbund einbezogen werden, damit die Netzentgelte auch reduziert werden können. Unsere Netzentgelte sind 50 Prozent höher als die in vergleichbaren Bundesländern. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, den wir in den nächsten Jahren zu leisten haben. Herr Worm, das muss ich jetzt allerdings sagen, an einer Stelle bin ich zusammengezuckt. Sie haben davon gesprochen, dass man in die Bestandsbezüge oder -vergütung eingreifen muss. Ja, das haben Sie gesagt, doch. Ja gut, da habe ich Sie falsch verstanden. Ich will nur sagen, Herr Altmaier hat den Vorschlag zusammen mit der FDP gemacht.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Nein, das hat der nie gesagt.)

Das stimmt nicht.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Doch.)

Nein. Es gab ein Papier - ich war doch bei den Verhandlungen dabei -, ein Papier, das von Herrn Rösler und Herrn Altmaier im Zusammenhang mit der

(Minister Machnig)

Debatte um die Strompreisbremse vorgelegt wurde. Da standen exakt diese Positionen drin. Ich war ja nun dort, habe in mehreren Runden gegessen. Da haben wir ganz klar gesagt, mit uns wird es einen Eingriff rückwirkend in die Einspeisevergütung nicht geben.

Ja, ja, so habe ich Sie verstanden. Na gut, dann sage ich mal, dann nehme ich das zurück. Ich hatte Sie so verstanden. Dann nehme ich das zurück.

Ich sage auch, warum: Wenn man damit einmal beginnt, heißt das, keiner wird mehr investieren in den nächsten Jahren. Das Thema Investitionssicherheit ist damit gestorben, im Übrigen nicht nur im Bereich der erneuerbaren Energien, sondern auch im Bereich der konventionellen Kraftwerke.

Ich habe in den letzten Wochen viel gesprochen mit Unternehmern aus sehr unterschiedlichen Bereichen, auch aus der Energiebranche, auch den großen, und die haben gesagt: „Herr Machnig, meine herzliche Bitte, verwenden Sie sich dafür, dass es niemals rückwirkende Eingriffe in rechtlich zugesagte Tatbestände gibt. Wenn das beginnt, ist die Investitionssicherheit für diejenigen, die sie in den nächsten Jahren brauchen, um in Gaskraftwerke oder in andere Kraftwerke zu investieren, vorbei.“ Deswegen sage ich ganz klar: Da, wo ich einen Beitrag leisten kann, dieses zu verhindern, werde ich es tun. Das ist ein Anschlag nicht nur auf die Energiewende, das ist ein Anschlag unter dem Stichwort: „Haben wir überhaupt noch Investitionssicherheit?“ Deswegen sage ich noch einmal, das wird eine der komplexesten Aufgaben in den nächsten Jahren mit der Energiepolitik.

Auf eines will ich zum Schluss auch noch hinweisen, weil ich schon relativ lange rede, wie ich sehe. Ich will auf einen Punkt hinweisen, der ganz wichtig ist, auch noch einmal in Richtung GRÜNE und andere: Selbst wenn wir 100 Prozent Erneuerbare haben, selbst in der Situation werden wir noch fossile Kraftwerke brauchen. Das vergessen Leute manchmal. Warum? Wir brauchen unter dem Stichwort Versorgungssicherheit und Regelenergie für die Netze und Netzstabilität auch fossile Kraftwerke.

Jetzt sage ich ganz klar: Das werden in der Zukunft keine Kohlekraftwerke mehr sein, das müssen flexible Gaskraftwerke sein. Aber diese Gaskraftwerke werden gebraucht. Das Problem ist, in diese Gaskraftwerke wird im Moment nicht investiert oder bestehende, hocheffiziente Anlagen verdienen kein Geld mehr. Deswegen muss es nicht nur eine EEG-Reform geben, wir müssen auch Maßnahmen auf den Weg bringen, damit sich Bestandskraftwerke überhaupt am Markt behaupten können und nicht, wie bei dem einen oder anderen Kraftwerk heute, dass Bestandskraftwerke abgeschaltet werden. Es liegen bei der Bundesnetzagentur 11 Anträge, wo große Energieversorger gesagt haben, diese wollen wir abschalten, damit verdienen wir kein Geld mehr.

Das muss mit geregelt werden. Nur in der Kombination EEG-Reform, Investitionsrahmenbedingungen und Preisstruktur für Fossile und einem funktionierenden Emissionshandel, darauf will ich auch noch einmal hinweisen, werden wir die Energiewende bewältigen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht über die Kohle.)

Meine herzliche Bitte ist, dass wir daran mitwirken, denn wer auch immer nach dem 22. regiert, er wird immer einem Bundesrat gegenüber sitzen. Ich sage ganz klar, der Bundesrat ist zumindest bis 2016 rotgrün dominiert. Das kann in einem Fall sehr hilfreich sein, bei anderen Konstellationen wenig hilfreich.

(Beifall SPD)

Deswegen sind wir, das will ich hier auch noch einmal sagen, auf den Konsens angewiesen. Mir geht es darum, dass wir wieder einen Konsens im Bereich der Energiepolitik herstellen. Ich hoffe, dass wir alle dazu einen Beitrag leisten. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gäbe jetzt noch Redezeit von einer Minute für jede Fraktion. Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kemmerich noch einmal das Wort. Sie haben 2 Minuten 20 Sekunden Redezeit, weil aus der vorherigen Zeit noch 1 Minute 20 Sekunden übrig sind. Danach der Abgeordnete Weber.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Machnig, erst einmal vielen Dank. Wir gehen davon aus, dass wir nächste Woche auch weiter die Regierung stellen, dann freue ich mich auf die Zusammenarbeit im Bundesrat,

(Beifall FDP)

weil durchaus die erwägenswerten Tatsachen wie Managementprämie, Liquiditätsreserve, das führen sie ja richtig an, wo wir dann ein bisschen die Wahrheit verlassen. Herr Rösler hat nie gesagt, dass wir in die Tatbestände eingreifen wollen und dafür brauchen wir auch nicht Politiker, die das verhindern, sondern wir haben Gott sei Dank eine Verfassung, die uns vor der echten Rückwirkung von Gesetzen schützt.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt nicht.)

Selbstverständlich stimmt das. Darauf hat jeder Bürger ein Recht, dass wir keine Gesetze machen, die in bestehende Tatbestände eingreifen und

(Abg. Kemmerich)

wenn es denn der Fall ist, kann er sich Gott sei Dank gemäß unserer Gewaltenteilung dagegen wehren.

Apropos wehren: Wir sollen uns wirklich gegen diese Strompreislügen wehren und auch gegen die Tatsachenbehauptungen, die hier teilweise angestellt werden. Ich will nicht wiederholen, dass Re-kommunalisierung eine von diesen Lügen ist und von diesen Mären, die Allmacht der Stromkonzerne, die immer hier als Dämonen hervorgegestellt werden. Aber eines müssen wir sagen: Es wird immer behauptet, wir wären jetzt Vorbild für Europa. Wer heute die Frankfurter gelesen hat, das ist nur wieder eine Zusammenfassung von Entwicklungen der letzten Wochen, kann genau nachlesen, dass die europäischen Nachbarn sich von der Nachahmung unserer Art der Energiewende Zug um Zug verabschieden.

(Beifall FDP)

Es rückten wieder mehr in den Mittelpunkt Klimaziele, CO₂-Reduktion etc., insofern auch Wege in die Richtung von Quotenmodellen, von Modellen, wo wir sagen, jawohl, wir brauchen den Ökostrom, wir brauchen ihn sinnvoll, wir brauchen ihn im Einklang mit Klimazielen mit CO₂-Reduktion. Das sollten wir auch allen Bevölkerungsschichten sagen, dass hier keine falschen Tatsachen angeführt werden.

Herr Weber, darauf können Sie ja gleich mal antworten: Den von dem Tatbestand befreiten Unternehmen Fromm Plastics in Kölleda, MBW in Sömmerda, Getzner Textil Gera, Weimarer und Ilmenauer Wurstwaren, Milchwerke Erfurt, den allen wollen wir diese Subvention nehmen. Herr Adams rechnet ja immer kühn und Sie haben es ja bestätigt, Herr Machnig, die gesamte Anzahl der Ausnahmen macht etwa 4 Mrd. aus,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Fünf.)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fünf.)

5 Mrd., Herr Adams will 4 Mrd. zurückgeben, wie er gerechnet hat. Da möchte ich mal sehen, wie wir denn auf das 2009er Niveau zurückkommen wollen.

Ich bin da bei Ihnen, wir sollten es reduzieren auf die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen, die energieintensiv produzieren. Nur die haben es verdient, gar keine Frage.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Weber, Sie haben 1 Minute.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kemmerich, Sie haben Ihre Frage ja schon selbst beantwortet, indem Sie am Ende gesagt haben, wir sind uns einig, wir müssen reduzieren auf die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also von daher sind wir ja in dem Punkt zumindest mal d'accord. Ich würde gerne noch was zum Kollegen Worm sagen. Ich war ja mit meinem Fraktionsvorsitzenden zusammen auch in dieser Glashütte und da ist uns ein Chart gezeigt worden, welche Forderungen die Glasindustrie an die Energiepolitik hat. Das liest sich wie ein Wahlprogramm der SPD, Netzstabilität, Pumpspeicherwerke, es sind aus Ihrer Partei Leute, die Front gegen das Pumpspeicherwerk machen, da wollen wir doch mal deutlich werden.

(Unruhe FDP)

Das ist das, was Heinz-Glas und andere von einer vernünftigen Energiepolitik erwarten und der Einkäufer hat zugegeben, dass er vor sieben Jahren 7,5 bis 8,5 Cent pro Kilowattstunden bezahlt hat, jetzt 4,5 Cent pro Kilowattstunde zahlt und dass in Polen der Strom auch nicht billiger ist, sondern dass die Frage der Unsicherheit bei der Netzstabilität und der Versorgungssicherheit die Fragen sind, die zum Umzug nach Polen geführt haben und nicht die EEG-Umlage.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und kann demzufolge diesen Teil der Aktuellen Stunde schließen.

Ich rufe den **vierten** und letzten **Teil** für heute im Bereich der Aktuellen Stunde auf

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Reform des Verfassungsschutzes -

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**keine Gestaltungskraft der Landesregierung!“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/6620 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort an den Abgeordneten Adams aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde mit dem Titel „Reform des Verfassungsschutzes - keine Gestaltungskraft der Landesregierung“ machte sich im ersten Plenum nach der Sommerpause dringend erforderlich, denn die Landesregierung ist zwar Weltmeister im Ankündigen ausbringen, aber ansonsten bei der Vorlage von Gesetzentwürfen wahrlich eine Schnecke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Geschichte: Am 10.10.2012 sagte der Thüringer Innenminister, er werde den Verfassungsschutz an die Kette legen, indem er ihn ins Ministerium eingliedert. Im Januar 2013 gab es ein Thesenpapier von Ihnen, das in Fachkreisen zerrissen wurde. Herr Gentzel, da waren Sie mit dabei, würde ich mal sagen. Im Februar 2013 gibt es die Information, es soll noch einen Gesetzentwurf geben. Mitte März: Der Entwurf liegt jetzt vor. 18. März: Meldung von dpa, der Gesetzentwurf soll vor der Sommerpause eingebracht werden. August 2013: Es gibt ein Pressegespräch mit dem Minister.

Von Eingliederung in das Ministerium ist hier keine Rede mehr; nur noch ein Umzug soll hier die große Reform darstellen. Am 18.09.2013 - das ist heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist elf Monate nach der Ankündigung und zwei Monate nach „vor der Sommerpause“ - liegt nichts vor außer enorm schlechter Erfahrungen mit dem Thüringer Innenministerium, zum Beispiel beim Polizeiaufgabengesetz, nämlich der Erfahrung, dass immer wieder versucht wird, wichtige, langfristige Gesetzgebungsvorhaben auf die lange Bank zu schieben, um sie dann mit großer Pression und in kurzer Zeit durch den Landtag zu drücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verfolgt man die Presse, stellt sich die Sachlage so dar: Die Koalitionsfraktionen streiten und streiten und streiten über dieses Gesetz. Darum kommt dieses Gesetz nicht in das Kabinett, weil es das Kabinett wahrscheinlich nicht erfolgreich passieren würde,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das in einer Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo die gesamte Bundesrepublik und Teile der europäischen Öffentlichkeit auf

dieses kleine Land Thüringen schauen und sagen, die bekommen ja nichts hin. Die Ministerpräsidentin hat es uns allen versprochen, es wird aufgeklärt und es wird gehandelt. Wir sind beim Aufklären ein gutes Stück vorwärtsgekommen in den letzten zwei Jahren und nun ist es Zeit, auch endlich zu handeln; und diese Landesregierung tut es nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei ist es so einfach. Es ist so einfach, jetzt zu handeln. Der Gesetzentwurf sollte auf die Anmerkung von Experten hin noch einmal überprüft werden. Dieser Gesetzentwurf kann dem Landtag und der Öffentlichkeit auch im Referentenstadium informell zur Verfügung gestellt werden. Man könnte, wenn man wollte, eine öffentliche breite Debatte über dieses Gesetz, über diesen Themenkreis einfordern und anstoßen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie glauben doch nicht wirklich, Herr Geibert, dass Sie mit dieser Novelle des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes so wie beim PAG - schnell ins Parlament, schnell durch den Ausschuss und schnell aus dem Parlament wieder raus - umgehen können. Das fliegt Ihnen um die Ohren. Wir hier in Thüringen haben eine Verantwortung, zu sagen, dass wir etwas gelernt haben. Das können nicht nur die Umzugspläne eines Amtes sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir fordern eine öffentliche, lang anhaltende und hinreichend zeitlich ausgefüllte Debatte um dieses Gesetz. Und sie sollte lieber gestern oder heute beginnen als morgen oder erst in einem Monat, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn wir diese breite Debatte in Thüringen und deutschlandweit haben führen können, dann bin ich mir ganz sicher, Herr Minister Geibert, bekommen Sie dieses Gesetz auch durch - wenn Sie aus der Debatte etwas lernen, vorausgesetzt - und später auch durch dieses Parlament.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen dringend einen absoluten personellen Neuanfang. Wir brauchen nicht weiter - und wir sind schon wieder auf dem Weg, hier Übergangslösungen zu haben - unkontrollierbare Provisorien einzuführen, wir brauchen einen engen Einsatzbereich, eine engste Eingrenzung des Einsatzbereichs des Verfassungsschutzes, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die organisierte Kriminalität muss dringend raus und alles, was strafrechtlich relevant ist, muss durch die StPO und das PAG dann erledigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine lückenlose Dokumentation und die Klarstellung, wer nicht dokumentiert und versucht zu vertuschen, wird mit dienstrechtlichen Konsequenzen zu tun haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die effektive Aufsicht durch die Landesregierung ist ein wei-

(Abg. Adams)

terer Punkt, nämlich die interne Selbstkontrolle endlich zu stärken.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, ich dachte, Sie haben den Redezeitbalken gesehen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich sehe ihn gerade, wo Sie mich darauf hinweisen, und komme zum Schluss.

Wir haben als Parlament ein Recht darauf zu wissen, wie Sie diese interne Kontrolle organisieren wollen. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächsten für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Fiedler auf.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich danke für das freundliche Drannehmen. Herr Kollege Adams, es ist ja immer gut, dass ihr das zum Zeitpunkt X zur Aktuellen Stunde macht, das ist ja unbenommen, aber Sie wissen wahrscheinlich genauso gut wie ich, dass der Innenminister die entsprechende Gesetzlichkeit vorgelegt hat und wir daran arbeiten, wie das Ganze umgesetzt wird. Ich denke, es ist zu wichtig, gerade bei der weiteren Reform des Verfassungsschutzgesetzes, denn wir haben ja hier schon einiges verändert, das merken insbesondere die, die in der Parlamentarischen Kontrollkommission sind, dass wir also Sachverständige und Mitarbeiter einsetzen können, wenn notwendig, usw. Ich denke, man muss einfach sagen, dass es an fachlichen Dingen jetzt einige Auseinandersetzungen gab, auch innerhalb der Landesregierung und auch darüber hinaus. Aber das ist aus meiner Sicht nichts Besonderes. Das ist einfach, dass wir darum ringen, dass nach diesen ganzen bösen Dingen, die passiert sind mit NSU, wir hier wirklich einen Verfassungsschutz bekommen, der erstens handlungsfähig ist, der zweitens natürlich - ich sage das ganz deutlich - ausgesiebt ist - ich bezeichne es mal so - und dass wir dort wirklich mit einem Verfassungsschutz weiterarbeiten können, damit wir auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung hier im Lande halten können.

Sie wissen wahrscheinlich genauso gut wie ich, wenn ich so an die Auseinandersetzungen denke, ich habe mal hier vorne gesagt, mir wäre es das Allerliebste, wir würden das Amt auflösen, ich sage mal, mit so einer bestimmten Minute und dann geht es wieder von vorne los. Dazu gab es aber dann

andere Auffassungen, dass also dann im Moment der Sachstand ist, wenn ich es noch alles richtig im Kopf habe, dass es ein Landesamt beim Innenministerium wird. Ich kann am Ende damit leben, für mich ist entscheidend, dass dort die richtigen Leute sitzen, dass die richtigen Leute die Arbeit machen, die wir notwendigerweise brauchen. Das ist für mich das A und O.

Und wir müssen natürlich, da stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu, das Controlling deutlich verbessern, das steht aber im Gesetz geschrieben, dass ein Extracontrolling entsprechend da sein muss, damit solche Dinge wie damals nicht passieren können. Das kann auch nicht wieder passieren, dass ein Controlling über einen längeren Zeitpunkt ausfällt und dann findet keines mehr statt. Das muss ganz klar geregelt werden. Ich rede bewusst so abstrakt, wir wissen ja, wir sitzen ja in bestimmten Gremien, da müssen wir immer aufpassen. Ich denke, hier ist etwas vorgelegt worden, mit dem man arbeiten kann. Ich würde mich freuen, dass - Kollege Matschie ist gerade nicht da - der Kollege Matschie, der ja zum Beispiel das letzte Mal gefordert hatte, die Kommission, die dort aus Gewerkschaften, Kirchen usw. gebildet wird, so was bräuchten wir nicht. Ich bin ganz ehrlich, wir wollten das Ding auch nicht haben. Aber dann haben wir gesagt, wenn der Innenminister das unbedingt wünscht, an uns soll es nicht liegen. Wenn das zum Beispiel ein Punkt sein sollte, der bei der SPD klemmt, da werden wir uns ganz schnell einig.

(Beifall SPD)

Ich denke, entscheidend ist doch, dass wir wirklich was Vernünftiges auf den Weg bringen. Wir können es uns alle nicht leisten, dass wir hier einen Verfassungsschutz weiter behalten oder weiter aufbauen, ausbauen, dass die Kontrolle das A und O sein muss. Hier sind wir genauso mit gefordert. Da fällt mir vielleicht noch ein, ich glaube, in Sachsen ist es zum Beispiel so, da hat sogar die Parlamentarische Kontrollkommission einen eigenen Mitarbeiter, der sich jederzeit alles begucken kann. Vielleicht fällt uns so was auch noch ein. Ich will nur sagen, einmal muss die Landesregierung vorlegen und dann ist das Parlament dran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung muss vorlegen. Ich gehe davon aus, wir haben ja auch noch ein paar wichtige Dinge, die im Land gerade stattfinden, ich glaube, Ende der Woche ist das vorbei. Wie sagt man so schön? Ich gehe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass das in Kürze durch das Kabinett geht und wir uns dann parlamentarisch damit auseinandersetzen. Und da lege ich großen Wert darauf, dass hier insbesondere die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ein Wörtchen mitzureden haben, ohne die Fraktionen dort auszugrenzen, weil wir, denke ich, am

(Abg. Fiedler)

besten wissen, wie das Ganze vonstatten geht. Wir möchten uns auch nicht noch einmal, wie es da und dort geschehen ist, vorführen lassen.

Und noch ein letztes Wort zur LINKEN: Es ist ja müßig, mit der LINKEN zu reden, weil DIE LINKE ihn ja sowieso abschaffen will. Also brauchen wir nicht darüber zu reden mit Ihnen, das ist doch ganz klar. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Richtig.)

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Aber wir würden dir helfen, die Verfassung zu ändern.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Und ich rufe für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Renner auf.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ja, Herr Fiedler, Sie haben recht und ich finde dieses Thema tatsächlich auch ungeeignet für eine Aktuelle Stunde

(Beifall DIE LINKE)

und ich finde es auch unpassend - und ich will es auch gleich erklären -, unpassend für ein Parlament, das tatsächlich darum ringen müsste, welche Konsequenzen wir aus dem NSU-Skandal ziehen. Da müssten wir Fragen finden zur Ausbildung der Polizei, zur kriminalpolizeilichen Praxis, zum Landesprogramm und seiner Neujustierung.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was hat das denn damit zu tun?)

Wir müssten uns positionieren gegen den Extremismusbegriff und wir müssten eine Gedenkkultur entwickeln, die alle Opfer von Nazigewalt nach 1989 einschließt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen wird hier um eine sogenannte Reform des Verfassungsschutzes gebettelt fast und diese Reform wird justiert aus Sicht der Regierung und aus Sicht der Sicherheitspolitik. Ich glaube, da gehen Sie fehl und vor allem hören und sehen Sie nicht das, was gesprochen wird. Gehen Sie raus auf die Straße. Der Inlandsgeheimdienst ist bis in die Basis delegitimiert,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist kein Geheimdienst.)

(Beifall DIE LINKE)

und das nicht nur aus seiner Gründungsgeschichte heraus, sondern auch aus den Verbrechen, in die er verstrickt ist, und das schon lange vor NSU. Ich sage nur Celler Loch, Oktoberfest-Attentat oder Schmücker-Prozess. Und das, was die Untersuchungsausschüsse in Bund und in den Ländern zutage gefördert haben, hat im Grunde nur den Argumentationsrahmen erweitert, auf dessen Grundlage wir sagen können und deutlich sagen müssen, der Verfassungsschutz und alle Inlandsgeheimdienste gehören aufgelöst.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will das noch einmal für Thüringen ganz kurz begründen. Unser Landesamt hat den Thüringer Heimatschutz, also die Neonazidachorganisation, in den 90er-Jahren gegründet, über seine Spitzel versucht, diesen zu steuern, Neonazis alimentiert, Verbrecher geschützt, die Polizei sabotiert und die Justiz manipuliert.

(Beifall DIE LINKE)

Zu seinen besten Zeiten haben sich die Adlaten von Roewer und die Nocken-Brigade gegenseitig operativ im Gehege gestanden und zur Krönung dann Spitzel an- und abgeschaltet, teilweise auch enttarnt, als wäre es deren privates Hobby gewesen. Wir glauben nicht, dass diese Behörde zur Katharsis fähig ist und ich will das auch begründen. Diejenigen, die Anfang der 2000er-Jahre gerufen wurden, in dem Laden aufzuräumen, Herr Sippel und Herr Gasser, was hat sich unter deren Egide dann verändert? Diejenigen haben später genauso weitergemacht, wie die Skandale in den 90er-Jahren begonnen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir an der V-Mann-Führung des NPD-Funktionärs Kai-Uwe Trinkaus deutlich erkennen. Ein Betrüger und Krimineller, der Demokraten infiltriert, mit Gewalttätern paktiert, wird verpflichtet und erhält zum Lohn dafür nicht nur Geld, sondern gleich noch eine Adressliste des politischen Gegners, damit er seine Neonazi-Hooligan-Freunde schicken kann, damit diese dann diese attackieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts hat sich geändert und nichts wird sich ändern.

(Unruhe CDU)

Man muss an den Grund des Übels gehen. Nur dann kann man tatsächlich über die Zukunft eines wirklichen Verfassungsschutzes einer echten Demokratiebehörde nachdenken. Ein Geheimdienst mit nachrichtendienstlichen Befugnissen ist ein Anachronismus in einer offenen Gesellschaft. Er gefährdet Demokratie und er ist nicht kontrollierbar.

(Abg. Renner)

Und zum Scheitern der Kontrolle habe ich hier wenig gehört, Herr Fiedler. Was ist eigentlich mit der Parlamentarischen Kontrollkommission? Von Anfang bis zum Ende hat man sich belügen lassen, man hat sich missbrauchen lassen oder man wollte es nicht besser wissen. Ich kann es nicht klären, es ist ja eine geheime Institution, deswegen kann ich nicht reingucken.

(Beifall DIE LINKE)

Wenigstens im Fall von Herrn Trinkaus wäre ein Eingeständnis der Akteure in der Parlamentarischen Kontrollkommission längst überfällig gewesen,

(Unruhe CDU)

dass es auch das Versagen der Parlamentarischen Kontrollkommission war, dass dieser Fall überhaupt erst geschehen konnte.

(Beifall DIE LINKE)

Und jetzt wollen Sie auch noch einen zivilgesellschaftlichen Beirat gründen, der in Zukunft das Wesen des Geheimdienstes bemängeln soll. Ich bin so froh, dass sich die Bürgerbündnisse in Thüringen deutlich positioniert haben und gesagt haben, für so eine Alibiveranstaltung stehen sie nicht zur Verfügung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen dieser Tage unsere Wahlplakate und wir haben ja ein bisschen selbstironisch plakatiert: Revolution mit Fragezeichen und dann sagen wir Nein, wir machen Realpolitik, Mindestlohn, Abschaffung der Leiharbeit und so weiter. Aber ich sage Ihnen ganz klar: In der Frage der Geheimdienste wollen wir einen klaren Bruch, einen klaren Bruch mit der Logik dieses Geheimdienstes, mit den Befugnissen und der Praxis. Dieses Amt muss geschlossen werden. Es braucht keinen Umzug, es braucht auch keinen neuen Chef, es braucht auch keine neuen Mitarbeiter, es braucht keine neuen Vorschriften und Gesetze, die sowieso nicht eingehalten werden, das wissen wir dann auch. Wir wollen auch keine Offensive in der Öffentlichkeitsarbeit, um Gottes Willen das nicht, wir wollen tatsächlich eine Diskussion, eine Landesbehörde zu schaffen, die Demokratiezentrum ist, die öffentlich-wissenschaftlich arbeitet, transparent ist und die tatsächlich dann das leistet, was geleistet werden muss, die Verfassung schützen, die Demokratie stärken. Ich glaube, dann könnte sich Thüringen einen Namen machen als Reformland, das wäre zu wünschen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Gentzel das Wort.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN glaubt, über die Ausgestaltung dieser Aktuellen Stunde fehlende Gestaltungskraft bei der Landesregierung zu entdecken. Dazu will ich zunächst ganz grundsätzlich bemerken: Wenn es ein Gestaltungsdefizit gibt, was ich verneine, dann betrifft das wohl die Landesregierung und das Parlament, denn Gesetzgeber sind beide. Ich erinnere bei diesem Gesetz daran, dass sowohl DIE LINKE, als sie ein Gestaltungsdefizit wahrgenommen hat bei einem Gesetz, und auch die SPD in der letzten Legislaturperiode in der Opposition einen eigenen vollständigen Gesetzesvorschlag zu dieser Problematik vorgelegt haben.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und was hatten wir vorgelegt?)

Ab und zu sollte man selber das leisten, was man anderen abverlangt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja unglaublich, letzten Frühling hatten wir vorgelegt ...)

Und wie haben Sie in diesem Zusammenhang vor fünf Minuten gerade formuliert, Herr Adams, es ist so einfach und man könnte, wenn man wollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der vorgelegte Gesetzentwurf des Innenministers in einigen Passagen strittig ist im Kabinett und noch weiterer Erläuterung bedarf, wird von niemandem bestritten. Dazu frage ich, was haben Sie denn für eine Vorstellung, wie so ein Kabinett arbeitet? Der verantwortliche Minister legt ein Gesetz vor und alle anderen Kabinettsmitglieder heben die Hand?

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch vollkommen logisch, dass die gleichen Debatten, die Sie für dieses Parlament einfordern, auch im Kabinett geführt werden. Ich halte das bei der Flut von Vorschlägen, die abzuwägen sind, auch für vollkommen normal. Nur anhand von drei Aspekten will ich nachweisen, warum ich die Debatte im Kabinett verstehen kann. Da gibt es zum Beispiel den Strukturvorschlag des Ministers, den wir von vornherein nicht verworfen haben. Aber trotzdem ist zu prüfen, warum dieser, welche Vorteile hat dieser Strukturvorschlag im Gegensatz zu anderen Vorschlägen? Und da bin ich zum Beispiel auch ganz bei Wolfgang Fiedler, wenn ich in seinem Duktus die Frage stelle: Wie hilft uns dieser Strukturvorschlag beim Aussieben und wie können und wie werden wir dann aussieben? Vollkommen klar, dass sich das Kabinett darüber unterhält. Es

(Abg. Gentzel)

ist gut, dass der Innenminister in seiner Fraktion - Herr Fiedler hat das ja eben noch mal deutlich gesagt - die entsprechende Überzeugungsarbeit geleistet hat und dass sie ihm jetzt in Gänze folgt. Aber diese Überzeugungsarbeit ist auch im Kabinett zu leisten.

Zweitens: Es gibt von Anfang an die SPD-Forderung nach einer gesetzlichen Regelung zum Einsatz und zum Führen von V-Leuten. Ist das nun umfänglich umgesetzt in dieser Gesetzesnovelle? Auch das ist doch natürlich im Kabinett zu diskutieren, bevor alle Minister und Ministerinnen eventuell dazu die Hand heben. Und dass insbesondere der Innenminister, die anderen dürfen ihn ja nicht kennen, natürlich den Engel-Bericht dazu abgewartet hat, ist doch vollkommen selbstverständlich. Mich würde auch mal interessieren, wie im Übrigen die Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse dazu stehen. Sind denn noch Erkenntnisse zu solchen Fragen aus den Untersuchungsausschüssen zu erwarten, die in eine - ich frage, ich stelle nichts fest - solche Debatte mit hineingehören?

Und ein letzter Punkt, zu dem ich eine entsprechende Debatte auch nachvollziehen kann, ist zum Beispiel die Frage nach einem Verfassungsschutzbeauftragten.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Reden Sie nicht mit Ihrer Vorsitzenden?)

Es gibt ja die Empfehlung einer Expertenkommission aus Sachsen, die dem Parlament vorschlägt, ich zitiere: „Zur Unterstützung der parlamentarischen Kontrolle wird empfohlen, beim Sächsischen Landtag einen sogenannten Verfassungsschutzbeauftragten zu berufen.“ Das war immerhin eine Generalbundesanwältin a.D. Dass darüber das Kabinett diskutiert, ist doch nach meiner Auffassung vollkommen normal.

Meine Damen und Herren, all das und einiges mehr hat das Kabinett zu debattieren, natürlich in der gebotenen Zeit, aber auch in der gebotenen Tiefe. Für meine Fraktion gibt es keine Anzeichen, dass sich das Kabinett da anders verhält. Danke.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Aktuelle Stunde mit dem Titel „Reform des Verfassungsschutzes - keine Gestaltungskraft der Landesregierung“ greift die Thematik der Zukunft des Thüringer Verfassungsschutzes auf. Der Verfassungsschutz

in Thüringen hat leider seit vielen Jahren immer wieder für negative Schlagzeilen gesorgt. Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Thüringer Landtags beschäftigen sich auch mit möglichem Fehlverhalten des Verfassungsschutzes. Ohne den abschließenden Berichten der beiden Untersuchungsausschüsse vorgreifen zu wollen, kann gleichwohl jetzt schon festgestellt werden, dass der Verfassungsschutz grobe Fehler begangen hat. Kaum einer im Parlament wird bestreiten, dass Handlungsbedarf besteht. Es stellen sich, vereinfacht gesagt, aus meiner Sicht mindestens zwei Fragen. Erstens, welche Struktur soll der Verfassungsschutz haben? Zweitens, wie kann der Verfassungsschutz seinen Auftrag erfüllen? Artikel 97 der Thüringer Verfassung bestimmt, ich zitiere: „Zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung ist eine Landesbehörde einzurichten.“ Bund und Länder haben verschiedene Strukturen eingerichtet. Der Bund beispielsweise hat mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine eigene Behörde eingerichtet. Einzelne Länder haben dagegen den Verfassungsschutz als eigene Abteilung im Innenministerium verankert. Beide Modelle, meine Damen und Herren, haben Vor- und Nachteile. Und beide Modelle sind nicht dagegen gefeit, dass Fehler und Gesetzesverstöße beim Verfassungsschutz festgestellt werden.

(Beifall FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, für die FDP-Fraktion kann ich daher nur feststellen, es kommt nicht darauf an, wie der Verfassungsschutz organisiert ist, sondern es kommt darauf an, wie die Arbeitsabläufe organisiert sind. Ob und wie Kontrollmechanismen installiert und auch wahrgenommen werden,

(Beifall FDP)

ob qualifiziertes Personal im Verfassungsschutz eingesetzt wird und dieses Personal eben auch nach Recht und Gesetz arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Parlament hat nur Einfluss über die Haushaltsberatungen. Die Strukturentscheidung muss nicht durch das Parlament erfolgen. Herr Innenminister, es hindert Sie aber niemand daran, auch nicht das Gesetz, für das Gesetz das Parlament mit in die Entscheidung einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, ich würde aber dafür plädieren, dass wir auch die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse abwarten, um diese auch in die zukünftige Gestaltung des Verfassungsschutzes einzubeziehen. Das, glaube ich, sollte auch der Sinn dieser Untersuchungsausschüsse sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Rednerliste aus den Fraktionen ist damit abgeschlossen. Für die Landesregierung Herr Innenminister Geibert, bitte.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Verfassungsschutz bedarf als notwendige Institution der Sicherheitsarchitektur in der Bundesrepublik Deutschland einer grundlegenden Neuausrichtung und Weiterentwicklung. Das Versagen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Entstehung der und der Fahndung nach der Terrorgruppe, die sich selbst Nationalsozialistischer Untergruppe nannte, wurde durch diverse Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und auf Länderebene in Zwischen- und Abschlussberichten eindrucksvoll dokumentiert. Auch die bekannt gewordenen Ergebnisse aus den Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts haben gezeigt, dass die Sicherheitsarchitektur in Deutschland neu justiert werden muss.

Die von der Innenministerkonferenz sowie der Bundesregierung eingesetzte Bund-Länder-Kommission „Rechtsterrorismus“ hat diesen Komplex ebenfalls untersucht, und ist in ihrem Abschlussbericht vom April 2013 auch zu abschließenden Bewertungen, Empfehlungen und Schlussfolgerungen für eine veränderte Sicherheitsarchitektur und damit auch der Sicherheitsgesetzgebung gekommen. Auch auf der Ebene der Innenministerkonferenz und der zuständigen Arbeitskreise wurden entsprechende Konzepte und Papiere erarbeitet, die die Grundlage bilden, um eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes auch in Thüringen vornehmen zu können.

Auf Landesebene hat die Kommission um den ehemaligen Vorsitzenden Richter am Bundesgerichtshof, Herrn Dr. Schäfer, in einem Gutachten die Fehler der Thüringer Sicherheitsbehörden um die Jahrtausendwende im Zusammenhang mit der Entstehung und der Fahndung nach dem Zwickauer Trio untersucht. Darüber hinaus wurde in einem weiteren Gutachten die Funktions- und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes in Thüringen von Herrn Dr. Schäfer und seinen Experten kritisch unter die Lupe genommen. Die von den oben erwähnten Ausschüssen und Kommissionen gezogenen Schlussfolgerungen lassen sich in drei Kategorien zusammenfassen:

1. Es bedarf einer strengeren und effektiveren rechtsstaatlichen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Dabei stehen sowohl die innerbehördliche Kontrolle als auch die parlamentarische Kontrolle im Sinne einer Stärkung und Präzisierung entsprechender Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission im Fokus.

2. Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei sowie den übrigen Behörden, die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig sind im Sinne eines gemeinsamen Sicherheitsverständnisses, muss durch entsprechende Regelungen intensiviert und stärker institutionalisiert werden. Dabei ist das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei strikt einzuhalten.

3. Schließlich bedarf es auch gesetzlicher Regelungen, die den Verfassungsschutz noch besser in der Mitte der Gesellschaft positionieren, seine gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen und ihn zum ständigen Ansprechpartner für Einrichtungen und Initiativen der Zivilgesellschaft machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will eines hier klarstellen: Dass es eines leistungsfähigen, transparenten und gesellschaftlich akzeptierten Verfassungsschutzes auch in der Zukunft bedarf, wird in keinem der genannten Berichte und Gutachten in Zweifel gezogen. Der Verfassungsschutz als Institution ist zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auch weiterhin unerlässlich. Die wehrhafte Demokratie ist eine übergreifende Staatsaufgabe, die nicht nur, aber eben auch von einer Einrichtung wie dem Verfassungsschutz von Verfassungen wegen wahrgenommen werden muss.

Auch die Thüringer Verfassung hat in Artikel 97 dem Gesetzgeber und der Exekutive den Auftrag erteilt, einen effektiven und transparenten Verfassungsschutz in Thüringen als wesentlichen Bestandteil der Sicherheitsarchitektur des Landes aufzubauen und die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Dieser Aufgabe ist in gleicher Weise die Legislative wie die Exekutive verpflichtet. Der Verfassungsschutz, wie er gegenwärtig in Thüringen organisiert ist, ist natürlich nicht vergleichbar mit dem Verfassungsschutz, wie er um die Jahrtausendwende im Zusammenhang mit den Vorgängen rund um die Entstehung und mit der Fahndung nach der Terrorzelle bestand. Das damalige Landesamt war nicht zuletzt aufgrund einer extrovertierten Amtsführung durch den seinerzeitigen Präsidenten schlecht organisiert und letztlich nur eingeschränkt einer solchen Aufgabe gewachsen. Gleichwohl ergibt sich auch heute bei Betrachtung des gegenwärtigen Zustands des Verfassungsschutzes in Thüringen unter Berücksichtigung der oben genannten Berichte und Ergebnisse Reform- und Änderungsbedarf im Bereich des Verfassungsschutzes.

Der vom Thüringer Innenministerium erarbeitete Entwurf einer Neuordnung des Verfassungsschutzes greift die Ergebnisse dieser Reformdiskussion auf. Inhaltlich dient der Gesetzentwurf der Schaffung präziser parlamentsgesetzlicher Vorgaben für eine erfolgreiche und transparente Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Thüringen. Der Verfassungsschutz wird im Einklang mit den Beschlüssen

(Minister Geibert)

der Innenministerkonferenz vom Mai 2013 zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes verstärkt auf die Präventionsarbeit hin ausgerichtet. Der vorliegende Entwurf enthält einheitliche und klare Regeln für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel im Allgemeinen und von V-Leuten im Besonderen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann schauen wir uns das mal an.)

Ein weiterer zentraler Punkt des Gesetzentwurfs ist die Gewährleistung einer wirkungsvollen parlamentarischen und innerbehördlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes. Organisatorisch sollen die Aufgaben des Verfassungsschutzes zur Optimierung der Kommunikationsstrukturen künftig in eine selbstständige Organisationseinheit in Form eines Amtes für Verfassungsschutz beim Innenministerium integriert werden. Der vorliegende Entwurf war Gegenstand der Kabinettsitzung Anfang September. Von fehlender Gestaltungskraft kann hier also nicht die Rede sein.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum haben Sie den nicht eingebracht?)

Naturgemäß bedürfen die einen oder anderen Regelungen noch einer Diskussion. Die Tatsache, dass in Nordrhein-Westfalen und Bremen zwischenzeitlich mit dem Entwurf des Thüringer Innenministeriums weitgehend deckungsgleiche Gesetzentwürfe bereits beschlossen, so NRW, bzw. in den parlamentarischen Prozess eingebracht wurden, so Bremen, lässt erwarten, dass auch in Thüringen die noch ausstehenden Gespräche innerhalb der Regierung in den nächsten Wochen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können. Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit ist der vierte Teil der Aktuellen Stunde und damit die gesamte Aktuelle Stunde zu Ende. Ich schließe sie demzufolge und ich rufe auf als **Tagesordnungspunkt 1 a**

Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2013 und 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/6283 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 5/6616 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/6649 -

ZWEITE BERATUNG

Zum Bericht aus dem Haushalts- und Finanzausschuss hat der Abgeordnete Hey das Wort. Den bitte ich erst einmal zu diesem Bericht und danach würde ich die Aussprache eröffnen.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Beschluss des Landtags vom 11. Juli 2013 ist der Entwurf für ein Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2013 und 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 66. Sitzung noch am gleichen Tag, also am 11. Juli 2013, und in seiner 67. Sitzung am 12. September 2013, beraten sowie ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt. Der Ausschuss beschloss dabei die schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf unter Einbeziehung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Übernahme des Tarifabschlusses für alle Beschäftigten“ in der Drucksache 5/5953 und des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gesetz zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes“ in der Drucksache 5/4850 durchzuführen. Einvernehmlich einigten sich die Ausschussmitglieder auf eine umfangreiche Liste mit Anzuhörenden, insbesondere bestehend aus Interessenverbänden der Beamten- und Richterschaft. Zu einzelnen Punkten wurden auch die kommunalen Spitzenverbände und der Bund der Steuerzahler angehört. Den Anzuhörenden wurde auch wegen der anstehenden Sommerpause ausreichend Zeit für ihre jeweilige Stellungnahme eingeräumt, nichtsdestotrotz nutzten nicht alle Anzuhörenden die Möglichkeit einer Stellungnahme. Da im Rahmen der nachfolgenden Debatte zum Gesetz die bestehenden inhaltlichen Differenzen mit Sicherheit dargestellt werden, will ich an dieser Stelle auf Ausführungen dazu weitgehend verzichten. Die Anhörung wurde durch die Fraktionen ausgewertet. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Gesetzentwurf der Landesregierung, der Intentionen von Anzuhörenden im Hinblick auf die zeit- und inhaltsgleiche Besoldungsanpassung aufgenommen hatte, fand im Ausschuss nicht die nötige Mehrheit.

(Abg. Hey)

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt deshalb, den vorliegenden Gesetzentwurf ohne Änderungen anzunehmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne die Aussprache und rufe als Erste für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Renner auf.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, liebe SPD-Fraktion, ich glaube, Sie können sich jetzt freuen, ich werde Sie jetzt mehrfach zitieren müssen. Zuerst einmal aus einer Pressemitteilung vom 20. März 2013: Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für zeit- und inhaltsgleiche Anpassung der Beamtenbesoldung an das Tarifergebnis aus. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hat das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder als gutes Ergebnis gewürdigt. Ja, ganz richtig, es geht hier um Inflationsausgleich. Der muss allen Beschäftigten, auch den Beamtinnen und Beamten zustehen. Und wenn Sie dann damals weiter formulierten: Auch wenn es ein erheblicher finanzieller Kraftakt für das Land ist, sollten wir die Beamtenbezüge zeitnah angleichen, um die Vergütung von Angestellten und Beamten nicht auseinanderdriften zu lassen. Ja, dann ist das auch richtig, weil Geld da ist, wenn man will, das haben wir ja auch an vielen Stellen klargemacht. Und es gibt den Gleichbehandlungsgrundsatz, auf den Sie hier abstellen. Und dann gehen Sie in der Pressemitteilung auch noch darauf ein, dass angesichts der Herausforderungen, die im Land anstehen oder schon vollzogen wurden, nämlich die Strukturveränderungen, ich verweise nur auf die Polizeistrukturreform oder die notwendige Debatte zur Gemeinde-, Funktional- und Verwaltungsreform, natürlich auch auf die Beamten und Beamtinnen eine besondere Verantwortung zukommt und man natürlich auch in diesen anstehenden Reformprozessen deren Arbeit würdigen sollte, auch durch eine entsprechende zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses. Wir haben dann auch im Plenum nichts anderes von Ihnen gehört. Herr Kollege Pidde hat am 11.07. hier im Thüringer Landtag gesagt, als wir die erste Beratung durchgeführt haben, ich zitiere: „Der Finanzminister hat seine Arbeit gemacht und er hat hier einen ordentlichen Gesetzentwurf vorgelegt. Jetzt sind wir an der Reihe und bisher haben die wenigsten Gesetze ohne Veränderung den Landtag wieder verlassen. Jetzt sind wir an der Reihe, das, was der Finanzminister uns vorgelegt hat, zu beraten und zu bewerten.“ Und weiter: „Wir haben hier im Hohen Haus schon mehrfach darüber diskutiert, auch in der Aktuellen Stunde, und ich habe mich

auch dafür ausgesprochen, dass nicht nur die inhaltsgleiche Übertragung erfolgen soll, sondern dass die Beamten gleichgestellt werden sollen, also auch zeitgleich. Das ist mit diesem Gesetzentwurf nicht gelungen. Deshalb sehe ich jetzt den Landtag am Zug.“ Also gleich an drei Stellen wurde auf den Landtag verwiesen und die Chancen hätten bestanden, zum Beispiel entsprechende Änderungsanträge in den Ausschussberatungen vorzunehmen. Ich wüsste nicht, dass das geschehen ist, außer von unserer Seite. Aber die Versprechen waren da und das Primat des Landtags wurde nicht eingehalten. Ich würde gerne dann nachher auch in dem Redebeitrag der Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialdemokratie einmal etwas hören,

(Beifall DIE LINKE)

was mit den Äußerungen in dieser Pressemitteilung und mit diesen Äußerungen in der ersten Beratung ist und wie man in den Ausschüssen gekämpft hat und warum man dann schließlich umgefallen ist. Wir geben noch mal eine Chance, wir haben heute noch mal einen Änderungsantrag vorgestellt. Mit unserem Änderungsantrag entsprechen wir ganz genau den Forderungen der SPD, wie sie von Ihnen in den vorangegangenen Debatten formuliert wurden. Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten des Landes, nicht mehr und nicht weniger. In Punkt 1 soll die Besoldungserhöhung zum gleichen Zeitpunkt gelten wie für die Angestellten, das ist einfach gerecht, das muss nicht weiter erklärt werden. In den Punkten 2 bis 4 ist geregelt, dass die Anwärter in Thüringen, genau wie die Azubis, im Jahr 2013 eine Erhöhung von 50 € bekommen und nicht, wie die Landesregierung das vorsieht, nur ca. 20 bis 30 € je nach Eingangsamt. Warum ausgerechnet bei den Anwärtern gespart werden soll und nicht etwa bei den Staatssekretären oder Präsidenten mit einer B-Besoldung, ist für uns absolut nicht nachvollziehbar. Wir wollen, das ist der Kern unseres Änderungsantrags, die tatsächliche Gleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten und das heißt nicht, dass wir unsere grundlegende Kritik am Beamtentum nun hinten anstellen oder vergessen haben. Aber dieses Gesetz, wo es um die Besoldung geht, ist unserer Meinung nach nicht geeignet, die notwendige Debatte um die Zukunft des Beamtenrechts und die Zukunft des Beamtentums zu führen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich kann Sie nur auffordern, unserem Änderungsantrag heute nachzukommen. Damit stimmen Sie einer SPD-Forderung zu. Dies können sie einmal ausnahmsweise damit tun, indem Sie einem LINKEN-Antrag zustimmen. Aber vielleicht folgen dann den vielen Worten in Pressemitteilungen, Reden und Erklärungen tatsächlich auch Taten, das wäre im Interesse der Beamtinnen und Beamten. Und ich weiß, die schauen heute in diesen Plenarsaal und hoffen auf

(Abg. Renner)

eine Entscheidung von Ihnen in ihrem Sinne. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt in der zweiten Beratung zu dem Thema auch wieder mein Versuch, unsere Position als GRÜNE zwischen diesen beiden - na Pole kann man es nicht nennen - Standpunkten festzumachen. Ich bleibe auch dabei, was ich beim ersten Mal schon gesagt habe, ich spreche hier sowohl als Gewerkschafter als auch als Finanzpolitiker. Das macht die Sache nicht einfacher und das macht die Sache auch nicht einfacher, wenn man regiert. Da allerdings muss man Frau Renner zustimmen, da hat es sich die SPD sehr einfach gemacht, sich in diesem Fall wieder einmal hinter der CDU zu verstecken oder einfach zu sagen: Ja, der Herr Finanzminister hat kein Geld, da haben wir eben Pech gehabt, sehen wir zu, dass wir möglichst spät angleichen, damit das Geld reicht, weil er sehr knapp kalkuliert hatte. Dass er knapp kalkuliert hat, kann man ihm persönlich nicht zum Vorwurf machen, das kann man der Koalition insgesamt zum Vorwurf machen, das hat sie gewusst, dass das eine Prozent nicht reichen dürfte, was angesetzt worden ist vom 1. Januar an. So weit, so gut.

Dass aber das Verhalten der SPD in anderen Bundesländern nicht übernommen wurde, weil man sich nicht getraut hat, noch einen obendrauf zu packen zu der ganzen Streiterei, die wir ja hier live immer miterleben dürfen, ist wirklich ärgerlich. In rot-grün regierten Bundesländern hat es andere Reaktionen gegeben zu dem Thema Besoldungsanpassung und die hätten wir uns auch gewünscht - erstens.

Zweitens verstehen wir aber schon den Konsolidierungsbedarf dieses Landes und die Tatsache, dass man an diesem Thema den Haushalt zwar nicht konsolidieren kann, aber einen Nachtragshaushalt auch nicht unbedingt erzwingen sollte. Auch das habe ich schon einmal gesagt. Das heißt, die Forderung der LINKEN, rückwirkend die Erhöhung zum 1. Januar vorzunehmen, hat schon bei der ersten Debatte nicht unsere Zustimmung gefunden.

Wir hätten uns gewünscht, dass im Ausschuss - aber dazu war ja aus der Koalition überhaupt niemand bereit - Alternativen diskutiert worden wären. Ich will da nur einen Ansatzpunkt nennen, der auch verschiedentlich in anderen Bundesländern getrieben worden ist, nämlich den unteren Gehaltsgrup-

pen entsprechende Angleichungsmöglichkeiten zum 1. Januar zu gewähren und den oberen Gehaltsgruppen eben nicht. Das wäre ein starkes Zeichen gewesen und es wäre übrigens auch ein sehr gutes Zeichen gewesen ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Das würde ich an Ihrer Stelle so laut nicht sagen. Damit gewinnen sogar CDU oder CSU-Landesregierungen die Wahlen. Aber das nur ganz nebenbei bemerkt.

Im Verhältnis zu der Debatte, Herr Barth, die wir beide heute Mittag schon hier erleben durften, wäre es ein starkes Zeichen gewesen. Nicht immer nur Selbstbedienungsmentalität sich anhören zu müssen, sondern auch einmal zu sagen: Wir sind auch für die Leute da, die wenig Geld verdienen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

also die Menschen, die in den Justizvollzugsanstalten arbeiten, die Menschen, die als Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst tun oder meinetwegen auch als Lehrerinnen und Lehrer. Aber es war abzusehen, dass dafür keinerlei Mehrheiten zur Verfügung stehen.

Solidarität und Verantwortung sind ein Begriffspaar, was man, wenn man es ernst nimmt - und wir wollen ja schließlich nächstes Jahr hier mitregieren und dafür sorgen, dass dies nicht wieder vorkommt -, dann auch ernst nehmen muss und keine Versprechungen vorher machen sollte. Haushaltskonsolidierung und Vertrauensschutz sind auch wieder ein Gegensatzpaar, was auch wieder in eine Verbindung gebracht werden muss und der Vertrauensschutz der Beamtinnen und Beamten hat gelitten. Die Haushaltskonsolidierung hat nicht gelitten, das ist ungleichgewichtig.

Das grobe Thema dabei, nämlich die Fachkräftegewinnung bei 11.000 zu schließenden oder nicht mehr zu besetzenden Stellen und 6.000 wieder neu zu besetzenden in den nächsten acht Jahren - unter anderem auch bei Beamtinnen und Beamten -, auch diese Frage hat überhaupt gar keine Rolle gespielt, hätte aber sehr wohl eine spielen können, beispielsweise bei der Frage der Einstiegs- oder Eingangsgehälter oder beispielsweise auch der Besoldung für die Auszubildenden.

Alles das ist nicht passiert. Ein kleines Bausteichen dafür zu zeigen, dass es eben mit dem Weiter so nicht funktioniert, liebe CDU, aber was rede ich zu Ihnen, und der SPD zu sagen: Schade, wenn man gar kein Konzept hat, da muss man sich auch keine Gedanken machen, wenn andere Leute Konzepte vorlegen. Wir werden den Antrag der Koalition ablehnen, können aber auch nicht bei dem Änderungsantrag der LINKEN zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Kowalleck das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, an dieser Stelle sollten wir auch noch einmal auf die schriftliche Anhörung eingehen und nicht nur zitieren, was die eine oder andere Fraktion in der Zeitung geäußert hat und in den Medien. Deshalb möchte ich auch noch einmal auf die Anzuhörenden eingehen. Der Gemeinde- und Städtebund zum Beispiel hat gesagt, auf der Grundlage einer Anhörung seiner Mitglieder bestehen für den Gemeinde- und Städtebund derzeit keine Bedenken gegen den Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2013 und 2014. Das ist auch ein wichtiger Punkt, dass die Vertreter, die im kommunalen Bereich arbeiten, so eine Stellungnahme abgeben.

Weiterhin möchte ich noch einmal auf den Bund der Steuerzahler eingehen, der ganz klar ausdrückt, dass der Freistaat auf einem guten Weg ist. Wir konnten im Jahr 2012 erstmals Schulden tilgen und für die Jahre 2013 und 2014 ist ebenfalls die Schuldentilgung vorgesehen. Neben dieser erfreulichen Entwicklung hat natürlich das Land weiterhin hohe Schulden. Wir sind auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung und da muss man mit in diese Debatte einsteigen und dies beachten. Der Bund der Steuerzahler zeigt nämlich auf, inwieweit der Stellenabbau hier in Thüringen vorgesehen ist und wie viele Stellen noch vorhanden sind.

Ich möchte hier noch mal auf die Beamtenversorgung eingehen. Hier sind rund 90 Mio. € für 2012 fällig gewesen und diese Ausgaben steigen auf voraussichtlich 750 Mio. € im Jahr 2032. Die Debatte zum Pensionsfonds haben wir hier an dieser Stelle schon mehrfach geführt und das werden wir auch weiterhin. Das muss mit in die Diskussion hinein.

Der Bund der Steuerzahler plädiert sogar für eine zeitversetzte Anhebung der oberen Dienstbezüge, zum Beispiel ab A 14 um jeweils sechs Monate, die Dienstbezüge der unteren Besoldungsgruppen sollten wie vorgesehen angepasst werden. Wie Sie wissen, gehen wir hier in Thüringen einen anderen Weg und, wie ich finde und wie meine Fraktion findet, auch den richtigen Weg.

Gehen wir doch noch mal auf die Ausgangslage ein: 800.000 Angestellte der Bundesländer erhalten in diesem Jahr nach dem neuen Tarifabschluss 2,65 Prozent mehr Geld rückwirkend zum 1. Januar 2013 und ab Januar kommen weitere 2,95 Prozent hinzu. Das ist eine glatte Gehaltssteigerung um 5,6 Prozent. Im vorliegenden Gesetzentwurf können wir lesen, dass die Tarifergebnisse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ein

wichtiger Indikator sind für die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Deshalb hat man die Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter, Anwärter und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen auf dieser Basis anzupassen bzw. kann dies als Indikator nehmen. Die Dienst- und Versorgungsbezüge werden unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder linear erhöht. Daraus folgt, dass ab Oktober 2013 die Grundgehaltssätze aller Besoldungsordnungen sowie der Familienzuschlag, die Amts- und allgemeinen Stellenzulagen um 2,45 Prozent zu erhöhen sind, ab dem Monat August 2014 die Grundgehaltssätze um nochmals 2,75 Prozent erhöht werden sollen.

Wir müssen hier sehen, dass wir an der bisherigen Struktur festhalten, das heißt, dass das Grundgehalt für alle steigt und davon sind unsere fast 31.000 Beamten und Richter sowie die fast 5.000 Versorgungsempfänger im Freistaat betroffen. Hier ist es wichtig, dass wir gerade in punkto Pensionsfonds zusteuern und 0,2 Prozent von den Gehaltssteigerungen über das Thüringer Besoldungsgesetz in den Thüringer Pensionsfonds fließen. Wichtig ist dabei, wie schon erwähnt, dass eine Steigerung des Grundgehalts erfolgt und somit auch die entsprechende Auswirkung auf die Pension geschieht.

Meine Damen und Herren, in Thüringen ist also die Übernahme des Tarifergebnisses mit einer zeitlichen Verschiebung von 9 Monaten vorgesehen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehen wir auch große Unterschiede. Die Bundesländer behandeln die Umsetzung durchaus verschieden und da haben wir zum Beispiel die unterschiedlichen Ansätze wie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo das ganz unterschiedlich gehandhabt wird, auch nach den entsprechenden Laufbahngruppen. Wir gehen hier in Thüringen einen anderen Weg. Wir sagen, grundsätzlich für alle eine gleiche Erhöhung. Damit sorgen wir dafür, dass es nicht diesen Unfrieden gibt innerhalb der verschiedenen Beschäftigten und der verschiedenen Beschäftigungsgruppen wie in anderen Ländern. Es ist auch richtig, das wurde hier an der Stelle erwähnt, dass in Bayern und Hamburg die Tarifeinigung zeit- und inhaltsgleich übernommen wird. Aber hier haben wir andere Voraussetzungen, eine andere Ausgangslage. Da möchte ich an die Diskussion zum Länderfinanzausgleich erinnern und wir sind eben Nehmerland. Da begeben wir uns auch wieder in Debatten, wo es wichtig ist, dass wir auch ganz klar sagen, wir erfüllen unsere Hausaufgaben, wir sind auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung, aber wir haben auch eine Verpflichtung in dem Solidarsystem. In Thüringen ist es auch so, dass wir die Diskussion haben und die Debatten sich häufen, wie gehen wir weiter vor, was den Abbau von Stellen angeht. Hier

(Abg. Kowalleck)

haben wir unser Ziel definiert und da bleiben wir auch dran.

Im März dieses Jahres hatte die CDU-Fraktion bereits dieses Thema in der Aktuellen Stunde gebracht und wir haben verschiedene Debatten über die Tarifierhöhung geführt. Es ist wichtig, dass wir natürlich heute auch zum Abschluss kommen. Ich denke, jeder hat auch schon die entsprechenden Anfragen in seinem Wahlkreis erhalten. Ich habe gestern erst mit einem Bürgermeister gesprochen, der hat mich gefragt, wann ist es endlich soweit, weil ja der Gesetzentwurf nicht auf der Tagesordnung war. Aber wir befinden uns da durchaus im Zeitplan und auch die CDU-Fraktion hat gesagt, für uns ist es wichtig, dass wir hier entsprechend handeln und den Gesetzentwurf pünktlich zur heutigen Sitzung verabschieden.

Das Thema Kosten, darauf sollten wir noch einmal eingehen. Für das Land entstehen im Jahr 2013 9,6 Mio. € und im Jahr 2014 56,7 Mio. €. Diese Kosten sind im Gesetzentwurf ebenfalls genannt. Die geschätzten Kosten für die Kommunen sind im Jahr 2013 0,9 Mio. € und im Jahr 2014 5,6 Mio. €. Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wurde in den Ressortplänen eine Vorsorge für Besoldungsanpassungen in Höhe von jeweils 1 Prozent getroffen. Somit stehen auch für das Jahr 2013 die Mittel zur Finanzierung der Mehrausgaben zur Verfügung. Für die sich im Jahr 2014 ergebenden Mehrausgaben reicht die Vorsorge nicht vollständig aus. Aber auch hier wurde ein Weg zur vollständigen Deckung gefunden. Am Anfang unserer Diskussion zur Tarifierhöhung gab es auch viele Unkenrufe, aber Sie sehen, wir haben Vorsorge getroffen. Herr Meyer hatte ja heute wieder das Thema „Nachtragshaushalt“ erwähnt, aber Sie sehen, das ist nicht erforderlich, hier haben wir Vorsorge getroffen. An dieser Stelle möchte sich die CDU-Fraktion noch einmal ganz herzlich bei den Beamtinnen und Beamten, bei den Angestellten des Landes für ihre Arbeit für unseren Freistaat bedanken.

(Beifall CDU)

Ich denke, dieser Dank sollte an dieser Stelle gebracht werden. Wir stehen als Fraktion immer als Ansprechpartner für Gespräche zur Verfügung.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist aber jetzt geheuchelt, das ist aber sehr geheuchelt.)

Wir werden dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Barth das Wort.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anpassung der Besoldung der Beamten in der zweiten Lesung steht auf der Tagesordnung. Wir hatten ja die erste Lesung und es hat auch in der Ausschussberatung keine Änderungen des Gesetzentwurfs gegeben, das heißt, es bleibt bei den beiden Schritten: 2,45 Prozent zum 1. Oktober dieses Jahres, 2,75 dann zum 1. August nächsten Jahres.

Das Positive aus unserer Sicht zuerst: Dass wir die Tarifierhöhung zwar zeitversetzt, aber in der Höhe zumindest inhaltsgleich übernehmen, halten wir für eine ausdrücklich richtige Entscheidung der Landesregierung. Ich bin Kollegen Meyer sehr dankbar, dass er hier auch noch mal die Gegenmodelle ausdrücklich erwähnt hat. Ich will das deswegen auch noch mal tun, Herr Kollege Meyer, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In Nordrhein-Westfalen, auch in Baden-Württemberg haben die rot-grünen bzw. grün-roten Landesregierungen eben einen anderen Weg gewählt. Ich kann nicht einsehen, ich kann nicht verstehen, wieso es eine große Bevorteilung der unteren Einkommensgruppen ist, wenn man Sie in den Genuss der vollen Tarifierhöhung versetzt, nur die höheren Gehaltsgruppen bestraft, indem man ihnen eben weniger oder gar nichts zukommen lässt.

(Beifall FDP)

Worin da eine Bevorzugung bestehen soll, vermag ich in der Tat nicht zu erkennen, ganz im Gegenteil. Es ist eine eklatante Benachteiligung, ja, eine Bestrafung - wofür eigentlich, die Frage könnte man dann stellen - der Gehaltsgruppen des höheren Dienstes. Schließlich gibt es ja auch einen guten Sinn dafür, dass Beamte in unterschiedlichen Laufbahngruppen eingestuft sind. Das hat was mit der Ausbildung zu tun, die natürlich auch eine gewisse Rendite bringen soll. Das hat was mit Aufgaben und Verantwortung zu tun, die auch entsprechend bezahlt werden. Ich möchte einfach mal darauf hinweisen, dass, wenn man so etwas macht, wenn man solche Tarifierhöhungen unterschiedlich vollzieht, dass das zum einen zu einer dauerhaften Ungleichbehandlung, zum Zweiten zu einer Nivellierung und zum Dritten eben dann auch zu einem entsprechenden Verlust in den Pensionsbezügen führt.

Herr Meyer, wenn Sie das für ein besonders soziales Verhalten halten, dann möchte ich Ihnen diese Deutung an der Stelle nicht nehmen, will für mich, für uns, für die FDP nur sagen, wir vermögen diese Logik ausdrücklich nicht nachzuvollziehen.

Was wir genauso wenig nachvollziehen können - und damit sind wir dann beim Negativen, das hatte ich in der ersten Lesung und auch im Ausschuss haben wir das angesprochen, hier auch schon ge-

(Abg. Barth)

sagt -, ist die Tatsache, dass wir die beiden Schritte zu unterschiedlichen Zeiten im Jahr machen. Die Eins-zu-eins-Umsetzung - da hat es ja vor einigen Monaten schon mal einen Antrag von den Kollegen der Linksfraktion gegeben - halten wir aus finanziellen Gründen leider, muss man sagen, aber am Ende dann doch nicht für machbar. Aber dass die Beamten in diesem Jahr am 1. Oktober und im nächsten Jahr - wenn im September voraussichtlich Landtagswahl ist - dann schon zum 1. August die Tarifanpassung erhalten, mag auch damit zusammenhängen, dass man natürlich eine gewisse Erwartung, dass man sich dann im September noch freut über die seit 1. August etwas besser gefüllte Gehaltstüte. Deswegen sage ich an der Stelle noch mal, wir haben auf einen erneuten Änderungsantrag verzichtet, weil das Schicksal dieser Anträge bedauerlicherweise klar ist. Ich sage aber für uns noch mal: Wir hätten es, wenn schon, dann für richtig gehalten, in beiden Jahren die Erhöhung zum 1. August zu machen.

(Beifall FDP)

Ich will noch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass im Anhörungsverfahren ja auch der Bund der Steuerzahler gefragt worden ist und aus unserer, aus meiner Sicht zu Recht darauf hingewiesen hat, dass das Land weiterhin hohe Schulden hat und als Nehmerland nach wie vor auf Mittel aus dem Finanzausgleich angewiesen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Tatsache, dass wir mit 14,3 Beamten pro 1.000 Einwohner im Jahr 2012 - was sogar noch mehr sind, als wir im Jahr 2009 hatten, nämlich ungefähr einer pro 1.000 mehr - nach wie vor der Spitzenreiter unter den neuen Bundesländern sind. Ich vermag in der Tat nicht so viele Thüringer Besonderheiten zu erkennen, dass eine solche Sonderstellung durch besondere Aufgaben, durch besondere Lasten, durch besondere Dinge, die Thüringen auszeichnen, in irgendeiner Weise begründet wäre.

Deshalb ist es klar Aufgabe einer nächsten Landesregierung, der nächsten Landesregierungen, nicht nur einen Personalentwicklungsplan vorzulegen und Aufstiegschancen dabei natürlich auch zu berücksichtigen, Beförderungskorridore, auch Einstellungskorridore entsprechend offen zu halten, sondern natürlich auch zu entscheiden und auch zu vollziehen, wie wir diese Entwicklung korrigieren, wie wir also auch zu weniger Personal in der Relation in den nächsten Jahren dann entsprechend kommen.

Skeptisch bin ich auch, was die Sinnhaftigkeit des Vorwegabzugs von 0,2 Prozent als Zuführung zum Pensionsfonds betrifft. Die Tarifierhöhung kostet in den beiden Jahren insgesamt etwa 65, knapp 70 Mio. €. Rund 0,2 Prozent sind 1,4 Mio. €, die wir also dem Pensionsfonds zuführen würden. Das klingt zunächst mal nach viel Geld. Wenn wir aber

in den Pensionsbericht, der ja auf Antrag unserer Fraktion, vor zwei Jahren ist es, glaube ich, gewesen oder Anfang letzten Jahres, vorgelegt worden ist, einmal hineinschauen, dann relativieren sich diese 1,4 Mio. € doch relativ drastisch. Selbst wenn wir bis 2030 keine Gehaltserhöhung mehr machen, was im Sinne der Beamten nicht richtig sein kann, aber selbst wenn wir das nicht machen würden, hätten wir im Jahr 2030 nach dem Pensionsbericht der Landesregierung Pensionslasten von knapp 500 Mio. € pro Jahr aus dem Landeshaushalt zu bestreiten. Bei einer jährlichen Gehaltssteigerung von 2 Prozent steigt diese Zahl auf bis zu 700 Mio. € - noch einmal 2 Prozent. Wir haben jetzt in diesem Jahr 2,45 Prozent, im nächsten Jahr 2,75 Prozent. Das heißt, wenn das so weitergeht, werden diese 700 Mio. € bei Weitem nicht reichen. Wenn wir uns unsere Haushaltsentwicklung mal ansehen, sind wir dann relativ schnell dabei, dass wir eine Größenordnung von 10, 15 Prozent pro Jahr allein für die Beamtenpensionen aufwenden müssen. Das ist eine Entwicklung, die kann uns nicht ruhig schlafen lassen. Der müssen wir dringend entgegensteuern, eben auch dadurch, dass wir dann zumindest in den nächsten Jahren entsprechend Personal abbauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben, ich habe es gesagt, auf das Einbringen eines eigenen Änderungsantrags verzichtet, weil sowieso keine Aussicht auf Erfolg bestünde. Wir hätten es für richtig gehalten, die beiden Schritte jeweils zum 1. August dieses Jahres und auch nächsten Jahres zu machen. Wir werden uns deshalb in der Abstimmung zu dem Gesetzentwurf enthalten, weil wir den Grundsatz, die Höhe der Tarifangleichung auf die Beamten von oben bis unten eins zu eins zu übertragen, dann aber doch für richtiger halten als das, was die Kollegen von SPD und GRÜNEN in den anderen Bundesländern getan haben. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Pidde das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Angestellten haben zum 01.01.2013 2,65 Prozent mehr in der Lohntüte und zum 01.01.2014 nochmals 2,95 Prozent. Deshalb haben wir, die SPD-Fraktion, uns dafür ausgesprochen, eine inhaltsgleiche und auch zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten vorzunehmen. Dieses Ziel wird mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht erreicht. Die Anpassungsschritte erfolgen zeitverzögert - das ist hier schon gesagt worden -, 2013 um neun Monate verzögert und 2014 um sieben Mona-

(Abg. Dr. Pidde)

te. Das ist natürlich eine reale Schlechterstellung der Beamten gegenüber den Angestellten. Über die Kosten hat Herr Kowalleck ausführlich berichtet. Ich finde aber, wir sollten die Beamten nicht nur als Kostenfaktor sehen. Wir verlangen eine gute Arbeit und sie leisten eine gute Arbeit. Dafür ist ihnen hier schon gedankt worden, das möchte ich auch tun. Ich sehe auch, dass gerade dann, wenn die Schraube beim Personalabbau angezogen wird, eine zunehmende Leistungsverdichtung erfolgt und damit mehr von jedem Einzelnen verlangt wird.

Ich habe mich hier im Plenum für Korrekturen im Sinne der Beamten ausgesprochen und Frau Renner hat das ja ausführlich zitiert und sich darüber gefreut. Ich hätte mir gewünscht, dass wir wenigstens die Anpassungsschritte, wenn wir es schon nicht zeitgleich hinbekommen, um einige Monate vorziehen können. Aber beim Koalitionspartner sind wir auf wenig Resonanz gestoßen und wenn man es genau sagen will, wir haben auf Granit gebissen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat natürlich auch gute Argumente, wenn sie sagt, man muss auch mal über den Tellerrand hinaus schauen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine Binsenweisheit.)

Wenn man sieht, wie in anderen Bundesländern das Thema Tarifangleichung gehandhabt wird, dann sehen wir, dass in den meisten Bundesländern nicht mal das geleistet werden kann, was Thüringen seinen Beamten hier zubilligt. Das muss man ja anerkennen, dass die CDU mit diesem Argument jeglichem Änderungsantrag hierzu nicht gefolgt ist. Es ist halt ein Kompromiss. Der Vorteil ist die lineare Besoldungsanpassung, die hier vorgenommen wird. Sie sichert, dass die Beamten am positiven Tarifergebnis teilhaben und auch, dass die Schere in den Einkommen zwischen den Tarifbeschäftigten und Beamten nicht dauerhaft auseinandergeht. Die Form der Übertragung, nämlich die gleichmäßige Übernahme für alle Laufbahnen, ist auch ein Beitrag zur Sicherung des inneren Friedens in der Belegschaft des Landes. Insofern werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Was den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE angeht, da hat Herr Meyer ja schon ausführlich gesagt, dass der so nicht machbar ist. Zum Abstimmverhalten innerhalb einer Koalition brauche ich ja jetzt auch den LINKEN hier keine Belehrung zu geben.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch sagen, die Forderung des Beamtenbundes, das Tarifergebnis zur Regelung des Erholungsurlaubs auf die Beamtinnen und Beamten in Thüringen zu übertragen, war ja nicht Gegenstand dieses Gesetzentwurfs. Eine Anpassung an die gefundenen Regelungen für die Tarifbeschäftigten

sollte meines Erachtens durch eine Änderung der Urlaubsverordnung für die Beamten im Zusammenhang mit der vom Innenministerium geplanten Dienstrechtsreform umgesetzt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich habe jetzt keine weiteren Redeanmeldungen seitens der Fraktionen. Für die Landesregierung Herr Finanzminister Dr. Voß, bitte.

Dr. Voß, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Debatte zu dem Thema ist ja zu Ende gekommen oder geht dem Ende entgegen. Am Anfang meiner Ausführungen möchte ich mich bedanken, dass der Gesetzentwurf so den Landtag verlässt, wie er reingekommen ist. Ich bin der Meinung, dass der Gesetzentwurf ein wirklicher Kompromiss ist zwischen den Interessen der Arbeitnehmer, der Besoldungsempfänger, der Beamten, und den Notwendigkeiten, den Haushalt zu konsolidieren.

Herr Pidde, es ist mitnichten so, dass wir in einer Situation steigender Großzügigkeit sein können. Falls der Eindruck entstanden sein sollte, weil der eine oder andere Steuergroschen kommt und das zu einem etwas lockeren Umgang mit den Geldern führen soll, dann ist dieser Eindruck schlichtweg falsch. Wir haben ein großes Stück der Konsolidierung noch zu schultern. Wir haben ihn noch zu schultern und irgendwann gehen die Steuereinnahmen auch wieder zurück. Das müssen wir auch im Auge behalten. Wie ich die Interessenverbände oder die Artikulation der Interessenverbände wahrgenommen habe, erkennen sie es sehr, sehr an, was der Herr Barth schon hervorgehoben hat, sie erkennen sehr an, dass wir nicht wie Nordrhein-Westfalen, nicht wie Baden-Württemberg, nicht wie Schleswig-Holstein und Bremen, NRW die Prozentsätze angetastet haben. Das hat seinen guten Sinn, weil im Grunde genommen die Anerkennung entsprechend der Leistungsstruktur, die wir im Lande haben, über die einzelnen Besoldungsgruppen erhalten bleibt. Das ist in meinen Augen eine große, große Leistung des Freistaats Thüringen. Bei dem enormen Druck, den wir noch auf der Konsolidierung haben, ist es eine enorme Leistung, wie ich es sehe, und ich glaube, es wird auch anerkannt. Natürlich ist es immer schöner, wie Herr Barth sagt, ein paar Monate vorziehen, das ist alles ganz schön und gut, passt aber mit der Konsolidierung nicht zusammen. Insofern möchte ich mich bedanken, wenn es zur Beschlussfassung des Gesetzentwurfs so kommt wie er reingegangen ist. Es ist ein guter Kompromiss. Ich bedanke mich bei den Regierungsfractionen, Herr Pidde, auch wenn es schwerfällt. Aber in dem Fall hat sich, glaube ich,

(Minister Dr. Voß)

die CDU-Fraktion mal durchgesetzt, und das ist auch gut so.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Der war gut.)

Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Minister. Ich schaue in die Runde. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so dass ich die Aussprache schließen kann. Wir kommen in die Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/6649. Dazu gibt es eine Meldung zur Geschäftsordnung. Herr Blechschmidt, bitte.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Namens meiner Fraktion möchte ich namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt und dem Änderungsantrag beantragen.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Blechschmidt. Sie haben es gehört. Wir treten damit ein in die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/6649. Die Urnen stehen bereit und ich eröffne die Abstimmung.

Ich stelle die Frage: Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Ich sehe keinen Widerspruch. Ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung, ruhig und in aller Ruhe, und vielleicht auch zweimal, damit wir uns ganz sicher sind.

(Heiterkeit im Hause)

Wenn dann alle Abgeordneten ihren Platz eingenommen haben, würde ich das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben.

Dann komme ich zu dem Abstimmungsergebnis. Ich verlese die Niederschrift über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung in der 127. Plenarsitzung am 18.09.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a, Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/6283, Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/6649. Anwesende Abgeordnete zu Sitzungsbeginn 86. Es wurden 69 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 17 Abgeordnete, mit Nein stimmten 46 Abgeordnete und enthalten haben sich immerhin bei dieser schwierigen Frage 6 Abgeordnete (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung wird jetzt nur über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/6283 abgestimmt, weil die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt. Ich schaue mal in die Runde, ob das verstanden wurde. Okay.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/6283 in zweiter Beratung. Ich frage in der Reihenfolge: Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Entschuldigung?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Die SPD wollte einen Antrag stellen.)

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt einen Antrag zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/6283 in zweiter Beratung. Ich frage deshalb nicht, wer dafür ist, wer dagegen ist und wer sich enthält.

Dann bitte ich die Schriftführer mit der Urne nach vorn und ich eröffne die namentliche Abstimmung.

Ich frage: Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Das ist der Fall. Deshalb schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich verlese das Ergebnis der Abstimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/6283. Anwesende Abgeordnete bei Sitzungsbeginn 86. Es wurden 70 Stimmen abgegeben. 42 Abgeordnete stimmten mit Ja, 6 stimmten mit Nein und 22 haben sich enthalten (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2). Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung angenommen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt, indem ich Sie bitte, sich jeweils von den Plätzen zu erheben. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung seine Zustimmung gibt, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. Danke. Gegenstimmen? Die sind von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Und Enthaltungen? Es enthalten sich die Fraktionen DIE LINKE und die FDP.

(Vizepräsident Gentzel)

Damit schließe ich nicht nur die Tagesordnung, sondern auch die heutige Sitzung. Ich erinnere gern an den parlamentarischen Abend unter der Überschrift „PRIVATRADIO IN THÜRINGEN - QUO VADIS“. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr hier in aller Frische wieder. Danke.

Ende: 18.03 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 127. Sitzung
am 18.09.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Thüringer Gesetz zur Anpassung der
Besoldung und der Versorgung in den Jahren
2013 und 2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/6283 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/6649 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	45. Krone, Klaus von der (CDU)	
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)		47. Künstast, Dagmar (SPD)	
4. Barth, Uwe (FDP)	nein	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	ja
6. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	nein	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
13. Doht, Sabine (SPD)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	
15. Emde, Volker (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	
17. Gentzel, Heiko (SPD)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)		64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
21. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	65. Pidge, Dr. Werner (SPD)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	66. Primas, Egon (CDU)	nein
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	ja
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)	ja	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)		70. Renner, Martina (DIE LINKE)	ja
27. Heym, Michael (CDU)	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
28. Hitzing, Franka (FDP)	nein	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	ja
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)		80. Tasch, Christina (CDU)	nein
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	81. Taubert, Heike (SPD)	
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)		82. Untermann, Heinz (FDP)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)		83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	
41. Koppe, Marian (FDP)	nein	85. Weber, Frank (SPD)	nein
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)		86. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein	87. Worm, Henry (CDU)	nein
44. Krauß, Horst (CDU)			

88. Wucherpfennig, Gerold (CDU) nein

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 127. Sitzung
am 18.09.2013 zum Tagesordnungspunkt 1 a****Thüringer Gesetz zur Anpassung der
Besoldung und der Versorgung in den Jahren
2013 und 2014**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/6283 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	Enthaltung
3. Bärwolf, Matthias (DIE LINKE)		50. Lehmann, Annette (CDU)	ja
4. Barth, Uwe (FDP)	Enthaltung	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	ja
5. Baumann, Rolf (SPD)	ja	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	Enthaltung
6. Bergemann, Gustav (CDU)	ja	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	ja
7. Bergner, Dirk (FDP)	Enthaltung	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	Enthaltung	55. Marx, Dorothea (SPD)	ja
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	Enthaltung	56. Matschie, Christoph (SPD)	ja
10. Carius, Christian (CDU)	ja	57. Meißner, Beate (CDU)	ja
11. Diezel, Birgit (CDU)	ja	58. Metz, Peter (SPD)	
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
13. Doht, Sabine (SPD)	ja	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	61. Mohring, Mike (CDU)	ja
15. Emde, Volker (CDU)	ja	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	ja
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	ja	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	Enthaltung
17. Gentzel, Heiko (SPD)		64. Pelke, Birgit (SPD)	ja
18. Grob, Manfred (CDU)	ja	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
19. Groß, Evelin (CDU)	ja	66. Primas, Egon (CDU)	ja
20. Günther, Gerhard (CDU)		67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	Enthaltung
21. Gumprecht, Christian (CDU)	ja	68. Recknagel, Lutz (FDP)	
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	ja	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	ja
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	Enthaltung	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	Enthaltung
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)	Enthaltung	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	Enthaltung	72. Scherer, Manfred (CDU)	ja
26. Hey, Matthias (SPD)		73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	Enthaltung
27. Heym, Michael (CDU)	ja	74. Schröter, Fritz (CDU)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	Enthaltung	75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	ja	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	Enthaltung
30. Holbe, Gudrun (CDU)	ja	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	nein
31. Holzapfel, Elke (CDU)	ja	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	Enthaltung
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	Enthaltung	79. Stange, Karola (DIE LINKE)	
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	Enthaltung	80. Tasch, Christina (CDU)	ja
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		81. Taubert, Heike (SPD)	ja
35. Kanis, Regine (SPD)	ja	82. Untermann, Heinz (FDP)	Enthaltung
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)		83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	ja
37. Kellner, Jörg (CDU)	ja	84. Walsmann, Marion (CDU)	ja
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)		85. Weber, Frank (SPD)	ja
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)		86. Wetzel, Siegfried (CDU)	ja
40. König, Katharina (DIE LINKE)	Enthaltung	87. Worm, Henry (CDU)	ja
41. Koppe, Marian (FDP)	Enthaltung	88. Wucherpennig, Gerold (CDU)	ja
42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)			
43. Kowalleck, Maik (CDU)	ja		
44. Krauß, Horst (CDU)			
45. Krone, Klaus von der (CDU)			
46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	Enthaltung		
47. Künast, Dagmar (SPD)			